



39. Sitzung

Mittwoch, 12. September 2012

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin		Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	2936
Abwicklung der Tagesordnung	2933	Dora Heyenn DIE LINKE	2937, 2942
		Dr. Peter Tschentscher, Senator	2938
		Roland Heintze CDU	2940
		Jan Quast SPD	2941
Nachrücken von Abgeordneten		Ties Rabe, Senator	2942
(Abg. Uwe Koßel SPD,		Robert Bläsing FDP	2945
Abg. Wolfhard Ploog)	2933	Dr. Walter Scheuerl CDU	2945
Aktuelle Stunde	2933	Fraktion der GRÜNEN:	
Fraktion der CDU:		Stillstand und Verhandlungs- chaos: Hat die SPD das Projekt Elbphilharmonie im Griff?	
SPD schreibt den Schulbau ab: Riesen-Minus, stockende Sa- nierungen, Zahlenchaos und Transparenzverweigerung		Dr. Eva Gumbel GRÜNE	2947
mit		Gabi Dobusch SPD	2947
		Dietrich Wersich CDU	2948
Fraktion der SPD:		Robert Bläsing FDP	2950, 2955
Sanierung und Erweiterung von Schulen: Nach Jahren der Fehlplanung der Vorgängerse- nate erstmals Klarheit und ver- lässliche Perspektiven für Hamburgs Schulen!		Norbert Hackbusch DIE LINKE	2950, 2955
		Barbara Kisseler, Senatorin	2951
Robert Heinemann CDU	2933, 2944	Anja Hajduk GRÜNE	2952, 2954
Lars Holster SPD	2934	Dr. Andreas Dressel SPD	2953, 2954
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	2935	Andreas C. Wankum CDU	2954
		Fraktion der FDP:	
		Planlos, ideenlos, Millionen los: Überteuerte Busbeschleu- nigung und übles Baustellen- chaos in Hamburg	
		(Fortführung am 13.09.2012)	

Fraktion DIE LINKE:

UmFAIRteilen – Reichtum besteuern, soziale Infrastruktur erhalten! Hamburg macht mit beim bundesweiten Aktionstag!

(Fortführung am 13.09.2012)

Konzept für die zukünftige Entwicklung der Speicherstadt sowie Stellungnahme des Senats zum Bürgerschaftlichen Ersuchen vom 22. April 2010 "Kreative Milieus: Flächen in der Speicherstadt aktivieren und bereitstellen" – Drucksache 19/5853 (Senatsmitteilung)

– Drs 20/5010 –

2964

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde

– Drs 20/5049 –

2956

gemeinsam mit

mit

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/4387:

(16.) Gesetz zur Änderung des Hafentwicklungsgesetzes (HafenEG), Änderungen der Hafengebietsgrenze und der Gebietsbeschreibung im Bezirk Hamburg-Mitte im Bereich der Speicherstadt (Senatsantrag)

– Drs 20/5089 –

2964

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport

– Drs 20/5050 –

2956

und

Karin Timmermann SPD

2964

Andreas C. Wankum CDU

2965

Olaf Duge GRÜNE

2966

Dr. Kurt Duwe FDP

2966

Norbert Hackbusch DIE LINKE

2967

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

– Drs 20/5147 –

2956

Kenntnisnahme und Beschlüsse

2968

Ergebnisse

2957

Antrag der CDU-Fraktion:

Vergaberecht in Hamburg – Voraussetzungen zur Beibehaltung der Wertgrenzen rechtzeitig schaffen!

– Drs 20/5138 –

2968

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Bürgerbeteiligung

– Drs 20/4846 –

2957

Hjalmar Stemmann CDU

2968

Andrea Rugbarth SPD

2968

Dietrich Wersich CDU

2969

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE

2969

Katja Suding FDP

2970

Tim Golke DIE LINKE

2970

Heike Sudmann DIE LINKE

2957, 2963

Dirk Kienscherf SPD

2958, 2963

Hans-Detlef Roock CDU

2959

Olaf Duge GRÜNE

2960

Dr. Kurt Duwe FDP

2962

Beschluss

2971

Beschluss

2964

Senatsmitteilung:

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 20/4388:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 11. November 2011 "Hamburg 2020: Langfristige Konsolidierung mit weiterer Aufgabenkritik und Entflechtung sowie vernünftiger Personalentwicklungspolitik verbinden" – Drucksache 20/2156 –
– Drs 20/5024 –

2971

Jan Quast SPD 2971, 2980
Roland Heintze CDU 2972
Dr. Till Steffen GRÜNE 2974
Robert Bläsing FDP 2975
Christiane Schneider DIE LINKE 2977
Dr. Peter Tschentscher, Senator 2978
Anja Hajduk GRÜNE 2979

Öffentliche Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg

– Drs 20/5124 –

2992

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 2992
Wolfgang Rose SPD 2993
Thilo Kleibauer CDU 2995
Anja Hajduk GRÜNE 2997
Dora Heyenn DIE LINKE 2997

Beschlüsse

2999

Beschluss 2980

Antrag der CDU-Fraktion:

**Hamburg – Metropole der Chancen
IT-Gipfel und Campus Party
Europe nach Hamburg holen**
– Drs 20/5136 –

2980

Karin Prien CDU 2980
Hansjörg Schmidt SPD 2981
Farid Müller GRÜNE 2983
Finn-Ole Ritter FDP 2984
Kersten Artus DIE LINKE 2984

Beschlüsse 2986

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

**Anonymisierte Bewerbungen
auch in Hamburg!**
– Drs 20/5140 –

2986

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 2986, 2991
Kazim Abaci SPD 2987, 2991
Thilo Kleibauer CDU 2988
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 2988
Christiane Schneider DIE LINKE 2989

Beschluss 2992

Antrag der FDP-Fraktion:

Beginn: 15.00 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst darf ich heute zwei neue Mitglieder in unserer Mitte begrüßen, die in der Zwischenzeit nachgerückt sind. Als Erstes begrüße ich Herrn Wolfhard Ploog.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Ploog ist nach Mitteilung des Landeswahlamts zum 3. September über die Landesliste der CDU nachgerückt. Lieber Herr Ploog, ich begrüße Sie ganz herzlich zurück in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an der kommenden Aufgabe, die Ihnen noch aus der vergangenen Legislaturperiode bekannt sein dürfte.

Außerdem darf ich Herrn Uwe Koßel in unseren Reihen begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Koßel ist über die Landesliste der SPD nachgerückt. Auch Sie begrüße ich ganz herzlich und wünsche Ihnen alles Gute und viel Freude an der neuen Aufgabe.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

SPD schreibt den Schulbau ab: Riesen-Minus, stockende Sanierungen, Zahlenchaos und Transparenzverweigerung

von der GRÜNEN Fraktion

Stillstand und Verhandlungschaos: Hat die SPD das Projekt Elbphilharmonie im Griff?

von der FDP-Fraktion

Planlos, ideenlos, Millionen los: Überteuerte Busbeschleunigung und übles Baustellenchaos in Hamburg

von der Fraktion DIE LINKE

UmFAIRteilen – Reichtum besteuern, soziale Infrastruktur erhalten! Hamburg macht mit beim bundesweiten Aktionstag!

und von der SPD-Fraktion

Sanierung und Erweiterung von Schulen: Nach Jahren der Fehlplanung der Vorgängersenate erstmals Klarheit und verlässliche Perspektiven für Hamburgs Schulen!

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und fünfte Thema gemeinsam zu debattieren; diese rufe ich jetzt auf.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Heinemann, Sie haben es für fünf Minuten.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir erleben in diesen Tagen einen echten Skandal im Umgang mit den Informationsrechten des Parlaments.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Erst weigert sich der Senat, mir die bisherige Investitionsplanung von Schulbau Hamburg und auch die Sanierungsbedarfe pro Schule bekanntzugeben. Die Präsidentin hat das dankenswerterweise schon in einem sehr deutlichen Brief an den Bürgermeister gerügt. Dann vermischt der Senat großzügig die Sanierungskosten mit allen anderen Kosten, damit künftig keiner bemerkt, dass man bei den Sanierungen gar nicht vorankommt. Im Schulausschuss, obwohl wir mit der SPD etwas anderes vereinbart hatten, verweigert der Schulsenator jegliche Beratung des Schulbaus. Und heute versucht der Senat mit allerlei Fristentricks zu verhindern, dass ich vor dieser Aktuellen Stunde erfahre, wer eigentlich wann im Senat über die riesigen Abschreibungen informiert wurde. Wir haben unsere Schriftliche Kleine Anfrage am Montag vor einer Woche um 16.08 Uhr bei der Bürgerschaftskanzlei eingereicht. Der Senat hatte acht Tage zur Verfügung, die wären gestern Abend vorbei gewesen, doch bis heute liegt die Antwort nicht vor. Das ist ungeheuerlich und zeigt, wie nervös der Senat bei diesem Thema ist.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf* SPD: Lächerlich ist das doch!)

Das ist eine konsequente Fortsetzung der Nichtinformationspolitik des Senats zu diesem Thema. Sie erinnern sich vielleicht daran, dass es bei Hapag-Lloyd um 420 Millionen Euro ging; wir haben lange und ausführlich darüber diskutiert. Hier geht es um 800 Millionen Euro, so hoch ist das Minus bei Schulbau Hamburg, es geht um 43 Prozent der Gebäudewerte, die plötzlich verschwunden sind.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Ja, das ist Ihre Saurei, die Sie da angerichtet haben!)

Das sind Informationen, über die Sie hier nicht sprechen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Im Sommer hat uns der Senat den Haushaltsplan-Entwurf mit dem vorläufigen Jahresabschluss von Schulbau Hamburg vorgelegt. Dort wird mit keiner Silbe die Bewertungsproblematik angesprochen, nicht einmal unter Ausblick und Risiken findet sich irgendein Hinweis.

(Robert Heinemann)

Auch in der Bürgerschaft ist nie ein Wort gefallen, weder im Haushaltsausschuss, noch im Schulausschuss, und es gab nie einen Hinweis auf einen Verlust von 800 Millionen Euro. Und dann lese ich die Drucksache vom 21. August über den Haushaltsverlauf und finde plötzlich einen Absatz – ich musste ihn dreimal lesen, weil ich das schlicht nicht glauben konnte –, in dem der Senator in wenigen dünnen Worten mitteilt, Hamburg sei um 800 Millionen Euro ärmer geworden. Die Ursache dafür seien außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund einer präziseren Wertermittlung und Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen – Punkt, das war es.

(Dirk Kienscherf SPD: Wo ist Ihr Problem? – Dr. Andreas Dressel SPD: Welche Wertermittlung haben Sie denn gemacht?)

Es findet sich kein Wort dazu, ob dem eine Eigeninitiative des Senats oder ein Hinweis der Wirtschaftsprüfer zugrunde liegt, kein Wort, wie man zwischen Juni und August plötzlich bei ein paar Hundert Immobilien die Werte präzise ermittelt haben will oder nach welchem Verfahren man das bewertet hat. Das ist bei einer Wertminderung von 43 Prozent wohl ein Thema, bei dem man einmal nachfragen darf.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Sie sollten sich entschuldigen, Herr Heinemann!)

Man sucht auch in der Einleitung dieser Drucksache vergeblich irgendeinen Hinweis auf diese 800 Millionen Euro. Offenbar hatte der Senat die Hoffnung, dass kein Abgeordneter die paar Zeilen auf Seite 104 findet. Es ist eine bodenlose Frechheit, wie hier mit dem Haushaltsrecht des Parlaments umgegangen wird.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Das ist eine Frechheit!)

Nun führt der Senat dazu zwei Argumente an. Eines kommt von Ihnen, nämlich das seien doch alles nur Buchwerte.

(Jan Quast SPD: Die Sie in den Sand gesetzt haben!)

Lieber Herr Dr. Tschentscher, bei der HSH Nordbank ging es auch immer nur um Buchwerte, über die Sie sich aufgeregt haben. Die ganze Finanzkrise beruht darauf, dass plötzlich Buchwerte nicht mehr da waren. Leider haben Buchwerte dann doch gewaltige Auswirkungen.

Sie haben mal eben das Eigenkapital von Schulbau Hamburg um ein Drittel reduziert.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist Ihre Schuld, Herr Heinemann!)

Erstmals sind die Schulden von Schulbau Hamburg größer als das Eigenkapital.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Das ist Ihre Schuld! – Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben Sie uns hinterlassen!)

– Dazu komme ich gleich.

Und Schulbau Hamburg kommt langsam an die Grenzen, bei denen Private keine Kredite mehr aufnehmen könnten. Mehr noch: Durch die Abschreibung wird Schulbau Hamburg künftig jedes Jahr 60 Millionen Euro zusätzlich an Verlusten machen. Das heißt, die werden vermutlich mit dem Eigenkapital nicht auskommen, bis sie ihre Sanierung beendet haben. Schulbau Hamburg wird pleite sein, bevor sie die Sanierung abgeschlossen haben.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt ein zweites Argument. Herr Kienscherf sagt immer, das seien alles schwarz-grüne Verfehlungen gewesen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Dressel SPD: Wir haben schon so viele gefunden!)

Aber es wäre das allererste Mal – und das glaubt Ihnen auch kein Journalist –, dass die SPD einen Fehler von Schwarz-Grün findet und alles unternimmt, damit es nur keiner mitbekommt. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie einen Fehler von uns gefunden hätten, dann wären Sie damit in die Landespressekonferenz gegangen. Aber das haben Sie nicht gemacht und dafür gibt es auch einen Grund. In der Gründungsdrucksache von Schulbau Hamburg steht ganz genau, dass wir eine präzise Wertermittlung brauchen, so wie wir es bei Hamburg Süd gemacht haben. Diese hatten wir vorbereitet und wer hat sie gestoppt? Das war Staatsrat Krupp. Sie wollten gar keine präzisen Zahlen, Sie haben auch gar keine präzisen Zahlen, sondern Ihre Abschreibungen sind der Beginn einer ganzen Serie von Buchhaltungstricks, die Sie vornehmen. Heute sind Sie gezwungen, uns dazu Antworten zu geben. Und wir werden mit Anträgen und Anfragen weiter nachhaken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Holster.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viele Hamburger Schulgebäude sind marode, viele Schulstandorte haben nicht genügend Klassenräume oder müssen für eine inklusive Beschulung und für ein flächendeckendes Ganztagsangebot erweitert werden. Aber Hamburgs Schulen bekommen jetzt eine verlässliche Planungsgrundlage.

(Beifall bei der SPD)

(Lars Holster)

Der Senat hat erstmals eine realistische Übersicht über eine langfristige Investitionsplanung für den Schulbau vorgelegt. Daraus sind die verschiedenen Bedarfe an den jeweiligen Schulen ersichtlich. Die Schulen bekommen jetzt einen zeitlichen und finanziellen Plan, der greifbar ist und mit dem jede Schule etwas anfangen kann. Das ist Klarheit und Verlässlichkeit für Hamburgs Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Heinemann, Ihr Vorwurf, der Senat lege ein Zahlenchaos vor – oder wie Sie es auch immer genannt haben –, bedarf dann doch einer kleinen Klarstellung. Sie haben recht, das haben Sie eben in Ihrem Fünf-Minuten-Beitrag auch ausführlich dargelegt, dass eine neue Bewertung der Abschreibungen vorgenommen wurde. Und Sie wissen genauso gut wie ich, dass die an Schulbau Hamburg übertragenen Schulgebäude zu hoch bewertet wurden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)

Der Zustand der Gebäude war viel schlechter als angenommen. Und jetzt liegen realistische niedrige Werte vor, die sich dann entsprechend in dieser außerplanmäßigen Abschreibung wiederfinden.

(Beifall bei der SPD)

Eines möchte ich an dieser Stelle einmal klarstellen, das muss einmal deutlich gesagt werden. Der SPD-Fraktion wäre eine effiziente Arbeit in Schulbau Hamburg lieber gewesen, aber wir konnten es uns eben nicht aussuchen. Diesen Scherbenhaufen haben Sie uns hinterlassen.

(Beifall bei der SPD)

Und was man da so alles für Kuriositäten in den Pressemitteilungen liest: Herr Dr. Scheuerl zum Beispiel hat gestern sinngemäß geschrieben, die Ungleichbehandlung der Gymnasien gegenüber den Stadtteilschulen sei untragbar. An Ihnen sind in den letzten Monaten offenbar alle politischen Themen vorbeigerascht. Das kann gar nicht anders sein, denn an den Stadtteilschulen haben wir eine steigende Schülerzahl, wir haben kleinere Klassen, wir haben die Zusammenführung der Haupt- und Realschulen mit Gesamtschulen, den Ausbau der Ganztagschulen und die enorme Herausforderung der Inklusion. Dafür lohnt es sich, mehr in die Stadtteilschulen zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber kommen wir zurück zum eigentlichen Konzept. Bei dieser konkreten Umsetzung des Rahmenplans für den Schulbau sind wir auf die Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere auch auf das Verwaltungspersonal, die Eltern und natürlich auch auf die Schülerinnen und Schüler vor Ort angewiesen. Sie sind diejenigen, die am besten wissen, wie ihre Schule gestaltet werden kann. Und wir werden nicht anfangen, Standardklassenräume

einzurichten, die dann einfach jede Schule bekommt, sondern wir wollen jede Schule individuell in ihrer Schwerpunktsetzung unterstützen und damit die Qualität des Unterrichts fördern.

Ich will Ihnen das an einem Beispiel klarmachen. Sie haben alle die Liste gelesen – jedenfalls die Schulpolitiker von Ihnen –, in der unsere Großbauprojekte aufgeführt sind. Schauen wir einmal in die Vier- und Marschlande: Dort hat die Stadtteilschule Kirchwerder – ein ländliches Einzugsgebiet, eine Stadtteilschule mit den Jahrgängen 1 bis 13 – ganz andere Bedarfe als zum Beispiel die Stadtteilschule in Lurup. Dort gibt es mehrere Standorte, das ist ein ganz anderes Einzugsgebiet und da gibt es sicherlich ganz andere Bedarfe. Darauf wollen wir jetzt individuell reagieren. Und damit verknüpfen wir im Wesentlichen zwei Punkte, nämlich eine transparente Rahmenplanung bei Kosten und Bauzeit und die Stärkung der Schulen vor Ort.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Nun kann man, wie Sie, Herr Heinemann, lange darüber lamentieren, was denn alles besser sein könnte.

(Dietrich Wersich CDU: Irgendwie passt Ihre Rede nicht zu der, die Herr Heinemann gehalten hat!)

Oder man kann, wie wir, sich hinsetzen und daran arbeiten, dass endlich Schluss ist mit dem Sanierungsstau an den Hamburger Schulen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Dr. von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke mir nur, besser spät als nie. Offensichtlich ist jetzt ein Rahmenplan vorgelegt worden. Ich habe mich nur ein bisschen gewundert, als ich diese Ankündigung gelesen habe, denn fast auf den Tag genau vor einem Jahr hat Senator Rabe noch im Schulausschuss gesagt: Schulbau Hamburg hat sich sortiert, Schulbau Hamburg ist gut aufgestellt, wir wollen nicht weiter Zeit vertrödeln, wir wollen jetzt bauen und nicht organisieren. Das ist jetzt ein gutes Jahr her. Es ist offensichtlich alles umstrukturiert und umorganisiert worden und jetzt ist ein Rahmenprogramm vorgelegt worden. Mit Sicherheit – Herr Heinemann hat schon auf Schwierigkeiten hingewiesen – werden wir auch im weiteren Verlauf noch auf Probleme stoßen.

Prinzipiell begrüßen wir die Umstrukturierung, sie kann sinnvoll sein. Prinzipiell ist es auch richtig, als Grundlage dafür einen Rahmenplan oder ein Rahmenprogramm zu haben. Wir wundern uns nur darüber, dass die Antworten auf unsere Große An-

(Dr. Stefanie von Berg)

frage vom März anscheinend null und nichtig sind und komplett über den Haufen geworfen wurden. Wir haben das verglichen und uns wirklich gefragt, warum wir jetzt völlig neu bewertete Gebäude und vor allen Dingen auch völlig neu bewertete Planungsgrundlagen für die Bauten brauchen.

Wir finden es prinzipiell auch sinnvoll, am Sondervermögen Schulbau festzuhalten. Wir erinnern uns mit Sicherheit noch alle daran, dass nicht nur Herr Finanzsenator Tschentscher, sondern auch Herr Senator Rabe seinerzeit vehement dagegen waren. Es gibt diverse Aussagen in Ausschussprotokollen und Bürgerschaftsdebatten, in denen Sie diese Einrichtung als Schattenhaushalt kritisiert haben.

(Jan Quast SPD: Und das bringen Sie ans Licht! – Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, so ist es aber auch!)

Nun haben wir ein Rahmenprogramm, kommen wir also zum Aber, denn wir müssen jetzt die Senatoren Rabe und Tschentscher an dem messen, was sie uns versprochen haben. Wir werden Sie daran messen, ob die Barrierefreiheit wirklich umgesetzt wird, ob der Ganzttag tatsächlich auch als Lebensraum in den Schulen Einzug hält, ob endlich alle Beteiligten einbezogen und auch Geschäftsprozesse geklärt werden, sodass Transparenz entsteht. Wir werden Sie daran messen, ob es zu effizienteren und schnelleren Abläufen kommt. Und vor allen Dingen werden wir Sie daran messen, ob der ganze Schulbau Hamburg wirtschaftlich wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn bisher haben wir ein Chaos gehabt, das haben alle Beteiligten immer wieder gesagt: kein Einbezug, nicht auf Augenhöhe, viel zu teuer, völlige Mondpreise, keinerlei Transparenz bei den Entscheidungen und pädagogische Belange wurden einfach nicht gehört. Es soll Schulen geben, in denen es Besprechungsräume für die Kolleginnen und Kollegen in Durchgangszimmern gibt, durch die die Kinder zur Toilette gehen. Von solchen Planungen von Schulbau Hamburg habe ich in den letzten anderthalb Jahren gehört. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns mit Sicherheit mehr als einmal damit befassen, ob das, was im Rahmenplan von Senator Rabe und Senator Tschentscher versprochen wurde, tatsächlich auch umgesetzt wurde. Fazit für uns jedenfalls ist erst einmal: Anderthalb Jahre wurden verdaddelt, denn immerhin regiert die SPD schon anderthalb Jahre, und zwar alleine. Wenn der jährliche Zuwachs an Sanierungsstau 6 Prozent beträgt, kommen bei anderthalb Jahren einige Millionen Euro zusammen, und zwar im zweistelligen Bereich.

Ich möchte noch ein letztes Wort an die Fraktion der FDP und auch an Herrn Scheuerl richten. Mit diesem reflexartigen Reagieren auf eine bestimmte Schulform – in diesem Fall Stadtteilschule im Vergleich zum Gymnasium – treiben Sie einen populistischen Keil in unsere Gesellschaft. Ich möchte Sie dringend auffordern, dieses zu unterbinden. Es ist keinem damit geholfen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Tim Golke DIE LINKE)

Wir sollten uns alle dafür stark machen, dass sowohl Stadtteilschulen als auch Gymnasien und natürlich auch Grundschulen erfolgreiche Schulen in unserer Stadt werden, denn Schulpolitik soll dem Kind dienen und nicht einer bestimmten Schulform oder einer bestimmten Ideologie. Deswegen fordere ich Sie dringend auf, das zu unterbinden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Tim Golke DIE LINKE – Katja Suding FDP: Eben!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau von Treuenfels.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen nur sagen: Schluss mit den Schuldzuweisungen. Das ist es, was mir angesichts der Anmeldungen von CDU und SPD zur Aktuellen Stunde spontan in den Sinn kam.

(Beifall bei der FDP)

Schluss mit den Schuldzuweisungen, das ist es, was ich der CDU und der SPD – auch wenn Sie mit manchen Beiträgen sicher recht haben – zurfen möchte. Was Sie hier inszenieren, hilft nämlich den Zehntausenden Hamburger Schülern und Lehrern, die in maroden Gebäuden lernen und lehren, überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP)

Der Streit um die Frage, ob Sozial- oder Christdemokraten oder vielleicht auch einmal die GRÜNEN am meisten bei Sanierung oder Erneuerung versäumt haben, repariert kein Dach, ersetzt keinen Container und schafft nicht einen einzigen neuen Klassenraum.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wird es Zeit, dass die Debatte versachlicht wird. Dabei brauchen wir keine Schuldzuweisungen, wohl aber ein Stück ausgewogener Analyse der Genese dieses Problems. Und dazu gehört für uns auch die ehrliche Feststellung, dass Senatoren fast aller Parteien dieses Hauses dem Schulbau über die Jahre hinweg nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet haben. Dazu gehört auch die Erkenntnis, liebe Kollegen von der CDU und den GRÜNEN, dass Sie nicht nur wegen der Primar-

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

schulreform alles andere liegen gelassen haben, auch den Schulbau, sondern dass Sie auch die 3,9 Milliarden Euro als Wert für das Anlagevermögen von Schulen im Jahr 2010 sehr freihändig geschätzt haben.

Die damaligen Oppositionsfachsprecher Tschent-scher und Rabe hatten das Tempo dieser Bewertung kritisiert. Sie hätten angesichts dessen allerdings auch merken können, dass die Bewertung nicht sehr fundiert gewesen sein kann – das haben Sie aber nicht. Stattdessen debattieren wir nun gut anderthalb Jahre nach Ihrer Amtsübernahme in der Finanz- und Schulbehörde über eine gravierende Wertberichtigung um 740 Millionen Euro nach unten. Das ist immerhin ein Drittel des Eigenkapitals und der bislang aufgenommenen Kredite. Nach normalen Rechenregeln, das wurde schon gesagt, wäre das Sondervermögen Schulbau damit überschuldet.

Angesichts dieser Situation ist Ihr Vorgehen in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Parlament unzureichend, Herr Senator Rabe. Während Sie die Wertberichtigungen errechnen lassen, brauchen Sie ein gutes Jahr, um die personell wie organisatorisch offenbar klägliche Situation bei Schulbau Hamburg klären zu lassen. Dazu erarbeiten Sie fleißig, aber doch auf undurchsichtige Weise ein über 100-seitiges Konvolut zum Schulbau, das Sie gestern als Rahmenplan im Milliardenformat der Öffentlichkeit präsentieren – auf einmal. Für viele Schulen stehen darin Zahlen bis auf Hunderttausende Euro heruntergebrochen, und das, obwohl wir Ihre Kriterien nicht kennen, die Schulen noch beteiligt werden müssen, Schulbau Hamburg noch in der Neuerfindung steckt und wir, die Bürgerschaft, noch gar nicht gehört worden sind. Trotz einer so vagen Grundlage für das Verteilen von vielen Hundert Millionen Euro an fast 400 Hamburger Schulen erzeugen Sie damit den Eindruck von Passgenauigkeit. Aber der Eindruck ist falsch. Ihre Kriterien sind zumindest bis heute nicht klar ersichtlich, Prämissen nicht schlüssig erklärt. Warum wer nichts, etwas oder viel bekommt, bleibt in weiten Teilen nebulös.

Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, heute nichts zu den Stadtteilschulen und Gymnasien zu sagen. Jetzt muss ich es natürlich doch machen, Frau von Berg. Auch wenn man jetzt keine Debatte darüber aufmachen möchte, welche Schule einem mehr am Herzen liegt – das wäre wirklich albern –, ist es vielleicht doch zulässig zu fragen, wie es denn sein kann, dass die Stadtteilschulen mehr als die Hälfte mehr bekommen als die Gymnasien.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das steht in der Pressemitteilung schon drin!)

Das muss erlaubt sein, ohne dass man uns dann gleich wieder ideologische Debatten vorwirft; das nur am Rande.

(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat Herr Holster ja super erklärt, warum!)

Meine Damen und Herren! Wir müssen alles daransetzen, um nicht noch viele weitere Tausende von Schülern in Containern zu unterrichten. Das ist, glaube ich, allen klar. Neuerdings werden die Container – ich würde sagen, weil sie schon gekauft und nicht mehr nur gemietet sind –

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist ein großer Vorteil, das ist nämlich billiger!)

zu einer Verfestigung des Provisoriums. Alles in allem, Herr Rabe, helfen jetzt nach anderthalb Jahren im Amt keine ausführlichen Rückblicke mehr auf Ihre Amtsvorgänger und deren Versagen. Nehmen Sie stattdessen bitte plausibel dazu Stellung, wie Sie die Zukunft des Schulbaus sorgsam planen wollen. Eine Aufreihung von intransparenten Zahlen reicht nicht. Vielmehr brauchen wir eine transparente Verknüpfung von Bedarf und Kosten, die jeder versteht. Wenn ich Sie so höre, habe ich manchmal den Eindruck, wir reden von verschiedenen Plänen.

Deshalb werden wir Liberalen beantragen, das Zahlenwerk des Schulsenators, wenn es denn als Drucksache vorliegen sollte, durch den Schulausschuss einer Anhörung zu unterziehen. Das sind wir Hamburgs Schülern, Lehrern und Eltern und vor allen Dingen auch den Steuerzahlern schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit gestern gibt es einen neuen Plan für den Schulbau, nämlich den Rahmenplan. Am 1. Januar 2010 gründete die schwarz-grüne Koalition das Sondervermögen Schulbau. Die Gesellschaft wurde Eigentümerin der Grundstücke mit einer Gesamtfläche von ungefähr 9,1 Millionen Quadratmetern und der Schulgebäude mit ungefähr 2,2 Millionen Quadratmetern. Aufgabe von Schulbau Hamburg sollte es sein, neue Schulbauten zu planen, zu bauen, zu unterhalten und die maroden Schulen endlich zu sanieren. In diesem ÖÖP-Modell ist die Schulbehörde Mieter und Schulbau Hamburg Vermieter. Damals hieß es, 250 bis 300 Millionen Euro stünden jedes Jahr zur Verfügung. Das hat so nicht geklappt, wie vieles andere auch nicht.

Organisatorische Schwierigkeiten lähmten den Schulbau, die Kritik aus den Schulen wurde immer lauter und die Eltern protestierten öffentlich. Im Jahr 2011 standen im Gegensatz zur eigenen Zielvorgabe nur 97 Millionen Euro zur Verfügung und davon wurden nur 62 Millionen Euro wirklich ver-

(Dora Heyenn)

baut. Bemängelt wurde, dass die Bedarfe der einzelnen Schulen nach der Umstellung auf das Zwei-Säulen-System mit den veränderten Bedingungen, wie zum Beispiel kleineren Klassen, von Schulbau Hamburg nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Der Zusammenhang von Schulentwicklungsplan und Neubau, Zubau und Sanierung wurde – Sie erinnern sich, wir hatten die Debatte häufiger in der Bürgerschaft – von Schulsenator Rabe immer bestritten.

Im Herbst 2011 legte dann die Schulbehörde einen Schulentwicklungsplan mit den Rahmendaten für den Schulbau vor. Das war ein Lernprozess und der ist gelungen. Im April 2012 zog der SPD-Senat personelle Konsequenzen für die Geschäftsführung von Sondervermögen Schulbau Hamburg. In diesem Zusammenhang wurde angekündigt, der Schulbau werde jetzt effizienter und kostengünstiger, und es wurde ein Plan verkündet, Schulbau Hamburg in zwei Gesellschaften aufzuteilen, eine für Vermögen und eine für Dienstleistungen.

In diesem Schuljahr werden über 10 000 Hamburger Schülerinnen und Schüler in Containern unterrichtet. Das sind 2 800 Kinder mehr als im Schuljahr 2011/2012. Die Zahl der mobilen Klassenzimmer erhöhte sich von 300 auf 459. Und da die Bauzeiten länger sind als gedacht und geplant, werden die Container nicht mehr teuer gemietet, sondern gekauft. Und das, Frau von Treuenfels, ist ein großer Vorteil, das ist nämlich billiger. Wir als Opposition haben das im Schulausschuss oft angemahnt, das ist immerhin jetzt passiert.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Gestern wurde ein neuer Plan verkündet, der Rahmenplan. Und wir haben eben von Herrn Holster gehört, es gebe jetzt zum ersten Mal Planungssicherheit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das kommt mir irgendwie bekannt vor. Wir haben auch an der Universität plötzlich Planungssicherheit, die Sicherheit, dass man weniger Geld bekommt.

(Beifall bei der LINKEN – *Jan Quast SPD*: Das stimmt doch nicht!)

Und nun soll alles besser werden, wie bei jedem Plan zuvor soll alles effizienter werden, jetzt soll auch wirklich alles angegangen werden. Ich möchte an Brecht erinnern, der Folgendes geschrieben hat – ich zitiere –:

"Ja, mach nur einen Plan
sei nur ein großes Licht
und mach dann noch 'nen zweiten Plan
gehn tun sie beide nicht."

Der Schulbau Hamburg entwickelt sich zu einem immer neu aufgelegten Prinzip Hoffnung. Ein Sondervermögen in Form eines Schattenhaushalts

– und es ist ein Schattenhaushalt, Frau von Berg – ist offensichtlich keine Lösung für den Sanierungsstau an den Hamburger Schulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die hohen Abschreibungen sind schon von Herrn Heinemann angesprochen worden. Die Finanzmittel, die in Schulbau Hamburg gesteckt werden, werden der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Die Instandhaltung, Sanierung und Erweiterung wird über teure Kredite finanziert und ein Einfluss auf die Geschäftspolitik des Sondervermögens durch die Politik wird seitens des Senats nicht eingeräumt. Auch im Schulausschuss kommen wir nicht zur Diskussion über Schulbau Hamburg.

Mittlerweile beträgt der Sanierungs- und Zubaubedarf ungefähr 4 Milliarden Euro, und der SPD-Senat will ihn mit 60 Millionen Euro Mietzahlungen jährlich finanzieren.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das stimmt doch auch nicht!)

Wir glauben, dass man das auf diese Art und Weise nicht hinkommt, und wir möchten an das erinnern, was Bürgermeister Scholz beim Regierungsantritt gesagt hat. Herr Scholz, Sie haben den Hamburgern versprochen, dass die Schulen Paläste werden sollen. Angesichts der Tatsachen ist das der blanke Hohn.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema heute hat zwei Gesichtspunkte, erstens die Bilanzierung und zweitens die Investitionsplanung an sich. Und da ist es ein lustiges Wortspiel, Herr Heinemann, das Sie sich ausgedacht haben: Der Senat schreibt den Schulbau ab. Der 800-Millionen-Euro-Verlust ist aber nicht eingetreten, weil Sie diese Zeilen in unseren Bilanzierungshinweisen entdeckt haben, sondern er ist tatsächlich genau in dem Jahr eingetreten, in dem Sie für den Schulbau verantwortlich waren.

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die dafür verantwortlich sind, sollten nicht diesen Klamauk veranstalten, sondern mit betretenem Schweigen zur Kenntnis nehmen, dass wir die Dinge jetzt in Ordnung bringen.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann CDU*: Das ist doch lächerlich!)

Bei der Gründung von Schulbau Hamburg haben Sie einen offenkundigen erheblichen Sanierungs- und Instandsetzungsbedarf bei der Bilanzierung unter den Teppich gekehrt. Ich habe bei der Vorstellung der Konzernbilanz 2010 auch ausführlich

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

auf die Bilanzierungsprobleme, die die Stadt hat, hingewiesen. Und das, was beim Schulbau passiert ist, kann man auch mit ganz harten Worten belegen, das will ich gar nicht tun – Bilanzfälschung oder Ähnliches.

(Dirk Kienscherf SPD: Vorsätzlich ist das geschehen!)

Ich würde das milder formulieren, Herr Heinemann. Sie waren bei der Gründung von Schulbau Hamburg überfordert, weil es Ihnen nämlich gar nicht um die vernünftige Organisation von Schulbau ging, sondern weil Sie einzig und allein von dem Gedanken getrieben waren, unabwiesbare Kosten aus dem Haushalt herauszurechnen, um Raum für Koalitionsprojekte zu gewinnen, die Ihnen wichtiger waren als der Schulbau.

(Beifall bei der SPD – Robert Heinemann CDU: Im Juni war noch alles unbekannt!)

Dabei haben Sie sich auch nicht auf fehlerhafte Bilanzierung beschränkt. Sie haben zusätzlich eine kostendeckende Globalmiete kalkuliert, um diese dann nicht zu zahlen und im Haushalt abzubilden, und zwar genau mit der Begründung eines schlechten Gebäudezustands, den Sie bei der Bilanzierung unterschlagen haben.

(Robert Heinemann CDU: Genau das machen Sie weiter!)

– Das war alles ziemlich verantwortungslos, und davon kann man auch mit Klamauk, Herr Heinemann, nicht ablenken.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfrage von Herrn Wersich zulassen.

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Senator Dr. Tschentscher, ich darf Sie trotzdem auf den parlamentarischen Sprachgebrauch hinweisen, und das mit der Zwischenfrage haben Sie damit selbst beantwortet.

(Dietrich Wersich CDU: Danke, Frau Präsidentin!)

Senator Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Wir werden uns jedenfalls nicht davon abbringen lassen, die Dinge in Ordnung zu bringen. Herr Rabe, die Schulbehörde und Schulbau Hamburg haben erstmals eine vernünftige Investitionsplanung vorgenommen: keine Zettelwirtschaft, bei der niemand wusste, woran er war, sondern eine Planung, bei der die Maßnahmen nach vernünftigen Kriterien sortiert und bewertet sind. Das mag noch nicht präzise sein, aber es ist erstmalig eine vernünftige Planung.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen haben wir dafür eine kostendeckende Miete kalkuliert, die auch gezahlt wird. Deshalb steigen die Ansätze in den Haushaltsplänen und werden nicht gekürzt, wie wahrheitswidrig behauptet wird. Das wird auch durch wirre Anfragen nicht besser.

(Unruhe im Plenum – Anja Hajduk GRÜNE: Also jetzt geht es los! – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Senator!

Senator Dr. Peter Tschentscher: Frau Präsidentin, ich entschuldige mich für diesen Ausdruck.

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Empörung des Plenums ist aufgenommen. Herr Dr. Tschentscher, bitte fahren Sie fort.

Senator Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Ich entschuldige mich.

Wenn man viele Fragen unterschiedlichster Zielrichtung stellt – eine zielt auf Wirtschaftspläne, eine andere auf das Ist im Vollzug des Wirtschaftsplans, eine weitere auf Haushaltsansätze –, dann darf man hinterher nicht behaupten, der Senat mache ein wirres Zahlenspiel.

(Robert Heinemann CDU: Sie reden schlicht die Unwahrheit!)

Das wurde nämlich getan und das weisen wir hiermit zurück.

(Beifall bei der SPD – Robert Heinemann CDU: Sie reden das Gegenteil von Ihrem eigenen Wirtschaftsplan! Lesen Sie den mal!)

Weil das alles so ist, werden wir die Bilanzen korrigieren, das ist gar keine Frage, und zwar sowohl bei Schulbau Hamburg wie auch in der Konzernbilanz. Die Methode dafür ist die Wertberichtigung, leider um viele Hunderte Millionen Euro, aber dafür macht man Bilanzen, dass man die Vermögensverhältnisse wahrheitsgemäß abbildet.

(Robert Heinemann CDU: Was ist denn die Bewertungsgrundlage?)

Wie wir mit den Investitionsplanungen umgehen, hat Senator Rabe gestern schon in der Landespressekonferenz dargelegt. Er wird sich vermutlich in der Aktuellen Stunde auch noch vertiefend dazu äußern.

Was Sie uns übrigens seit Mai, liebe CDU-Fraktion, noch schuldig sind, ist die Antwort auf die Frage, wo denn die 3 Milliarden Euro für die Sanierung von Schulgebäuden geblieben sind, die Herr Wersich im "Hamburger Abendblatt" als große Leistung des Vorgänger-Senats gelobt hat. Davon habe ich in den Haushaltsberatungen bisher noch

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

kein Wort gehört. Aber wir haben schließlich noch bis Dezember Zeit, um das zu erfahren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Wersich kann das ja noch mal darlegen!)

Ich bin sehr gespannt auf Ihre Lösungen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Herr Senator Tschentscher, lieber Herr Holster! Es ist ein sehr guter Hinweis, einmal auf die Fakten einzugehen. Ich verstehe es nicht, wie ein Senator in einer Debatte sagen kann, die Ansätze würden nicht abgesenkt, aber im Haushaltsplan-Entwurf, im Wirtschaftsplan Sondervermögen Schule, Bau und Betrieb – wir würden dazu im Haushaltsausschuss "rosa Papier" sagen – steht wörtlich unter Umsatzerlöse:

"Die Grundmiete wurde für die Jahre 2013, 2014 reduziert und somit an die von der BSB veranschlagte Miete angepasst."

Herr Senator, was ist das anderes als ein Absenken der geplanten Ansätze? Und es kann nicht sein, dass Sie Haushaltsberatungen zum Sondervermögen Schule verweigern, hier aber definitiv falsche Tatsachen erzählen; das ist frech.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir zum zweiten Punkt, Herr Senator. Sie haben gesagt, das müssen wir jetzt alles so bewerten, wie es eigentlich steht. Und wir haben Erfahrungen mit Wertermittlungen dieses Senats.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Vor allem mit Ihrem!)

Sie haben mal eben mit den 800 Millionen Euro, die Sie abschreiben, nicht die Grundstücke, sondern die Gebäudewerte um 43 Prozent abgeschrieben, also fast halbiert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Weil die so marode sind, Ihre Hinterlassenschaften!)

Wenn Sie Gebäudewerte um ein so hohes Maß halbieren, dann müssen Sie doch wissen, auf welcher Grundlage Sie dies tun. Aber wenn man einmal nachfragt, Herr Senator, dann merkt man, dass es keine Grundlage gibt, weil Sie die Begutachtung, wie Schwarz-Grün sie vorgesehen hatte, schlicht abgesagt haben.

Jetzt kann man ein Muster erkennen, wie Netze in dieser Stadt und die Anteile von Hapag-Lloyd bewertet werden. Wir sind da angekommen, wo der Kern der sozialdemokratischen Haushaltspolitik dieser Tage liegt. Sie drehen sich die Zahlen so, wie sie passen, und wenn Sie sie bewerten lassen müssen, verzichten Sie lieber darauf, weil Sie ir-

gendwie ahnen, dass es falsch ist, wie Sie es machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lieber Herr Senator – da sitzen ja alle beide, der eine ist vermutlich für den Klamauk zuständig,

(Dirk Kienscherf SPD: Dafür sind Sie doch zuständig!)

der andere für die Zahlen, davon werden wir gleich noch etwas hören –,

(Beifall bei der CDU)

Sie regieren gerade in Bezug auf den Schulhaushalt lustig im Blindflug, denn die Gebäude sind 800 Millionen Euro weniger wert, die Begutachtung wird gestrichen und es herrschen Auskunftssperre und Informationschaos. Diesen Dreiklang kennen wir aus Ihrer Senatspolitik, und zwar nicht nur bei der Frage der Bewertung der Schulbauten. Ich kann Ihnen auch sagen, was meine Vermutung ist, warum wir das gerade erleben.

Wir haben doch davon gesprochen, dass eigentlich für 2013 die Mieten auf 270 Millionen Euro ansteigen sollten, die die Schulbehörde an Schulbau Hamburg bezahlt. Das tut sie nun nicht mehr, sondern zahlt nur noch auf 230 Millionen Euro, sprich, der Schulsenator hat auf eine sehr elegante Art, die er von der Höhe her in keiner Weise begründen kann und auch gar nicht bewerten lassen möchte, 40 Millionen Euro weniger Ausgaben in seinem Haushaltsplan-Entwurf. Dies bedeutet, Herr Schulsenator, dass Sie die 0,88 Prozent, die Ihnen Ihr Nachbar hineingeschrieben hat, dann doch besser einhalten konnten, um nicht zu sagen, erheblich besser einhalten konnten. Was Sie machen, ist Haushaltstrickserei auf Kosten des Schulbaus Hamburg. Und das Schlimme ist, Sie haben keine belegbaren Fakten, warum.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur sagen, Herr Finanzsenator, das ist eine sehr teure Kosmetik. Zum einen kosten Ihre zu niedrigen Veranschlagungen, die wir momentan überall in den Haushaltsplänen finden, in diesem Fall Geld, und sie kosten Transparenz und Glaubwürdigkeit Ihrer Haushaltspolitik. Und so, wie Sie angetreten sind, indem Sie Schattenhaushalte abbauen wollten, wahre Kosten offenlegen wollten und Ähnliches, ist von all diesen hehren Ankündigungen, wenn man den Haushaltsberatungen dieser Tage folgt, nichts mehr übrig. Das Schlimme ist, dass Sie versuchen, das mit Intransparenz zu verschleiern. Kaum ein Senator ist in der Lage, seine Haushaltszahlen wirklich so zu benennen, wie sie sind, sondern Sie agieren mit Nachtragsdrucksachen. Das ist schlechte Haushaltspolitik und in diesem Fall auf Kosten der Hamburger Schülerinnen und Schüler.

(Roland Heintze)

(Beifall bei der CDU und bei *Martina Kaesbach* und *Anna-Elisabeth von Treuenfels*, beide FDP)

Ich kann die SPD nur auffordern, diesen Zustand der Intransparenz zu beenden. Wenn Sie solche Abschreibungen hier mitbeschließen und dem Schulsenator aus der 0,88-Prozent-Falle heraus helfen, dann sollten Sie zumindest einmal nachfragen, wie diese Zahlen zustande kommen, und Sie sollten nicht mittragen, dass der Senat eine Bewertung von Experten, wie sie Schwarz-Grün vorgesehen hatte, schlichtweg verweigert. Wenn Sie das nicht tun – und das gilt für die Schulpolitiker genauso wie für die Haushaltspolitiker –, dann ist das fahrlässig, und zwar fahrlässig in Milliardenbeträgen, und das kann nicht sein. Ich kann nur Sie und den Finanzsenator auffordern, diesen Zustand zu beenden und auch beim Schulbau Hamburg einmal eine transparente Haushaltspolitik zu betreiben, für die Sie im Übrigen angetreten sind und augenscheinlich gewählt wurden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Quast.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man verfolgt, welche Themen die CDU zur Debatte anmeldet und welche Pressemitteilungen sie so in die Welt setzt, dann gewinnt man den Eindruck, Sie wissen eigentlich gar nicht, wo Sie überhaupt noch punkten sollen mit Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD – *André Trepoll* CDU: Starker Anfang!)

Diese Debatte zeigt doch vor allem, dass Sie bei Schulbau Hamburg in den letzten Jahren vollkommen versagt haben und wir die Scherben zusammenfegen müssen, die Sie bereitet haben.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann* CDU: Fakten!)

Für die Menschen in der Stadt ist entscheidend, da stimme ich Frau von Treuenfels zu, dass jetzt endlich etwas passiert und die Hamburger Schulen endlich wieder in Ordnung gebracht werden. Genau das tun wir und genau das hat Senator Rabe gestern vorgestellt.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann* CDU: Was liegt Ihnen vor? Auf welcher Bewertungsgrundlage?)

Wenn neue Erkenntnisse vorliegen über die Bewertung von Gegenständen und Gebäuden, dann müssen diese Werte in den Bilanzen korrigiert werden, das schreibt das Handelsgesetzbuch vor. Das ist kaufmännische Buchführung, Herr Heinemann, die Sie eingeführt haben, unter anderem auch für Schulbau Hamburg, und wir setzen genau das um.

Wir stehen auch hier für Klarheit und Wahrheit, auch da unterscheiden wir uns von dem, was Sie bisher gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gerade beim Schulbau getrickst, wo Sie nur konnten. Sie haben eine Kostenmiete vereinbart mit Schulbau Hamburg für die Schulen, eine Kostenmiete, die Betriebskosten, Instandhaltung und Sanierungskosten decken sollte. Und Sie haben diese Zahlen, die Sie errechnet haben, von vornherein um ein Drittel abgesenkt. Sie haben Ihren eigenen Zahlen nicht vertraut und sind damit ins Parlament gegangen. Das ist Trickserei und Täuschung.

(Beifall bei der SPD)

Und das alles nur, um Ihrem maroden Haushalt noch einigermaßen Luft zu geben. Aber auch da hatten wir im letzten Doppelhaushalt schon genug zu tun, um noch einigermaßen Ihre Fehlbuchungen herauszubekommen; wir reparieren weiter.

Meine Damen und Herren! Der SPD-Senat hat seine Hausaufgaben gemacht. Er hat die Organisation von Schulbau Hamburg arbeitsfähig gemacht. Er hat einen Fachmann als neuen Leiter eingestellt. Er hat die Sanierungsbedarfe erfasst, indem sich Schulbau Hamburg jede Schule angeschaut hat, und er hat die Bedarfe priorisiert und die aktuelle Kostenplanung transparent dargestellt. Schulbau Hamburg ist auf einem guten Weg.

Es geht jetzt darum, die weitere Konkretisierung und schnelle Umsetzung der Sanierungs- und Neubaumaßnahmen auf den Weg zu bringen. Anders, als es frühere Senate getan haben, bezieht dieser Senat den Fachverstand vor Ort, von den Eltern, der Lehrerschaft und Schülerschaft, dabei mit ein.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Transparenz und viel besser, als es früher war.

Wir investieren in den nächsten Jahren 2,8 Milliarden Euro in die Schulgebäude, in Sanierung, Neubau und Zubau. Das interessiert die Menschen dieser Stadt und das sollte die Nachricht sein, die heute aus dieser Debatte in die Stadt geht.

(*Roland Heintze* CDU: Das könnte ich mir vorstellen!)

Wir treten dafür ein, dass die Hamburger Infrastruktur wieder in Ordnung gebracht wird. Die Hamburger Schulen bilden dabei einen entscheidenden Baustein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Wir von der LINKEN sind es ja gewohnt, dass bei brisanten Themen immer gegenseitige Schuldzuweisungen stattfinden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: DIE LINKE trifft keine Schuld!*)

– Wir haben auch keine Schuld, das ist der große Unterschied.

(Beifall bei der LINKEN)

Senator Tschentscher wirft der schwarz-grünen Koalition vor, sie sei überfordert gewesen mit Schulbau Hamburg. Angesichts des Auftritts, den Sie hingelegt haben, kann ich nur eines feststellen: Sie scheinen selbst völlig überfordert zu sein.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Nur so kann ich mir auch erklären, dass Sie die Vorstellung von Demokratie wirklich überdehnt haben. Abgeordneten vorzuwerfen, dass sie ihrer Arbeit nachgehen und Anfragen stellen, dass sie Schlüsse ziehen,

(*Ksenija Bekeris SPD: Das hat er so nicht gesagt!*)

dass sie etwas kritisieren und Forderungen stellen,

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD: Hat er nicht! – Gabi Dobusch SPD: Das war schon ein Unterschied!*)

wenn Sie das mit diesen Attributen versehen, dann muss ich mich doch sehr fragen, ob Sie eigentlich wissen, welchen großen Wert die Opposition in einem Parlament hat. Ich möchte Sie in Zukunft bitten, das wirklich besser zu würdigen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN)

Wir hatten diese Diskussion schon im Ältestenrat, und es darf sich hier nicht einbürgern, dass die Opposition ihrer Rechte beraubt wird.

Wenn Sie, Herr Tschentscher, sagen, es sei das erste Mal, dass eine ernstzunehmende Planung vorliege, dann mag das aus Ihrer Sicht stimmen. Wichtig ist aber, dass es nur eine Planung ist. Und auch Herr Quast sagte eben, dass der Schulbau Hamburg jetzt arbeitsfähig sei. Das soll sich noch zeigen, es ist alles noch Planung.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass 4 Milliarden Euro der Bedarf sind und 60 Millionen Euro Mietzahlungen jedes Jahr gezahlt werden sollen. Ich frage mich natürlich, wenn die Wertberichtigung in so einem hohen Umfang stattfindet, wieso dann die Mietzahlungen nur eine so geringe Absenkung haben. Das müssten Sie noch einmal transparent deutlich machen.

Wenn Schulbau Hamburg jetzt Kredite für Baumaßnahmen von bis zu 290 Millionen Euro jährlich aufnimmt, wie Sie jetzt dargelegt haben, dann wollen Sie doch in erster Linie die Neu- und Umbauten

machen; das hat Priorität bis 2019. Wenn man das zu Ende denkt, dann ist vollkommen klar, dass die dringend notwendigen Sanierungen der Gebäude – Sie haben die ganze Zeit von den maroden Schulgebäuden gesprochen –, in denen heute unterrichtet wird und die eigentlich nicht mehr zumutbar sind, erst dann einigermaßen in Angriff genommen werden, wenn die jetzige Schülergeneration bereits die Schule verlassen hat. Das hilft den Schülern nicht weiter. Ich hoffe, Sie kommen von der Planung endlich auch zur tatsächlichen Arbeit und man dann wirklich sehen kann, dass es mit den Schulen bergauf geht. Das sehe ich noch nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Senator Rabe.

Senator Ties Rabe: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist völlig richtig, dass wir es beim Schulbau mit einem großen Problem zu tun haben, das man einfach beschreiben kann. Frau Heyenn, Sie haben völlig recht, es sind sehr viele Schulen in einem schwierigen Zustand. 3 Milliarden Euro soll die Sanierung kosten, das hatte die alte Regierung errechnet. Es gibt zurzeit keinen Zweifel an diesen Zahlen. Wir brauchen auch über 1 Milliarde Euro mehr, um die fehlenden Gebäude zu bauen. Das ist eine gewaltige Aufgabe, und diese gewaltige Aufgabe, da haben Sie auch völlig recht, ist noch lange nicht erledigt.

Es wurde viel darüber geredet, wer die Schuld daran hat,

(*Dietrich Wersich CDU: Von dem Finanzsenator schon!*)

wie die Bilanzen sind und ob Schriftliche Kleine Anfragen gerecht und richtig beantwortet worden sind; das kann man alles klären. Man kann es dann klären, wenn wir nicht den Schulbau voranbringen wollen, sondern die Erforschung der Schulbauforschung. Das ist sicherlich auch ein spannender Aspekt, und ich finde es völlig richtig, hier genau zu bleiben.

(*Dietrich Wersich CDU: Das kann Tschentscher auch!*)

Aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir es mit 4 Milliarden Euro für Bauaufträge zu tun haben. Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, wie wir diese enormen Herausforderungen bewältigen können, und das heißt, wir müssen vor allem Probleme lösen und handeln. Ich lade Sie dazu ein, dass wir diese Probleme gemeinsam angehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir handeln wollen, dann müssen wir uns aus meiner Sicht auf vier Ebenen konzentrieren.

(Senator Ties Rabe)

Erstens: Wir müssen über Geld reden. Wie viel Geld brauchen wir denn für den Schulbau?

Zweitens: Wir brauchen klare Pläne. Wo soll denn jetzt gebaut werden und vor allem, was?

Und drittens: Frau Heyenn, ich finde es völlig richtig, dass wir dann auch bauen müssen, und zwar vernünftiger und schneller, als es bisher der Fall gewesen ist.

Damit wir diese drei Dinge schaffen, brauchen wir auch ein Stück weit mehr – wenn ich es mal so formulieren darf – Konzentration und Ernsthaftigkeit, um dieser Sache zu begegnen, weniger dagegen die gegenseitigen Beschuldigungen, wer damals welche Zahl wie und aus welchen Gründen aufgestellt hat. Wir sollten uns hingegen darauf konzentrieren, wie wir diese drei Aufgaben in den Griff bekommen. Da würde ich gern mit der nötigen Ernsthaftigkeit noch einmal die wichtigen Punkte nennen.

Erstens: Reden wir doch über Geld. Herr Heintze, sehen Sie bitte nach auf den weißen Seiten des Haushaltsplans 2011/2012 und des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014. Dort finden Sie in den einzelnen Schulkapiteln die jeweiligen Miethöhen. Ich kann sagen, was passiert, wenn Sie die addieren. Im Jahr 2011 hat die Schulbehörde für die Miete der Schulgebäude der allgemeinbildenden Schulen – ich lasse jetzt die Berufsschulen beiseite – rund 250 Millionen Euro ausgegeben. Wir planen, diese Summe zu erhöhen, weil völlig klar ist, dass das Geld nicht ausreichen wird. Deshalb werden wir die Ansätze, die Schwarz-Grün damals für richtig gehalten und in den Haushalt geschrieben hat, deutlich übertreffen. Wir erhöhen auf 310 Millionen Euro

(Robert Heinemann CDU: Aber weniger als geplant!)

– um 60 Millionen Euro, das ist eine gewaltige Summe. Das zeigt, dass wir die Herausforderungen wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heinemann?

Senator Ties Rabe (fortfahrend): Nein, ich möchte, dass wir jetzt mit dieser Ernsthaftigkeit vorgehen. Herr Heinemann kann dann selbstverständlich noch reden.

Der nächste Punkt ist die Frage der Planung.

(Dietrich Wersich CDU: Das nützt doch nichts, wenn Sie hier falsche Tatsachen aufstellen!)

Wir müssen natürlich genau wissen, wo wir bauen. Als ich das Amt übernommen habe, standen da

fünf Aktenordner, das war die Übergabe. Ich sage ganz offen, dass ich bei dieser Übergabe überhaupt keinen Hinweis bekommen habe auf einen Bauplan. Es gab nicht einmal einen Schulentwicklungsplan. Das ist zunächst einmal der Punkt, bei dem man ansetzen muss. Wir haben in einem ersten Schritt einen Schulentwicklungsplan gemacht, damit überhaupt klar ist, an welcher Stelle eine Schule hinkommen soll. Sie wissen, dass das bis dahin nicht der Fall war.

(Dietrich Wersich CDU: Ein halbes Jahr haben Sie den Schulentwicklungsplan angehalten!)

Und dann haben wir gefragt, wo was gebaut werden muss.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau!)

Diese Frage haben wir nicht nach Schulformen bearbeitet. Ich habe mir überhaupt keine Gedanken gemacht, ob ich die Grundschulen mehr lieb habe oder die Stadtteilschulen. Wir haben stattdessen Kriterien gesucht und diese sind recht einfach: Wie viele Schüler sind an der Schule, wie viele Klassen sind dort und wie viele Klassenräume? Wenn etwas fehlt, muss etwas gebaut werden. Der zweite Punkt war, in welchem Sanierungszustand das Gebäude ist, ob es kaputt oder in Ordnung ist. Wenn ein Gymnasium kaputt ist oder zu klein, wird dort richtig Geld investiert. Und wenn es einer Grundschule so geht oder einer Sonderschule, dann ist das dort ebenso. Es liegt mir überhaupt nicht daran, irgendeine Schulform zu begünstigen oder schlechter zu stellen, sondern erstmals nach klaren, objektiven Kriterien den Schulbau auf eine vernünftige Planung abzustimmen. Das war der Grund.

Es wird hier immer gesagt, es sei nicht transparent. Meine Damen und Herren, wir haben das erste Mal in vielleicht zehn oder sogar 30 Jahren überhaupt so einen Plan. Er wird noch nicht perfekt sein, das will ich gern zugestehen. Wir werden vermutlich auch noch Fehler finden und nachjustieren. Aber wir haben erst einmal ein Gerüst und das gab es bisher nicht. Dies zeigt, dass wir ernsthaft darum bemüht sind, Lösungen zu finden für die einzelnen Standorte und herauszukommen aus der Zufälligkeit der einzelnen Entscheidungen hin zu einer klaren Struktur, und das ist ein großer Schritt nach vorn.

(Beifall bei der SPD)

Aber ein Plan, das wusste schon Kurt Tucholsky, ist noch nicht die Wirklichkeit, und nun müssen wir auch bauen. Wir haben das Geld und wir haben den Plan.

Wie machen wir das jetzt mit dem Bau? Da gibt es in der Tat Schwierigkeiten. Der Schulbau war bisher teuer und langsam; das wollen wir ändern. Es liegt an vielen Punkten und nicht allein an Schul-

(Senator Ties Rabe)

bau Hamburg, sondern es liegt an den bürokratischen Abläufen. Wenn irgendwo eine Toilette gebaut werden sollte, waren sechs bis neun Hierarchiestufen zu durchlaufen, damit jeder seinen Senf dazugeben konnte und es entsprechend abzeichnete. Das ist unvernünftig. Wir müssen es schaffen, dass die klugen Menschen vor Ort, Schulleitung, vielleicht der Schulrat, Arbeiter und Objektmanager von Schulbau Hamburg,

(Finn-Ole Ritter FDP: Und wer sind die Dummen?)

einen größeren Entscheidungsspielraum haben, um diese Langsamkeit der bürokratischen Abläufe zu überwinden. Diese Entscheidungsspielräume können wir ihnen geben, wenn wir sie verpflichten, bestimmte Eckpunkte einzuhalten. Wir wollen keine goldenen Wasserhähne, aber wir wollen pädagogisch vernünftiges Bauen. Dafür kann man sehr wohl entsprechende Eckpunkte aufstellen. Das muss der nächste Schritt sein, um den Bau dann auch wirklich zügig und preiswert zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Damit möchte ich zum Schluss kommen und noch einmal darauf hinweisen, dass wir das schon mehrfach gemeinsam gemacht haben. Bei schwierigen Standorten habe ich mehrfach eingeladen, auch die Opposition, und gesagt, lasst uns zusammensetzen und uns ansehen, was wir machen können. Die Stadtteilschule Lurup ist ein schönes Beispiel, wo alle Bezirkspolitiker mit der Schulbehörde gemeinsam um Lösungen für eine sehr schwierige und sehr teure Baumaßnahme ringen. Auch in Steilshoop gibt es einen solchen Dialog.

Wir können uns gern noch weiter in die Vergangenheit hineingraben und die einzelnen Zahlen sortieren. Aber unsere Aufgabe muss auch sein, für die Schülerinnen und Schüler vernünftige Schulgebäude zu gestalten, und das heißt Handeln. Ich glaube, wir sind auf einem richtigen Weg. Wir reichen Ihnen dazu die Hand und laden Sie dazu ein. Ich freue mich, wenn Sie alle mitmachen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Heinemann.

(Arno Münster SPD: Jetzt entschuldigt er sich!)

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon ein ziemliches Unding, wenn der Finanzsenator der Vorgängerregierung quasi Bilanzfälschung vorwirft. Sie sollten sich das einmal sehr genau überlegen und auch noch einmal in die Drucksachen hineinschauen.

Ich zitiere einmal aus der damaligen Drucksache Schulbau Hamburg:

"[...] eine exakte gebäudebezogene Ermittlung des Instandhaltungssatus und damit der Werte [hat] noch nicht stattgefunden [...]."

Wo ist denn da eine Fälschung, wo ist da die Verschleierung, wenn es wortwörtlich und ganz klar und transparent in der Drucksache steht? Wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns ganz klar und transparent sagen, wo Ihre Bewertungsgrundsätze sind, wie Sie es gemacht haben und warum Sie im Juni noch nicht einmal wussten, dass Sie eine Neubewertung machen müssen? Und im August war sie plötzlich da. Wer hat auf welcher Grundlage mal eben über 400 Standorte bewertet, was waren Ihre Kriterien, wer hat sie veranlasst, kam es von den Wirtschaftsprüfern, kam es von Ihnen, kam das von Schulbau Hamburg, kam es von Senator Rabe? Wer hat da was gemacht, was waren die Bewertungsrichtlinien?

(Andrea Rugbarth SPD: Nach welchen Kriterien haben Sie denn damals gehandelt? Das war auch nicht klar!)

Das haben Sie heute überhaupt noch nicht beantwortet, aber das können wir von Ihnen erwarten.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens zum Thema Rückgang des Schulbaus. Man kann gern immer eine Schuldzuweisung machen. Der Senat selbst hat mir in seinen Senatsantworten ganz klar erklärt, warum es in den letzten zwei Jahren zum Rückgang beim Schulbau kam. Sie mussten erst den Schulentwicklungsplan abwarten, den Sie verzögert haben – Sie hatten leider keinen Schulbauplan gemacht, wie Sie selbst immer ausdrücklich betont haben – und dann plötzlich den Schulbau Hamburg reorganisieren, obwohl der Schulsenator das im Oktober noch abgelehnt hatte. Dadurch kam es leider zu Verzögerungen; das schreiben Sie selbst in Ihren Antworten. Ein bisschen Ehrlichkeit wäre da richtig.

Wir haben beim Schulentwicklungsplan immer wieder darauf hingewiesen, dass Sie genauer hinschauen sollten. Jetzt stellen wir fest, dass es überall nicht stimmt, Langenhorn ist dafür das beste Beispiel. Und jetzt kommt plötzlich in Ihrer Pressemitteilung eine Stadtteilschule in der HafenCity dazu. Die steht nicht im Schulentwicklungsplan und ist wohl vom Himmel gefallen, das haben Sie sich ausgedacht. Der Schulentwicklungsplan ist leider in großen Teilen das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben wir das Thema der Prioritäten, um nachvollziehen zu können, was Sie gestern eigentlich präsentiert haben. Wir möchten in der Tat gern – in Lurup war das auch unsere Idee, wir haben

(Robert Heinemann)

sie an Sie herangetragen und es auch sehr konstruktiv begleitet – gemeinsam für die Schulen Lösungen finden. Dazu gehört aber, dass man die Kriterien transparent auf den Tisch legt. Warum die eine Schule jetzt, die andere erst in einem Jahr und eine weitere Schule in zwei Jahren? Warum gibt es anderswo eine Sanierung erst in fünf oder in zehn Jahren? Herr Dr. Scheuerl hat es einmal freundlicherweise ausgerechnet. Es scheint ein Kriterium zu geben. Die Nähe zu Ihrem Wohnort scheint von großem Einfluss gewesen zu sein, wo die Sanierungen stattfinden.

(Karin Timmermann SPD: Das ist doch völlig daneben! – Dirk Kienscherf SPD: Schämen Sie sich!)

– Da sind Sie doch selbst schuld. Wenn Sie das vernünftig und transparent vortragen würden, nach welchen Kriterien und Bewertungskriterien und so weiter, dann könnte man das nachvollziehen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Haben Sie schon mal was vom Wohnungsbau in Bergedorf gehört?)

Aber es gibt solche Kriterien nicht, das ist handgestrickt, das ist nach Wahlkreisen oder sonst etwas ausgerichtet. Tut mir leid, dann können wir Ihnen auch nicht helfen, denn es ist unsere Aufgabe als Opposition, genau dort Kritik zu äußern. Wenn Sie sagen – und das sehe ich als den eigentlichen Skandal –, vor lauter Kritik kämen Sie nicht mehr zum Arbeiten, dann haben Sie in der Verfassung etwas gründlich missverstanden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Bläsing.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Oh, nee!)

Robert Bläsing FDP: – Große Vorfreude?

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja, hallo, Herr Bläsing!)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in einem ist sich mittlerweile das ganze Haus einig in der Bewertung, nämlich dass beim Schulbau Hamburg viel Sand im Getriebe war. Das hat der Senat auch so vorgefunden, das muss man durchaus einmal konzedieren. Dass eine Nachsteuerung notwendig war, will ich auch als Opposition an der Stelle anerkennen, und dass da auch gehandelt wird. Ob das im Detail alles richtig ist, werden wir noch zu bewerten haben. Aber ein Handlungsbedarf beim Schulbau Hamburg war auf jeden Fall gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Umso weniger verstehe ich dann aber den SPD-Senat, warum er nicht gleich klar Schiff macht

und sagt, wie die Bewertungskriterien sind. Schaffen Sie Transparenz. Was haben Sie denn zu verbergen? Ich habe eher das Gefühl, dass das jetzt im Zusammenhang mit diesen 2 Milliarden Euro, verteilt auf einige Jahre, präsentiert wird und das Ganze so ein bisschen ablenken soll, damit nicht so genau hingesehen wird. Da wird allerdings die Opposition, unter anderem auch mit Schriftlichen Kleinen Anfragen, ganz genau nachhaken, wenn wir Ihnen das derartig aus der Nase ziehen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich muss gestehen, dass die Bewertungszeit etwas kurz war. Aber ein Beispiel habe ich mir dann doch herausgesucht, die Ganztagsgrundschule Am Johannisland. Einerseits ist sie in der Region 21 in Ihrem Rahmenplan mit 30,9 Millionen Euro veranschlagt, in der Region 22 dagegen mit 8,0 Millionen Euro mit dem Hinweis, dass es dort umfangreiche Sanierungsarbeiten gibt. Das sind immerhin fast 40 Millionen Euro, das stand heute auch auf Seite 1 im "Hamburger Abendblatt". Es handelt sich dabei um einen 2011 eröffneten Neubau. Ich frage mich allerdings, wieso da jetzt ein umfangreicher Sanierungsbedarf in Höhe von 40 Millionen Euro vorhanden ist. Das müssen Sie uns in der Tat noch einmal ganz genau erklären.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Scheuerl.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Dr. Andreas Dressel SPD: Das Beste zum Schluss!)

Dr. Walter Scheuerl CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Schulbau Hamburg ist bei der Finanzbehörde aufgehängt, und wir haben heute einen sehr nervösen Finanzsenator Tschentscher gehört, der Zwischenfragen abwiegelte. Wir haben heute Morgen aber auch dramatische Schlagzeilen gelesen, nach denen 2 Milliarden Euro in Schulbau und Sanierung investiert werden sollen, und müssen uns fragen, was hinter diesen Schlagzeilen steckt. Ich würde an dieser Stelle gern zur Versachlichung der Debatte beitragen. Vielleicht steckt hinter der Schlagzeile von 2 Milliarden Euro nur die zwölfjährige Redaktionserfahrung von Schulsenator Rabe, der weiß, wie man Schlagzeilen platziert – er war zwölf Jahre Redaktionsleiter, bevor er ein paar Jahre als Lehrer arbeitete –, vielleicht steckt aber auch etwas Vernünftiges dahinter. Lassen Sie uns dem einmal kurz nachgehen.

2 Milliarden Euro in sieben Jahren in Schulbau und Sanierung zu investieren – so steht es in der Pressemeldung und den Zeitungen – bedeutet, mal

(Dr. Walter Scheuerl)

eben schlappe 280 Millionen Euro pro Jahr baulich umzusetzen.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Das ist ein schönes Versprechen, aber ich möchte daran erinnern – und das ist Fakt –, dass Schulbau Hamburg mit seinen 85 Mitarbeitern, die für das Baumanagement zuständig sind, im letzten Jahr nur knapp 61 Millionen Euro verbauen konnte; mehr war planerisch nicht möglich. Wenn Schulbau Hamburg im letzten Jahr also gerade einmal 61 Millionen Euro verbauen konnte und jetzt der Senator kommt und sagt, das sei alles Schall und Rauch und ab sofort werde für 280 Millionen pro Jahr gebaut, dann müssen wir uns als Abgeordnete doch fragen, wie das denn funktionieren soll.

(Dirk Kienscherf SPD: Genau, das ist die Aufgabe!)

Dazu haben wir bisher noch nichts gehört. Bisher ist das nur ein Versprechen.

An dieser Stelle möchte ich an den Hilferuf der Mitarbeiter von Schulbau Hamburg im letzten Jahr erinnern. Sie haben den Chef von Schulbau Hamburg angeschrieben und gesagt, wir können hier nicht vernünftig arbeiten. Die Organisation ist defizitär, wir sind personell nicht vernünftig ausgestattet, wir können so die Aufgabe von Schulbau Hamburg nicht erledigen. Seither ist faktisch nichts passiert. Die einzige Maßnahme von Senator Tschentscher bestand darin, die beiden Vollzeitgeschäftsführer, Herr Teichert und Frau Burmeister, durch zwei Halbzzeitgeschäftsführer zu ersetzen,

(Dirk Kienscherf SPD: Aber es läuft besser!)

nämlich durch Herrn Rowohlts und Herrn Pape.

(Dirk Kienscherf SPD: Trotzdem läuft es besser!)

Das war die einzige personelle Maßnahme. Wie dadurch eine Vervielfachung der Kapazitäten von Schulbau Hamburg erreicht werden soll, ist schlicht nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels* FDP)

Wenn Sie – das haben Senator Tschentscher und auch Schulsenator Rabe wahrscheinlich bisher nicht gemacht – einmal direkt mit den Mitarbeitern von Schulbau Hamburg aus dem Baumanagement sprechen würden – ich habe das getan –,

(Dirk Kienscherf SPD: Das können wir uns vorstellen!)

dann würden Sie auch erfahren, wo die Ursachen für die Probleme zu suchen sind. Ein Problem sehe ich in der – ich will es ganz deutlich sagen – Eitelkeit des Senats.

(Dirk Kienscherf SPD: Oh!)

Der Bürgermeister hat versprochen, dass die Schulen Paläste werden sollen. Der schulpolitische Sprecher der SPD, Herr Holster, hat vorhin noch einmal bestätigt, dass jede Schule ihren repräsentativen individuellen Neubau bekommen wird. Tolle Sache, aber was bedeutet das denn? Wer schon einmal gebaut hat – und das sagen auch die Mitarbeiter von Schulbau Hamburg –, der weiß, dass das zusätzliche Architektausschreibungen

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch Blödsinn, was Sie erzählen!)

und aufwendige Einzelplanungen statt effektiver und vernünftiger Serienplanung bedeutet. Klassenräume können auch in Serie gebaut werden, dann könnte das klappen.

(Dirk Kienscherf SPD: Plattenbauten!)

Wir haben ein Defizit und das Vorgehen des Senats bindet Planungskapazität und kostet erhebliches Geld.

Der gestern vorgelegte Plan ist zunächst einmal nur bedrucktes Papier, aber vor allem ein Versprechen, nichts mehr. Es deutet im Moment nichts darauf hin, dass die schönen Zahlen, die in ihm stehen, in den nächsten sieben Jahren realistisch umgesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Mein Appell an den Senat an dieser Stelle: Herr Tschentscher und Herr Rabe, sprechen Sie endlich mit den Fachleuten im Baumanagement von Schulbau Hamburg. Gehen Sie über zu einer vereinfachten Serienplanung und sorgen Sie dafür, dass das Baumanagement von Schulbau Hamburg in den nächsten Jahren durch Fachleute mit Zeitverträgen so verstärkt wird, dass dort gearbeitet werden kann.

(Dirk Kienscherf SPD: Leiharbeit!)

Versprechen Sie nicht 2 Milliarden Euro – in Ihrer Rede waren es eben sogar 4 Milliarden Euro, Herr Rabe –, sondern verbauen Sie erst einmal 100 Millionen Euro pro Jahr; das wäre schon einmal ein Anfang.

(Zuruf von der SPD: Die CDU fordert Leiharbeit bei Schulbau Hamburg!)

Aber handeln Sie, die Schülerinnen und Schüler haben es verdient. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels* FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? – Das ist nicht der Fall.

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

Dann kommen wir zu dem von der GRÜNEN Fraktion angemeldeten Thema:

Stillstand und Verhandlungschaos: Hat die SPD das Projekt Elbphilharmonie im Griff?

Das Wort hat Frau Dr. Gumbel.

Dr. Eva Gumbel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute die Elbphilharmonie zur Aktuellen Stunde angemeldet, weil wir in großer Sorge sind.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Die Idee der Elbphilharmonie ist innovativ und groß, sie sollte Wahrzeichen werden für eine Stadt, die sich als Musikstadt versteht. Seitdem ist dieser Traum im Mahlstrom von Vertragswerk, unkooperativen Generalunternehmern, Generalplanern, Planungsfehlern und Kostenexplosionen zerrieben worden. Der Traum ist aus und Fatalismus macht sich breit.

Die SPD regiert seit anderthalb Jahren. Ihre angekündigte Verhandlungsstrategie der harten Kante – Stichwort: Mit uns gibt es keine Spielchen mehr – ist ad absurdum geführt. Seit elf Monaten gibt es einen faktischen Baustopp und die zerstrittenen Vertragspartner sind so weit auseinander, dass ein kooperatives Baumanagement in weite Ferne gerückt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war die Entscheidung des SPD-Senats, trotz größter Schwierigkeiten mit der Dachabsenkung die Zusammenarbeit mit HOCHTIEF fortzuführen. In einer Phase der maximalen Bauverweigerung hat der Senat entschieden, mit diesem Generalunternehmer weiterzuarbeiten. Und während die Hamburger HOCHTIEF-Niederlassung sich weigert, weiterzubauen, versucht der Bürgermeister, beim spanischen Chef des HOCHTIEF-Mutterkonzerns einen Durchbruch zu erreichen. Wir halten es für ein Alarmsignal, weil die unmittelbaren Vertragspartner der Stadt – also die, die die angestrebte Neuordnungsvereinbarung, die das Eckpunktepapier juristisch in eine Form gießen soll, am Ende unterschreiben sollen – nicht mit am Tisch sitzen: Herr Leutner für die ReGe und Dr. Möller für HOCHTIEF. Deshalb unser Fazit: In Hamburg herrscht Eiszeit.

Das politische Versagen des SPD-Senats hat seinen Preis. Das Kostenrisiko ist immens. Wenn man allein die vom Senat zugrunde gelegten Summen addiert, kommt man auf einen dreistelligen Millionenbetrag. In Zahlen sind das 175 Millionen Euro plus X. Bisher hat der SPD-Senat 25 Millionen Euro anerkannt: 10 Millionen Euro Mehrkosten für die ReGe, 5 Millionen Euro für anerkannte Nachträge von HOCHTIEF, 10 Millionen Euro für

die drei Monate von der Stadt selbst verschuldete Bauzeitenverzögerung. Wir wissen aber aus den Drucksachen, dass die Vertragspartner zusätzliche Kosten geltend machen. In groben Blöcken sind das 100 Millionen Euro für die Bauzeitenverlängerung, 50 Millionen Euro, die HOCHTIEF für strittige Änderungen fordert, 13,3 Millionen Euro Budgetüberschreitungen und so weiter. Dazu kommen bis 2016 noch einmal 15 Millionen Euro zusätzlich für steigende Verfahrenskosten an die ReGe, wobei man den optimistischen Eröffnungstermin 2015 zugrunde gelegt hat. Demgegenüber, auch das sei erwähnt, stehen Forderungen der Stadt an HOCHTIEF von 40,6 Millionen Euro. Das, meine Damen und Herren, sind Ihre Zahlen, das sind die Zahlen aus den Drucksachen.

Das heißt, wir befinden uns in einer Situation, in der das Kostenrisiko in ähnlicher Weise explodiert wie zur Zeit des Nachtrags 4. Aber anders als 2008 wird das Kostenrisiko mit großer Wahrscheinlichkeit in die nächste Legislaturperiode verschoben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist doch Unsinn, das wird dem Schiedsgericht vorgelegt!*)

Alles, was die Stadt heute in den Händen hält, ist eine dürre Absichtserklärung der Vertragspartner. Es soll eine gemeinsame Planungsgesellschaft gegründet werden, nur wollen auf dem Weg dorthin die Vertragspartner offensichtlich noch nicht einmal miteinander reden, wie in den Zeitungen zu lesen war.

(*Dirk Kienscherf SPD: Sie müssen nicht alles glauben, was in der Zeitung steht!*)

Meine Damen und Herren! Das ist eine brandgefährliche Situation. Es wird nicht weitergebaut, die Vertragspartner reden nicht miteinander und das Kostenrisiko explodiert. Herr Bürgermeister, es war Ihre Entscheidung, HOCHTIEF weiter im Projekt zu lassen. Sorgen Sie dafür, dass diese Hängepartie beendet wird. Seit elf Monaten wird nicht mehr gebaut, seit zwei Monaten liegt das Eckpunktepapier vor. Wir wollen nicht weitere zwei Monate darauf warten, dass es eine Neuordnungsvereinbarung gibt. Bitte nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und sorgen Sie dafür, dass HOCHTIEF endlich weiterbaut.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Dobusch hat das Wort.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Gumbel, Sie sind in Sorge. Bei der Vorgeschichte dieses Projekts unter der Regie Ihres Senats verstehe ich das auch, zumindest bis zu einem gewissen Punkt. Wir sitzen

(Gabi Dobusch)

gemeinsam im Untersuchungsausschuss, ich habe auch schon im letzten Untersuchungsausschuss gegessen. Das Projekt hat tatsächlich eine in vielen Facetten sehr unrühmliche Vorgeschichte. Aber genau das war doch auch der Grund, warum wir als SPD-Fraktion von Anfang an auf der Einsetzung eines zweiten Untersuchungsausschusses bestanden haben. Denn wir – und damit meine ich nicht nur meine Fraktion, sondern auch den Senat – wollten eben keineswegs die Fehler des alten Senats wiederholen,

(Dr. Till Steffen GRÜNE: Deswegen machen Sie gar nichts!)

sondern aus ihnen lernen, und das haben wir auch.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wurde bei den Verhandlungen mit HOCHTIEF eine ganz andere Richtung eingeschlagen, nämlich ein harter Kurs. Deshalb gab es klare Aussagen in Richtung HOCHTIEF und die Aufforderung, sich für oder gegen das gemeinsame Projekt mit der Stadt zu entscheiden.

(Andreas C. Wankum CDU: Sie haben doch noch gar nicht gemerkt, dass es keinen Vertrag gibt!)

Deshalb gibt es jetzt ein Eckpunktepapier. Vielleicht haben Sie es noch nicht gemerkt, Frau Dr. Gümbel: Es gibt ein Eckpunktepapier

(Zurufe von den GRÜNEN)

und keinen Nachtrag 5.

Der Nachtrag 4 – Sie haben es selbst erwähnt – ist uns allen noch in ganz schlechter Erinnerung. Diese plötzliche Kostensteigerung um viele Hundert Millionen Euro passiert mit uns nicht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den GRÜNEN)

Das wollen Sie einfach nicht begreifen. Wir haben mit der unseligen Tradition gebrochen, dass die Stadt über jedes Stöckchen, das ihr hingehalten wird, brav springt

(Dr. Till Steffen GRÜNE: Deswegen machen Sie gar nichts!)

und noch einmal ein paar Millionen Euro locker macht, bevor überhaupt wieder ein Kubikzentimeter Beton fließt. Mit dieser unseligen Tradition, die der letzte Senat angefangen hat, haben wir gebrochen.

(Beifall bei der SPD)

Anders als die Vorgängersenate beharren wir einfach darauf, dass es einen Vertrag gibt,

(Jens Kerstan GRÜNE: Den gibt's nur nicht! Wo ist denn Ihr Vertrag? Zeigen Sie uns mal den Vertrag!)

und Zeit ist dabei nicht unsere erste Priorität. Der wichtigste Faktor für uns, Frau Dr. Gümbel, ist nämlich der Faktor Geld.

Ich kann nur an Ihre und an unser aller Vernunft appellieren. Wenn wir jetzt allesamt die Nerven verlören, so wie Sie sie zu verlieren drohen – so hört es sich zumindest an –, und uns selbst unter Druck setzten oder unter Druck setzen ließen, dann ginge das zulasten der Stadt und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, wie das unter dem Vorgängersenate passiert ist. Diese Erfahrung haben wir doch alle schon hinter uns; das war ein Holzweg, allerdings ein mit Geldscheinen gepflasterter Holzweg, dem wir nicht folgen.

(Beifall bei der SPD – Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

So ein Laisser-faire wie früher gibt es in dieser Stadt nicht mehr. Dieser Senat hat mit dem Eckpunktepapier die Richtung vorgegeben und eine solide Grundlage für die Einigung geschaffen. Die Vergangenheit wird per Schiedsgericht entschieden, mit dem Dach geht es voran, und die Planungen erfolgen in Zukunft miteinander und nicht mehr gegeneinander. Das lässt sich übrigens auch der Drucksache entnehmen, die uns allen vorliegt und die wir in Kürze gemeinsam im Kulturausschuss debattieren werden.

Dieser Senat hat aus den Fehlern des Vorgängersenats gelernt.

(Jens Kerstan GRÜNE: Und tut trotzdem nichts!)

Die eingeschlagene Richtung stimmt und muss konsequent weiter verfolgt werden. Währenddessen gönnen wir uns

(Dr. Till Steffen GRÜNE: Eine Pause!)

mit dem in Kürze stattfindenden Konzert auf der Plattform zum Beispiel den einen oder anderen Vorgeschmack auf das dann irgendwann einmal großartigste Konzerthaus der Welt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Wersich hat das Wort.

Dietrich Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die GRÜNEN haben das Thema "Stillstand und Verhandlungschaos: Hat die SPD das Projekt Elbphilharmonie im Griff?" angemeldet. Nach den Auftritten des Bürgermeisters und der Kultursenatorin und der Rede von Frau Dobusch muss man wohl eher sagen: Nein, es ist umgekehrt. Die Elphi hat offenbar die SPD fest im Griff.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Dirk Kienscherf SPD: Das war ja jetzt sehr lustig!)

(Dietrich Wersich)

Vor der Wahl ist Olaf Scholz zu den Hamburgern gegangen und hat getönt, er werde die Elbphilharmonie zur Chefsache machen und für eine schnelle Eröffnung sorgen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das hat er nicht gesagt! Wann hat er das gesagt?)

Nach 19 Monaten SPD-Regierung können wir heute feststellen,

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch die Unwahrheit, was Sie hier schildern!)

Herr Kienscherf, dass sich die Fertigstellung der Elbphilharmonie um 21 weitere Monate verzögert hat. Das ist eine Leistung. Da scheint es allerdings zu stimmen, dass Zeit bei Ihnen keine Rolle spielt.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie es schaffen, in 19 Monaten dafür zu sorgen, dass sich das Projekt um 21 Monate verlängert, dann möchte ich wissen, was Sie aus der Vergangenheit gelernt haben wollen. Das Gegenteil ist der Fall: Sie haben bei der Elbphilharmonie einen falschen Kurs eingeschlagen.

Vor 13 Monaten, im August 2011, hat Frau Senatorin Kisseler in ihrer markigen Rede vor dem Parlament die Parole "Keine Spielchen mehr" ausgegeben. Das war der Auftakt für eine beispiellose Konfrontationsstrategie, in deren Verlauf wir jede Menge Spielchen erlebt haben, und zwar nicht nur von HOCHTIEF und den Architekten, sondern auch von der Stadt. Ultimaten und Vorwürfe statt Lösungen, das war die Strategie des Senats.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Ich habe deswegen schon während der Haushaltsberatungen im November letzten Jahres Vorschläge für eine Neuordnung des Projekts gemacht. Ende Mai haben wir sie noch einmal detailliert ausgearbeitet vorgelegt. Mit dem neuen Eckpunktepapier sind jetzt erste Elemente dieser Vorschläge auf den Weg gebracht worden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach so! Zuerst war doch alles ganz doof – und jetzt! Irgendwie passt das nicht zusammen!)

– Ich habe gesagt, dass der Konfrontationskurs, um mit Ihren Worten zu sprechen, ganz doof war, weil er die Stadt ziemlich viel Zeit und Geld gekostet hat. Jetzt gibt es einen Kurswechsel, und ich sehe es durchaus als positiv an – so viel Lob müssen Sie vertragen –,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ich bin so verwundert deswegen!)

dass wichtige Punkte, die wir bereits seit letztem Jahr vorschlagen, endlich auf den Weg gebracht werden.

Ich will diese Punkte auch nennen: Das sind die Planungsinventur, das umfassende Schiedsverfahren und die Klärung der gegenseitig bestehenden finanziellen Forderungen. Das Kernproblem des Projekts ist aber die strittige Planung. Es ist der sogenannte Geburtsfehler,

(Dirk Kienscherf SPD: Da haben Sie ja nichts mit zu tun, Herr Wersich, nicht? Das haben Sie doch mit zu verantworten!)

dass HOCHTIEF und die Generalplaner Herzog & de Meuron eben nicht die übliche Trennung bei der Planung vorgenommen haben, sondern man damals aus künstlerischen Gründen gesagt hat,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer war "man"?)

man wolle den Architekten mehr Platz einräumen, was aber im Ergebnis dazu geführt hat, dass wir einen immensen Streit um die Planung hatten.

Seit November letzten Jahres haben wir konkret vorgeschlagen, diesen Geburtsfehler zu beheben, und der Senat ist immer noch nicht so weit. Wir haben, Frau Kisseler, vorgeschlagen, ganz klar zu sagen, dass HOCHTIEF die Planung übernehmen und Herzog & de Meuron sich auf die künstlerische Oberleitung beschränken soll. Das wäre eine Lösung. Stattdessen ist in den Eckpunkten vereinbart worden, dass – ich zitiere –

"[...] sich der Auftragnehmer"

– also HOCHTIEF –

"und der Generalplaner auf der Basis einer bindenden Vereinbarung zur Zusammenarbeit verpflichtet [werden]."

Das ist nicht mehr als eine Absichtserklärung. Das ist keine Klärung der Planungsschnittstellen, und deswegen ist diese Lösung – so gut die anderen Punkte meiner Meinung nach auch sind – mit erheblichen Risiken verbunden.

Ich komme zum Schluss und fasse noch einmal zusammen. Der Bürgermeister ist seinem eigenen Anspruch nicht gerecht geworden, die Elbphilharmonie als Chefsache schnell fertig zu bauen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das hat er nie gesagt!)

Senatorin Kisseler und Bürgermeister Scholz haben viel zu lange auf Konfrontation gesetzt. Wir haben in den 19 Monaten Ihrer Regierungszeit eine Verlängerung der Fertigstellung um 21 Monate und unterm Strich einen immensen finanziellen Schaden für die Stadt, die Kosten für die Bauzeitverlängerung und den Streit, aber auch die fehlenden Gewinne, die der Stadt dadurch entgehen, dass die Elbphilharmonie zwei Jahre später fertig wird.

(Dietrich Wersich)

(Dirk Kienscherf SPD: Gewinne? Welche Gewinne denn? Dann wissen Sie mehr als wir!)

Das bisherige Management der SPD war eine einzige Katastrophe. Hoffen wir im Interesse der Stadt auf Besserung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Bläsing hat das Wort.

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema Elbphilharmonie können wir wahrscheinlich in der Rathausdiele, wenn sie denn irgendwann einmal fertig ist

(Zurufe aus dem Plenum: Die Rathausdiele?)

– die Elbphilharmonie natürlich –, eine Ausstellung aller Jubelpressemitteilungen veranstalten, die im Laufe der Zeit veröffentlicht worden sind; die letzte am 5. Juli 2012. Vorher hieß es schon einmal, man habe eine Vereinbarung getroffen, später, man sei wieder am Verhandeln, und dann, man habe eine letzte Frist gesetzt. Schließlich wurde die große Eckpunktevereinbarung bekannt gegeben mit dem Hinweis, dass zeitnah eine vertragliche Fixierung erfolgen solle. Nun stellen wir fest, dass schon wieder zwei Monate ins Land gegangen sind, ohne dass irgendetwas passiert ist.

(Beifall bei der FDP)

Der Intendant der Elbphilharmonie – ich glaube, er hat in seinem Vertrag wahrscheinlich die Bezeichnung "Hofnarr", denn ein solcher darf immer auch unbequeme Wahrheiten gegenüber dem Chef aussprechen – hat es neulich auf den Punkt gebracht: Es ist eine Lachnummer.

(Beifall bei der FDP)

Der Eindruck, der sich mittlerweile bei den Leuten verfestigt, ist doch der: Ganz egal, wer regiert, ob die CDU alleine, Schwarz-Grün oder die SPD, sie kriegen es alle nicht gebacken.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Zeit für die FDP! – Heiterkeit im Plenum)

– Gut, das kann ja bei der nächsten Wahl dann werden.

Das fällt auf alle Parteien in diesem Haus zurück und das ist keine gute Entwicklung.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich nach den langen PUA-Sitzungen nach Hause komme und schlecht einschlafen kann,

(Heiterkeit im Plenum)

dann liegt das nicht nur an dem vielen Kaffee, den man in den mehrstündigen Sitzungen trinkt, sondern an der Frage, was sich eigentlich verändert hat. Von den politisch Verantwortlichen ist keiner mehr in der Verantwortung,

(Dirk Kienscherf SPD: Na, Gott sei Dank!)

allerdings sind teilweise und insbesondere bei der ReGe immer noch komplett die gleichen Leute, die damals schon Verantwortung getragen haben. Und da habe ich dann, ehrlich gesagt, so meine Zweifel, ob der Senat über seine Aufsichtsgremien wirklich ausreichend steuernd eingreift und das auf gute Füße gestellt hat.

(Beifall bei Katja Suding FDP)

Wir haben als Parlament die Verantwortung, das aufzuklären, und das machen wir in unserem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auch.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, den haben wir eingesetzt!)

Dessen Auftrag geht allerdings nur bis Nachtrag 4. Wir haben aber – da gebe ich Frau Dr. Gümbel völlig recht – auch eine Verantwortung im Hier und Jetzt. Wir sollten uns wirklich einmal Gedanken darüber machen – gern auch in einem kleinen Kreis interfraktionell –, wie wir in diesem Fall unserer Verantwortung als Aufsichtsrat gerecht werden können, denn ich habe nicht den Eindruck, dass das auf ein gutes Ende zusteuert. Deshalb befürchte ich, dass uns das Thema noch eine ganze Weile begleiten wird.

(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, davon ist auszugehen!)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Hackbusch hat das Wort.

(Zuruf von den GRÜNEN: Kannst du nachts auch nicht schlafen?)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob ich nachts nicht schlafen kann? Ich weiß nicht, ob ich das beantworten kann.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das wollen wir auch gar nicht wissen!)

Wo stehen wir eigentlich? In den letzten Monaten, zuerst im Februar und dann noch einmal im Juli, hatten wir mehrfach die euphorische Meldung im "Hamburger Abendblatt" und der sonstigen Regionalpresse, dass das Problem um die Elbphilharmonie gelöst sei. Frau Dobusch, bei all Ihrer Begeisterung für die SPD-Politik wäre es doch angemessen, an dieser Stelle etwas vorsichtiger oder zumindest etwas

(Zuruf von den GRÜNEN: Demütiger!)

(Norbert Hackbusch)

demütiger zu sein, denn wir müssen doch alle feststellen, dass das so einfach nicht zu lösen ist. Nach dem Motto aufzutreten, dass das die Lösung wäre und der Weg klar und einfach sei, ist der erste Grund dafür, dass die Politik im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie immer scheitern wird.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

Sie selber haben versprochen – Sie persönlich nicht, nur die Senatorin, die ich in diesem Punkt auch kritisiere –, dass mit dieser Eckpunktevereinbarung wichtige Sachen gelöst seien. Zu diesem Zeitpunkt lag uns die Vereinbarung noch nicht vor. Wir haben sie etwas später bekommen und mussten feststellen, dass sie nichts anderes ist als eine Erklärung, irgendetwas in dieser Richtung vereinbaren zu wollen. Das reicht nicht aus, um in der Lage zu sein, die Probleme wirklich zu lösen,

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

das sollten wir doch gemeinsam feststellen.

Ich will einige der Eckpunkte nennen, die nach unserer Meinung entscheidend sind. Zunächst einmal müssen wir wirkliche Transparenz herstellen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich bin mir sicher, dass diese Art und Weise, im Kämmerchen zu verhandeln – begründet mit uralten Erklärungen von HOCHTIEF und damit, dass irgendetwas geheim sei –,

(*Dirk Kienscherf SPD: Wir machen das per Livestream!*)

nicht der richtige Schritt ist, um die Hamburger Bevölkerung beim Thema Elbphilharmonie wieder mit den politischen Kräften zusammenzubekommen. Transparenz ist das nicht; das müssen Sie verändern.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Auch das geheime Schiedsgericht scheint mir ein falsches Instrument zu sein. Es wird nicht in der Lage sein, die bestehenden offenen Forderungen zu lösen. Wir sind der Meinung, dass wir auch dort zu einem transparenten Verfahren kommen müssen, indem die verschiedenen gegenseitig vorhandenen Ansprüche öffentlich debattiert werden. Das ist die Transparenz, die Voraussetzung dafür ist, die Menschen in dieser Stadt mitzunehmen.

Der letzte Punkt hängt mit den Kosten zusammen. Was Sie hier vorgetragen haben, Frau Dobusch, ist eine falsche Darstellung gegenüber der Hamburger Bevölkerung. Der Stillstand bei der Elbphilharmonie kostet jeden Monat Geld. Diese Kosten laufen auf. Ein Nachtrag 5, das haben wir im PUA erfahren, ist vom Namen her schon vorhanden. Sie sagen als einziges dazu nur – und das ist ein Teil

der Eckpunktevereinbarung, der mir überhaupt nicht gefällt –, dass darüber nicht jetzt und in der Bürgerschaft entschieden werde, sondern erst ein Jahr, nachdem das Verfahren beendet ist. Meine Damen und Herren, das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Dieses Parlament ist der Souverän, der zu entscheiden hat, wie viel Geld wir für die Elbphilharmonie insgesamt ausgeben wollen. Sie können nur dann in Auftrag geben, etwas weiterzubauen, wenn dieses Parlament das bestimmt hat.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Das war die Grundlage für das sicherlich unbequeme Papier im Zusammenhang mit dem Nachtrag 4, aber das ist die Grundlage für solide Politik. Sie wollen einen Blankoscheck darauf haben, dort alles Mögliche zu allen möglichen Kosten bauen zu können. Das wird dieses Parlament nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Das ist der Punkt, wo wir Ihnen kräftig widersprechen müssen. Sie wollen etwas an Intransparenz einführen, was Schwarz-Grün nicht gewagt hat, und das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Senatorin Kisseler hat das Wort.

Senatorin Barbara Kisseler: Sehr geehrter Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Elbphilharmonie – das ist in der Tat richtig – steht an einem veritablen Wendepunkt. In dem vor wenigen Wochen ausgehandelten Eckpunktepapier haben sich alle Beteiligten auf eine Neuordnung des Projekts verständigt, und ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir damit einen Weg gefunden haben, wie wir die Elbphilharmonie – das klang an verschiedenen Stellen schon an – gemeinsam zu einem erfolgreichen Ende bringen können. Genau auf dieser Basis verhandeln wir – und das mit Hochdruck – eine rechtlich verbindliche Neuordnungsvereinbarung. Das ist eine etwas andere Reihenfolge in der Strategie, als es gerade etwas ignorant anklang.

(Beifall bei der SPD)

Diese grundsätzliche Verständigung war überhaupt nur deshalb zu erreichen, weil dieser Senat intern wie extern sehr deutliche Ansagen gemacht hat und den Prozess vorangetrieben hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen alle – und Sie wissen das längst –, dass damit grundlegende Änderungen in der Projektstruktur verbunden sind. Diese Änderungen sind für alle Beteiligten von gravierender Natur. Insofern haben ich und der Senat ein gewisses Ver-

(Senatorin Barbara Kisseler)

ständnis dafür, dass unsere Verhandlungspartner Zeit benötigen, aber natürlich nicht alle Zeit der Welt. Für den Senat möchte ich jedenfalls deutlich machen, dass wir im Interesse der städtischen Position einen langen Atem haben und, Frau Dobusch hat es gesagt, ich schließe mich dem ausdrücklich an, Gründlichkeit geht in dieser Situation eindeutig vor Schnelligkeit. Schnelligkeit allein hat uns in diesem Projekt schon ziemlich oft an die falsche Stelle gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Sie werden nicht erwarten, dass ich über Details der Verhandlungen berichte. Das kann ich nicht, das werde ich auch nicht. Allerdings, Frau Gümbel, dass die Verhandlungspartner nicht miteinander reden, das kann ich dezidiert nicht bestätigen. Ich kann auch nicht bestätigen, dass es eine 100-Millionen-Euro-Forderung von HOCHTIEF gibt, die auf dem Tisch liegt. Sie dürfen versichert sein, dass wir die Verhandlungen im Interesse der Stadt sehr wohl zielorientiert und mit sehr klaren Vorstellungen führen. Wir haben auch sehr klare Vorstellungen davon, wann der durch das Eckpunktepapier aufgezeigte gemeinsame Weg nicht mehr gangbar sein wird. Der Senat steht zu seiner Zusage, Herr Hackbusch, mit größtmöglicher Transparenz über das gesamtstädtische Projekt Elbphilharmonie zu berichten. Genau deshalb haben wir der aktuellen Berichtsdrucksache das Eckpunktepapier beigelegt. Ich bedauere sehr – erlauben Sie mir, dass ich das ausdrücklich festhalte –, dass Drucksache und Eckpunktepapier im letzten Kulturausschuss nicht behandelt worden sind. Bei dieser Gelegenheit wäre eine zeitnahe und intensive Diskussion möglich gewesen.

(*Andreas C. Wankum CDU: Nachts um 23.00 Uhr!*)

– Wir hätten es auch zeitlich vorher haben können. Hier und heute jedenfalls können wir diese Diskussion nicht nachholen.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch eine kleine Bemerkung zum Thema dieser Aktuellen Stunde. Die Entstehungsgeschichte der Elbphilharmonie, die Bürgerschaft und Senat nun schon in unterschiedlichen Zusammensetzungen beschäftigt hat, bietet zweifellos Gelegenheit für manche polemische Formulierung, aber nicht jede dieser Gelegenheiten muss man zwingend nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade wenn man als antragstellende Partei selbst Anteil an einer gewissen Projektgeschichte hat – ich erwähne den Nachtrag 4 nur als ganz kleines Stichwort –, dann sollte man zumindest seine eigenen Worte mit einem gewissen Bedacht wählen. Das ist mir gerade ein bisschen zu kurz gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich wird sich der Senat an den Ergebnissen der laufenden Verhandlungen messen lassen, aber glauben Sie bitte nicht, dass wir uns deshalb im Verhandlungsprozess auch nur ansatzweise unter Druck setzen lassen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Hajduk hat das Wort.

Anja Hajduk GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, uns GRÜNEN ist die eigene Geschichte und Verantwortung sehr wohl bewusst. Wir haben uns deswegen bemüht, unsere Worte sehr gut zu wägen, weil wir das als einzig glaubwürdig finden. Deswegen möchte ich noch einmal etwas zu den von Ihnen genannten Punkten sagen und auch etwas zur Kollegin Dobusch. Ja, die Elbphilharmonie hat eine Vorgeschichte. Wir wissen, dass es ein sehr schwieriges Projekt ist, das die jetzige Regierung zu händeln hat, aber, Frau Dobusch, natürlich gibt es für die Elbphilharmonie auch heute einen Gestaltungsauftrag. Das Eckpunktepapier kann noch nicht die Lösung sein.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Nö, das hat auch keiner behauptet!*)

Wenn man einmal schaut – und das haben wir getan, Frau Senatorin –, was in den vergangenen anderthalb Jahren passiert ist, wo wir heute stehen und welche Mehrforderungen aus dem schwierigen Verhandlungsprozess dieser Senat in seinen eigenen Drucksachen uns jetzt schon genannt hat, dann stelle ich fest, dass es in den 18 Monaten, die Sie jetzt ungefähr regieren, 11 Monate lang einen Baustopp bei der Elbphilharmonie gab. Das ist erst einmal nur eine Beschreibung. Eine weitere Beschreibung gilt Ihren eigenen Drucksachen. Dort sind, wenn man das freundlich saldiert, 175 Millionen Euro als strittige Mehrforderung gegenüber der Stadt ganz klar genannt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, strittig, das ist genau der Punkt!*)

Die Fraktion der GRÜNEN hat ausdrücklich darauf verzichtet, andere Zahlen zum Hochjazzen neu in die Welt zu setzen, denn auch wir sind und fühlen uns dem Interesse der Stadt verpflichtet. Aber dann müssen Sie dem Parlament schon zugestehen, dass es, wenn es in Haushaltsberatungen eintritt, jeden Grund hat, in dieser Sache kritisch nachzufragen. Was heißt das eigentlich, wenn die Verhandlungsphase so weitergeht? Es gehört schon eine gewisse Chuzpe dazu, Frau Dobusch, zu sagen, dass Ihnen selbstverständlich nicht passieren wird, was im Nachtrag 4 passiert ist. Wenn

(Anja Hajduk)

schon die von Ihnen selbst benannten Risiken höher sind als die Summe im Nachtrag 4,

(Gabi Dobusch SPD: Ach Quatsch, 2,9 Millionen!)

dann sind Sie aber ziemlich locker drauf, was dieses Projekt angeht, und das ist dem Ernst der Lage nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und bei Andreas C. Wankum CDU)

Wir wollen gar nicht, dass Sie, Frau Senatorin, weniger gründlich verhandeln. Gründlichkeit vor Schnelligkeit ist schon ein gutes Prinzip, aber es stellt sich die Frage, wer dafür bezahlt, wenn es lange dauert, denn Zeit ist bei diesem Projekt ein unheimlicher Kostentreiber. Wenn der Abschluss dieses Projekts immer mehr in die Zukunft rückt, dann müssen wir von Ihnen Antworten bekommen, die deutlich machen, dass Sie ein sicheres Verfahren haben, damit die Stadt nicht auf prozentual besonders hohen Kosten sitzenbleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir konnten leider bisher nicht erkennen, was denn in diesem Prozess nun wirklich vorangegangen ist. Wir freuen uns, wenn Sie demnächst die Neuordnungsvereinbarung vorlegen. Wir haben im Juli nicht kritisiert, dass Sie eine neue Struktur schaffen wollen, aber wir haben das Gefühl, überhaupt keine Antwort zu bekommen. Wir haben uns einfach einmal erlaubt, die von Ihnen genannten Risikokosten zu addieren. Ich sagte schon, die schlichte Addition Ihrer Zahlen kommt auf 175 Millionen Euro plus X.

(Ole Thorben Buschhüter SPD: Plus X haben Sie gesagt!)

Deswegen wünschen wir uns, wie Sie wahrscheinlich auch, dass die Neuordnungsvereinbarung so schnell wie möglich geschlossen werden kann. Ich würde mir anlässlich Ihrer Anregung, Frau Senatorin, auch wünschen, dass wir am Freitag dieser Woche, wenn wir den Kulturhaushalt im Haushaltsausschuss beraten, Ihre Drucksache auf die Tagesordnung setzen. Der Vorsitzende ist hier, sodass man das vielleicht noch regeln kann. Ich finde es richtig, dass wir diese Drucksache zeitnah beraten. Sie ist schon an den Haushaltsausschuss mitberatend überwiesen und es wäre gut, wenn wir das am Freitag tun könnten. Ich will sehr deutlich sagen, dass wir GRÜNEN nicht grundsätzlich gegen ein Schiedsgerichtsverfahren sind, aber wenn das Schiedsgerichtsverfahren nicht schrittweise die von Ihnen heute benannten Risiken zeitnah abarbeitet, sondern alles auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt, dann lösen Sie einen Prozess aus, in dem alle Beteiligten heute schon Dokumentenberge für die Beweissicherung in eigener Sache anlegen. Dann ist das keine gute neue Vereinbarung, die Sie treffen. Dann wird sich die Wunschvorstel-

lung von Frau Dobusch in ihr grausames Gegenteil verkehren.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine gute Beratung am Freitag und erwarte auch, dass der Senat die Neuordnungsvereinbarung dem Parlament zur Kenntnis gibt und sie uns nicht als vertraulich vorenthält. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Andreas C. Wankum CDU und Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Dressel hat das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar Punkte möchte ich noch ansprechen, zum einen die Eckpunkte. Ich glaube, es ist machbar, das am Freitag anzusprechen. Das ersetzt natürlich nicht die fachliche Beratung im Kulturausschuss, aber da es finanzpolitische Fragen aufwirft, finde ich es in Ordnung, das im Haushaltsausschuss aufzurufen. Wir werden das auf jeden Fall ermöglichen.

In der letzten Sitzung haben mehrere Fraktionen Anträge zur eigentlichen Neuordnungsvereinbarung gestellt. Die haben wir alle an den Kulturausschuss überwiesen, sodass auch hier klar ist, dass wir von unserer Seite aus alles dafür tun wollen, eine größtmögliche Transparenz über die zu schließende Neuordnungsvereinbarung zu erreichen. Das möchte ich für unsere Fraktion bekräftigen. Uns ist daran gelegen, die ganze Zeit über größtmögliche Transparenz zu erreichen,

(Beifall bei der SPD)

weil wir in der Sache nichts zu verbergen und ein gutes Gewissen haben.

Ich will Ihnen zwei, drei Punkte dazu nennen. Der Faktor Zeit war bei der Frage nach der Realisierung der Elbphilharmonie einmal ein Thema. Wir hatten jedenfalls früher ein bisschen das Gefühl, dass Fertigstellungstermine sehr stark an Wahlterminen ausgerichtet waren. Für uns kann das nicht mehr der Maßstab sein. Es dauert die Zeit, die es dauert, und zwar unter der Maßgabe größtmöglicher Schonung der Gelder der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler; das ist für uns Maßstab Nummer eins.

(Beifall bei der SPD)

Denn wie ist es beim Faktor Geld bisher gewesen? Man muss immer schauen, wie es beim Nachtrag 4 war, und bekommt dabei das Gefühl, dass zuerst einmal ein Handgeld ermöglicht werden musste, damit es mit dem Bauen irgendwie weiterging. Und wo sind wir jetzt? Deshalb ist klar, dass dieser Senat und unterstützend die SPD-Fraktion gesagt haben, dass es kein Zusatzgeld geben kann, damit es auf der Baustelle weitergeht; so

(Dr. Andreas Dressel)

kann es nicht funktionieren. Wir haben einen Vertrag und der muss eingehalten und umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich sind die Kosten für die Bauzeitverzögerung strittig.

(Anja Hajduk GRÜNE: Und das soll dann ein Schiedsgericht entscheiden?)

Es ist nichts völlig Neues, dass man bei großen Bauprojekten ein Schiedsgericht bemüht; das ist auch richtig. Es gibt sehr viele Bausachverständige, die sagen, dass es viel besser sei, solche strittigen und technisch komplexen Fragestellungen an einem Schiedsgericht zu klären, anstatt an einer Zivilkammer des Landgerichts. Es ist einfach besser, das einem Schiedsgericht zu übergeben.

(Dr. Till Steffen GRÜNE: Geht ja auch schneller!)

– Genau, Herr Steffen hat recht. Das ist dann auch schneller und ein gutes Ergebnis.

Es ist logisch, dass man alles, was strittig ist – die Kosten der Bauzeitverzögerung sind ein Teil davon –, der Entscheidung des Schiedsgerichts überlässt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es schwierig, Horrorszenarien mit dreistelligen Millionenbeträgen an die Wand zu malen. Das sind von unserer Seite strittig gestellte Punkte, über die am Schluss ein Schiedsgericht entscheidet. Dieser Entscheidung unterwirft man sich dann auch, und deshalb muss man jetzt keine Horrorszenarien für Zahlen an die Wand malen.

(Beifall bei der SPD)

Darüber können wir gern noch einmal sprechen. Das Thema Euphorie-Bremse wurde von Herrn Hackbusch erwähnt.

(Jens Kerstan GRÜNE: Und warum erst am Ende das Schiedsgericht?)

– Weil es sinnvoll ist, das zu bündeln, anstatt parallel alles abzuarbeiten. Wir finden es sinnvoll, die strittigen Fragen einem Schiedsgericht vorzulegen und es nicht die ganze Zeit über parallel zu betreiben.

Ich will noch etwas zum Thema Euphorie sagen. Wir haben immer gesagt, dass wir alles, was auf Papier steht, vorsichtig bewerten müssen.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Hajduk?

(Der Redner gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Zwischenfrage von Anja Hajduk GRÜNE: Herr Kollege Dr. Dressel, zum Thema Schiedsgericht: Es ist in der Eckpunktevereinbarung auch von der Möglichkeit gesprochen worden, dass es Teilschiedssprüche geben soll. Finden Sie es nicht auch sinnvoll, dass man anstreben sollte, in Teilschiedssprüchen, gerade auch im Interesse des Parlaments, frühzeitig bestimmte Punkte abräumen zu können und damit das Kostenrisiko ganz am Ende zu verringern?

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend): Das Gute an einem Schiedsgericht ist vor allem, dass es einen Schiedsrichter gibt, auf die sich die beteiligten Parteien dieses Schiedsverfahrens verständigen. Es sollte dort entschieden werden, wie man das Verfahren gestaltet, ob man von dieser Klausel Gebrauch macht oder ob man es anders macht. Ich habe volles Vertrauen in diesen Weg mit dem Schiedsgericht und ich glaube, dass es auch ein Weg ist, der am Schluss auf das größte Verständnis bei den Hamburgerinnen und Hamburgern stoßen wird; da bin ich mir ziemlich sicher.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte abschließend noch etwas zum Punkt Euphorie-Bremse sagen. Wir waren nie auf dem Euphorie-Gaspedal in dieser Frage. Wir haben immer gesagt, die Wahrheit liegt auf der Baustelle. Am Ende kommt es darauf an, dass das, was in Verträgen niedergelegt wird, auf der Baustelle realisiert wird. Daran wird sich alles, was erreicht wird, messen lassen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Wankum hat das Wort.

(Jan Quast SPD: Was will er denn jetzt noch sagen?)

Andreas C. Wankum CDU: Herr Präsident, meine Damen Herren! Auch meine Fraktion stimmt der Beratung am Freitag zu und hält diese für sinnvoll.

Sehr geehrte Frau Senatorin, Ihre Rede eben hat sich wohltuend von dem bereits von Herrn Wersich erwähnten Aktionismus abgehoben, der Ihr Handeln in den Monaten Ihrer Regierungszeit bisher ausgezeichnet hat. Auch wir sind der Meinung, dass wir uns die notwendige Zeit nehmen sollten, die man braucht, um dieses Projekt endlich zu Ende zu planen und endlich zu wissen, was es kostet. Nur, jedes Unternehmen, sehr geehrter Herr Dr. Dressel, muss Risiken bewerten. Mir ist schon klar, dass das ein sehr schwieriges Unterfangen ist, weil man auf der anderen Seite seine Verhandlungsposition nicht schwächen will, indem man dem Verhandlungspartner zeigt, womit man rechnet. Aber hier müssen wir einen Weg finden. Wir müssen, Frau Dobusch, wegkommen von dem,

(Andreas C. Wankum)

was für mich bisher Ihre Argumentation ausgezeichnet hat und auch die des Senats. Ich hatte manchmal das Gefühl, dass sie geprägt ist von dem Satz: Niemand hat die Absicht, die Elbphilharmonie je zu eröffnen.

(Gabi Dobusch SPD: Ich würde das schon machen!)

Herr Dressel, Sie sagen, der Bürgermeister hätte sich nie selbst unter Druck gesetzt und klar gesagt, wann er die Elbphilharmonie eröffnen will.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat er nicht gesagt! Er hat nur gesagt, er würde sie eröffnen!)

Ich erinnere mich noch an den Hamburg-1-Beitrag mit dem Bürgermeister und mit Christian Wulff, in dem die beiden versprochen haben, in ihrer gemeinsamen Amtszeit die Elbphilharmonie zu eröffnen. Das entbehrt aus heutiger Sicht nicht einer gewissen Komik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das kann ja so nicht mehr eintreten!)

Auch damals, Frau Senatorin, haben Sie die Risiken der Elbphilharmonie noch nicht richtig erkannt. Sie standen da ohne Helm.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und dann noch ohne Helm!)

Ich hoffe – und meine Fraktion bietet das an –, dass wir dieses für die Stadt so wichtige Projekt im gemeinsamen Interesse endlich auf vernünftige Beine stellen können, dass wir zusammenstehen, dass wir uns die Zeit für die Planung nehmen und aufhören, immer irgendwelche Zeiten oder Daten zu setzen; das brauchen wir nicht. Ich hoffe, dass wir dieses Projekt für die Stadt zu Ende bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Bläsing hat das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das kann man doch jetzt nicht mehr toppen!)

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, für alles kann man den Bürgermeister doch nicht verantwortlich machen.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Im Fall von Christian Wulff ist schlichtweg die Geschäftsgrundlage an dieser Stelle entfallen.

Frau Senatorin, Sie haben gesagt, dass man nicht bei jeder Gelegenheit zwingend Polemik einbringen sollte. Ich erlebe es eher so, dass zumindest in den letzten Monaten, was Polemik in Richtung

Elbphilharmonie angeht, hier im Hohen Hause allseits verbal drastisch abgerüstet wurde. Es ist tatsächlich schon so, dass man keine Emphase mehr hat, die einem da noch einfallen könnte, um dieses Projekt zu beschreiben. Insofern könnten Sie diesen Vorwurf höchstens Ihrem eigenen Intendanten machen.

Die uns vertraute Aussage, alles wird gut, die der Senat mehr oder weniger insinuiert, halte ich denn auch für schwierig. Sie müssen nachvollziehen können, dass wir uns als gewählte Abgeordnete natürlich unsere Gedanken machen. Sie haben im Vorlauf in den vergangenen Monaten Ihre Verhandlungstaktik als große Erfolgsgeschichte dargestellt, aber es war eben nicht bruchlos eine einzige Erfolgsstory, es gab da schon viele Haken und Ösen. Vielleicht kann man hoffen, dass es jetzt besser wird, aber berechtigte Zweifel sind natürlich angebracht.

(Beifall bei der FDP)

Auch müssen Sie konzedieren, dass ich mich als haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion und wir als FDP-Fraktion insgesamt mit der Aussage, das später bezahlt werde, sehr schwer tun.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist das Wesen eines Schiedsverfahrens!)

Denn wenn später bezahlt wird, dann geschieht das praktischerweise in der nächsten Legislaturperiode. Dann kann der nächste Senat das vertreten, wer immer das dann ist. Aber das ist jedenfalls keine sehr befriedigende Aussage.

Ich bin gern bereit, am Freitag im Haushaltsausschuss die Drucksache zu besprechen. Ich bin binuellich auch extra in den Kulturausschuss gekommen,

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

um diesbezüglich mitzuwirken. Allerdings hatte, glaube ich, Herr Wersich angeregt, den Punkt zu vertagen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Hackbusch hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das war ein schöner Abschluss.

Herr Präsident! Ich möchte positiv anfangen.

(Jan Quast SPD: Enden Sie doch mal positiv!)

Das, worüber wir uns einigen können und was ich als positives Moment der Diskussion herausstellen will, ist, dass der Zeitdruck doch völlig aus diesem Projekt herausgenommen werden sollte, denn Zeitdruck war der entscheidende Faktor dafür, dass in der letzten Legislaturperiode so einiges schief ge-

(Norbert Hackbusch)

gangen ist. Ich möchte gern als positives Moment mitnehmen, dass wir gemeinsam feststellen, dass dieser Zeitdruck nicht vorhanden ist. Und wenn es noch etliche Jahre dauert, dann dauert es eben noch etliche Jahre.

Das Zweite, was ich natürlich sagen muss, bezieht sich auf den Vorwurf der Frau Senatorin zur verpassten Möglichkeit einer Diskussion im Kulturausschuss. Frau Senatorin, Sie werden es wahrscheinlich mitbekommen haben, wir hätten nach der Haushaltsberatung im Kulturausschuss um 23.30 Uhr den Tagesordnungspunkt Elbphilharmonie behandeln müssen.

(Dirk Kienschurf SPD: Der Gesundheitsausschuss tagt bis halb zwei!)

Um 23.30 Uhr wäre keine ernsthafte Auseinandersetzung darüber mehr möglich gewesen. Dementsprechend finde ich es richtig, dass wir uns auch hier Zeit genommen haben, um das Thema in Ruhe besprechen zu können.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Beim Faktor Zeit fällt mir ein, dass Sie sehr euphorisch dargestellt haben – und ich bin erstaunt, dass ich dazu in Ihrer Eckpunktevereinbarung gar nichts gefunden habe –, dass ab nächstem Montag, dem 17. September, das Dach abgesenkt werden soll.

(Dirk Kienschurf SPD: Sehr gut!)

Das ist einer der entscheidenden Punkte, und ich bin entsprechend erstaunt, dass ich nichts dazu höre,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Doch, Frau Dobusch hat es angesprochen!)

wie das praktisch geschehen wird und was insgesamt damit ist. Das Dach ist doch einer der Knackpunkte, warum so lange Zeit auf der Baustelle gar nichts geschehen ist. Das muss beantwortet werden und das fehlte mir an Information.

Als zweiten Kritikpunkt möchte ich anmerken, Frau Senatorin, dass beim Eckpunktepapier gerade nicht alle an einem Tisch waren; die Planer saßen nicht mit am Tisch. Das Eckpunktepapier wurde zwischen dem Senat und HOCHTIEF ausgehandelt, dementsprechend ist eine der Grundkonstruktionen mit diesem Eckpunktepapier noch nicht erledigt. Das ist doch gerade einer unserer Diskussionspunkte. Ich finde, man sollte vonseiten des Senats selbstkritisch feststellen, dass hier etwas fehlt und man dementsprechend noch etliche Schritte machen kann.

Herr Dressel, mir ist wichtig festzustellen, dass es selbstverständlich möglich ist, Schiedsgerichtsurteile zu einzelnen Teilen zu machen. Es ist eine nicht vorstellbare Situation, dass sich vom Nachtrag 4 bis heute ein Riesenberg von Anforderungen an die Stadt angesammelt hat. Das erinnert mich an die Anforderungen, die es damals gab,

kurz bevor der Nachtrag 4 durch dieses Haus gejagt worden ist. Die Forderungen haben eine ähnliche Höhe, und deshalb wäre es bei einem Neubeginn wichtig, auch einen finanziellen Neubeginn anzusetzen. Es ist für dieses Haus nicht erträglich, dass das praktisch nicht geschieht. Wir brauchen bis dahin eine Lösung und müssen sagen, wie teuer das ist. Sie können nicht Haushaltsberatungen, wie gegenwärtig, durchführen, wo jeder Euro umgedreht wird und um jeden Euro gekämpft werden muss, und dann die Entscheidung über Hunderte von Millionen Euro einmal so eben in die nächste Legislaturperiode schicken. Das geht nicht, selbst wenn es nur Forderungen sind.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Deswegen stehen Sie hier in der Verantwortung. Wir brauchen bei einem Neubeginn auch einen finanziellen Zwischenstrich. Ohne den wird dieses Parlament Ihnen das nicht durchgehen lassen. Das verlangt die Verfassung, das verlangt die Landeshaushaltsordnung, und Sie werden uns da nicht beschummeln können.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten und vierten Thema fortsetzen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2, 3, und 5, den Drucksachen 20/5049, 20/5050 und 20/5147, Wahlen zu verschiedenen Gremien.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde

– Drs 20/5049 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport

– Drs 20/5050 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

– Drs 20/5147 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Alle drei Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen ma-

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

chen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Es wäre, wie immer, sehr hilfreich, wenn Sie die Stimmzettel so hoch halten würden, dass die Schriftführer sie auch entdecken können und Sie die Schriftführer möglichst wenig im Schnack festhalten, dann geht das auch alles schneller.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt und zu Protokoll gegeben.**

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung, Drucksache 20/4846, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Bürgerbeteiligung.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Bürgerbeteiligung
– Drs 20/4846 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Sudmann, bitte.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen heute über das Thema Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen in Hamburg reden. Ich habe mir drei Punkte dafür ausgesucht: erstens warum die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen so wichtig ist, zweitens wie die Beteiligung in Hamburg eigentlich läuft und drittens was aus Sicht der Linksfraktion geändert werden muss, damit wir eine echte Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bekommen.

Warum ist die Beteiligung wichtig? Entscheidungen, die wir hier im Parlament fällen sollen und die in Verwaltungen gefällt werden, wirken sich in aller Regel auf die Bürger und Bürgerinnen in den Stadtteilen und Quartieren aus. Diese sind die Expertinnen und Experten vor Ort, die genau wissen, wo der Schuh drückt, und die auch sagen können, dass wir mit dieser Entscheidung vielleicht einen großen Fehler machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben mittlerweile in vielen Stadtteilen, womit früher niemand gerechnet hat, aktive Leute, die bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, ihr Umfeld mit zu gestalten und etwas fürs Soziale zu tun. Diese Menschen investieren Zeit und liefern wunderbare und gute Ideen. Wir als LINKE sagen, dass das ein so kostbares Gut ist und damit auch vernünftig umgegangen werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube, dass wir da sogar alle hier im Haus einer Meinung sind, denn alle zusammen haben wir darunter zu leiden, dass die Verdrossenheit über Politik und Parteien immer größer wird. Ich will jetzt keine Schuldzuweisung vornehmen, wer hierzu vielleicht den größeren Beitrag liefert, aber wenn wir uns einig sind, dass die Verdrossenheit weniger werden soll, dann müssen wir Beteiligung ernst nehmen und nicht nur zu einer Schönwetterveranstaltung machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie läuft in Hamburg die Beteiligung? Die Große Anfrage gibt einen guten Überblick. Sie zeigt auf, dass es gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung gibt, wie sie zum Beispiel in Sanierungsvierteln stattfindet. Es gibt Programme, wo Beteiligung extra geplant wird wie bei RISE, es gibt Projekte wie Neue Mitte Altona, den A-7-Deckel oder die Innenstadtentwicklung oder auch viele Projekte auf Bezirksebene. Ich habe in der Anfrage ungefähr 16 Formen der Beteiligung gefunden. Ich habe mich gefragt, ob das eigentlich eine Beteiligungs- und Formenvielfalt ist oder eine Wirrheit oder Beliebigkeit. Ich nenne Ihnen einmal ein paar Beispiele: Da sagt der Senat, Kommunikation sei eine Form der Beteiligung, Befragungen, Online-Dialoge, Online-Konsultationen, Diskussionen – immerhin –, Expertencheck oder dialogische Interviews. Egal, wie Sie es nennen, eine Sache ist leider bei all diesen Formen gleich: Sie sind unverbindlich und das darf nicht so weitergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir uns einige Antworten des Senats anschauen, dann wird Beteiligung reduziert. Sie wird reduziert auf – ich zitiere –:

"wichtige Beiträge zur Meinungsbildung und für die Entscheidungsfindung".

Auf die Frage, welche Auswirkungen die Beteiligungsergebnisse denn hätten, wird gesagt, sie seien schon von politisch hoher Bedeutung, soll also meinen, die Politiker und Politikerinnen seien ein bisschen empfindlich und wenn ein bisschen Druck käme, würden sie sich auch daran halten, was die Leute vor Ort sagen. Schön wäre es, denn von politisch hoher Bedeutung sind für mich zumindest Bürgerentscheide, Entscheidungen von Bürgern und Bürgerinnen, wo sie ihr Kreuz gemacht haben.

** Wahlergebnisse, siehe Seite 3000

(Heike Sudmann)

(Robert Heinemann CDU: Nur bei IKEA, da fanden Sie es nicht so gut!)

Dann kommen wir einmal kurz zu Schwarz-Grün in Altona, Herr Heinemann, in Ihren Wahlkreis. Ich sage nur Kleingärten in Altona: ein erfolgreicher Bürgerentscheid, einkassiert unter Schwarz-Grün.

Wir kommen zur Sozialdemokratie: ein erfolgreicher Bürgerentscheid in Langenhorn zur Wulffschen Siedlung, einkassiert von der SPD. Wir als LINKE sagen, dass diese Evokation in allen Fällen ein echtes Armutszeugnis und ein richtig schlechter Beitrag zur Politikverdrossenheit war. Das wollen wir nicht weiter haben.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von Robert Heinemann CDU)

– Bei IKEA hatten wir zufälligerweise zwei Bürgerinnenentscheide, das wissen Sie auch, Herr Heinemann. Da haben Sie fürchterlich getrickst, um das, was die Mehrheit wollte, nicht mehr hinzubekommen. Aber vielleicht finden wir mit der CDU einen gemeinsamen Weg, weil etwas geändert werden muss, um eine echte und gute Beteiligung zu bekommen.

Wir sind doch alle der Meinung, dass wir das Engagement, das wir auf Stadtteil- und Quartiersebene haben, halten und fördern wollen. Ich sehe Nicken, sehr schön. Das kann aber nur gehen, wenn kein einziger Beirat aufgelöst wird und die Strukturen weiter erhalten bleiben. Das kann nur gehen, wenn wir auch neue Strukturen schaffen, und das nicht nur in den Stadtteilen, wo es gerade brennt. Es war immer so ein Ansatz, in benachteiligten Stadtteilen etwas auf den Weg zu bringen. Die brauchen participationsstrukturen, aber die anderen Stadtteile auch. Deswegen finden wir, dass es gut angelegtes Geld ist, dort Beteiligung zu finanzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir auch brauchen, und das fordern nicht nur wir Abgeordnete beim Thema Elbphilharmonie, sondern das fordern auch die Bürger und Bürgerinnen, ist Transparenz. Was die Senate, sowohl schwarz-grün als auch der jetzige, abgeliefert haben, ist nicht transparent. Wenn Sie zur Neuen Mitte Altona die Bürger und Bürgerinnen beteiligen und ihnen nach anderthalb Jahren sagen, es gebe jetzt ein Eckpunktepapier, in dem wesentliche Sachen stehen, die Sie ihnen aber nicht zeigen würden, und dann gibt es das irgendwann in geschwätzter Fassung und nur auf erhöhten medialen und öffentlichen Druck auch in der echten Fassung, dann ist das keine Transparenz, sondern nur ein Verwischen; also alle Karten auf den Tisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber ein noch viel wichtigerer Punkt ist, dass die Beteiligung, die wir als LINKE fordern, ergebnisoffen sein muss. Wir haben in Hamburg ganz oft Be-

teiligungen, wo es nur darum geht, sich noch einmal abnicken zu lassen, was vielleicht die Mehrheit hier im Parlament will. Das ist nicht die Beteiligung, die wir wollen, sondern wir wollen eine echte ergebnisoffene Beteiligung.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum neuen Lieblingskind der SPD, der Stadtwerkstatt, sagen wir: Das ist gut, macht sie, aber ihr müsst auch eine Stadtteilwerkstatt machen. Wir brauchen ganz viele Stadtteilwerkstätten, weil wir die Themen auch vor Ort diskutieren müssen und nicht nur weit weg.

Zusammengefasst gibt es einige Punkte, wo wir das Arbeitsprogramm des Senats ernst nehmen. Der Senat hat gesagt, Mitwirkung sei eine Form der Mitbestimmung. Und um das mit Leben zu füllen, müssen wir dafür sorgen, dass vorhandene Strukturen bleiben und participationsstrukturen ausgebaut werden. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Beiräte erhalten bleiben, dass es eine Verbindlichkeit gibt und dass alle Menschen in dieser Stadt richtige Teilhabe bekommen und nicht nur eine schwache Beteiligung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Sudmann, das war eine schöne Parteitagrede, die Sie hier gehalten haben.

(Olaf Ohlsen CDU: Wir Sozialdemokraten!)

Sie ziehen gerade damit durch die Lande, dass Bürgerbeteiligung nicht so richtig funktioniert. Wir reden aber hier nicht über einen Antrag, den Sie vorgelegt haben, sondern wir reden über eine Große Anfrage. Das konnte man Ihrem Wortbeitrag nicht so entnehmen, aber eines wird ganz deutlich, wenn man sich das einmal anschaut: Sie haben einige Fragen gestellt und Sie haben eine riesige Antwort bekommen. Auf 26 Seiten ist dargelegt worden, wo in dieser Stadt in über 48 Gremien die Bürgerinnen und Bürger vor Ort direkt eingebunden werden und direkt mitentscheiden können. Wir Sozialdemokraten sagen, das ist eine gute Bürgerbeteiligung, und wir sind stolz darauf, dass sich die Bürger in dieser Stadt so beteiligen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Heike Sudmann DIE LINKE: Ihr Stolz hält sich ja leider in Grenzen!)

Das sind alles Sanierungsgebiete, das ist unter anderem RISE, was Schwarz-Grün zum Teil realisiert hat und wir fortführen. Und wenn Sie sagen, dass die Bürgerbeteiligung aber nirgendwo anders stattfindet, dann frage ich mich, wie Sie in Ihrem Stadt-

(Dirk Kienscherf)

teil verankert sind. Wenn ich jedenfalls durch meinen Stadtteil gehe, dann gibt es dort diverse Institutionen und aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen in die Bezirksversammlung, bei den Aktuellen Stunden, in die Regionalausschüsse oder die sich auch durch Parteien einbringen lassen, nämlich als beigewählte Bürger. Es gibt also eine vielfältige Beteiligungsstruktur, auch durch die Parteien und durch die örtlichen Gremien von Regionalausschüssen und Bezirksversammlungen, und das darf man hier nicht kleinreden.

(Beifall bei der SPD – *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Sehr richtig!)

Das tun wir alles, das ist auf diesen 26 Seiten dargelegt, und was es darüber hinaus noch alles an Vielfalt gibt, wird noch einmal auf vielen Seiten ausgeführt. Sie empfinden das vielleicht als Last, wir empfinden es als Vielfalt, dass man sich noch in anderen Projekten in dieser Stadt engagieren kann.

Aber eines muss ich ganz deutlich sagen, was Sie auch angesprochen haben: Es muss natürlich in dieser Stadt ganz klar sein – und da haben wir alle als Parlament auch die Spielregeln hier neu geschaffen –, was passiert, wenn wir meinen, dass das gesamtstädtische Interesse von bestimmten Dingen berührt ist. Wir finden es richtig, dass der damalige Senat gesagt hat, im Gesamtinteresse der Stadt müsse es auch in Blankenese sozialen Wohnungsbau geben, obwohl es riesige Proteste dagegen gab.

(Beifall bei der SPD)

Das war, wenn Sie es so nehmen, eine Entscheidung gegen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Natürlich gehört es zur Politik, die Besorgnisse und Anregungen der Bürger vor Ort wahrzunehmen, dafür sind wir auch da. Aber genauso ist es unsere Aufgabe, transparent darzulegen, wenn wir als Bürgerschaft oder Senat bei bestimmten Themen meinen, hier sei es aus gesamtstädtischem Interesse erforderlich, eine andere Entscheidung zu treffen. Nun kann man sich bei dem einen oder anderen Vorhaben in der Tat darüber streiten, ob das immer so glücklich war; ich nenne einmal das Thema Langenhorn. Ich glaube, dass wir in der Wulffschen Siedlung mittlerweile auf dem richtigen Weg sind. Wir haben beschlossen, dass man, wenn man eine Evokation betreibt, dieses hier offen im Parlament diskutiert. Das ist der richtige Weg und führt dazu, dass wir den Bürgerwillen ernst nehmen, aber auch gleichzeitig zu unserer Verpflichtung stehen. Das hat auch etwas mit Transparenz und Bürgerbeteiligung ernst nehmen zu tun, und dazu stehen wir Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD)

Weil das so vielfältig ist – Frau Sudmann, Sie haben das Thema Stadtwerkstatt angesprochen, da wird auch viel Geld investiert, da gibt es unter-

schiedliche Ebenen, auf Bürgerschaftsebene, aber eben auch auf Bezirksebene –, sollten wir aber nicht dem Populismus erliegen nach dem Motto, als Partei und als Politiker möglichst gar keine eigene Meinung mehr haben zu wollen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das traue ich Ihnen gar nicht zu!)

– Das trauen Sie mir nicht zu, aber so kommt es mir manchmal vor.

Sondern wir wollen uns genau die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger anschauen und sie dort, wo es erforderlich ist, noch stärken. Wir wollen nüchtern und sachlich darüber diskutieren, was gut und was schlecht klappt in dieser Stadt. Deswegen wollen wir das überweisen, und zwar nicht aus Populismusgründen, sondern weil wir meinen, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Stadtstaat vielfache Rechte und Möglichkeiten haben, sich aktiv zu beteiligen, und wir als Sozialdemokraten wollen das noch verbessern und verstärken. Wir wollen eine faire Zusammenarbeit mit den Bürgern, aber wir wollen nicht immer diesen künstlichen Gegensatz zwischen Politik und Bürger aufbauen. Den gibt es nicht in dieser Stadt, und wir sollten alle daran arbeiten, dass wir das Vorurteil nicht immer wieder bestätigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Sudmann, Herr Kienscherf hat schon richtigerweise darauf hingewiesen, dass die Antwort des Senats zur Bürgerbeteiligung deutlich aufzeigt, dass es eine große Anzahl von Beteiligungsverfahren in Hamburg gibt. Das ist nach unserer Auffassung sinnvoll und grundsätzlich erfreulich. Liebe Frau Sudmann, ich bewerte das als positiv, auch auf die Gefahr hin, von Ihnen wieder als Senatssprecher beschimpft zu werden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Da sind wir ganz offen!)

Damit kann ich locker leben, insbesondere weil meine Fraktion sich bereits während unserer Regierungszeit für kommunikative Planungsprozesse eingesetzt hat, sodass betroffene Bürger bei stadtentwicklungspolitischen und anderen Projekten frühzeitig in den Entwicklungsprozess mit eingebunden werden.

(Beifall bei der CDU)

Den einzigen Kritikpunkt, den ich gegenüber dem Senat anzubringen habe, ist der – das ist Ihnen wahrscheinlich durchgegangen in der Großen Anfrage und auch bei den Haushaltsberatungen –, dass die Mittel für die Stadtwerkstatt im Haushalts-

(Hans-Detlef Roock)

plan-Entwurf 2013/2014 um die Hälfte gekürzt worden sind.

(Dirk Kienscherf SPD: Das haben wir ja diskutiert im Ausschuss!)

Im Haushaltsplan 2012 waren dafür noch 200 000 Euro vorgesehen, und im Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 sind lediglich jeweils 100 000 Euro pro Jahr ausgewiesen. Herr Kienscherf, das lässt so ein bisschen an der Ernsthaftigkeit des Senats zweifeln, weil Beteiligungsverfahren halt auch Geld kosten. Wenn ich daran denke, welchen Aufstand die SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode um die Stadtwerkstatt betrieben hat, dann ist das aus unserer Sicht kaum zu verstehen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das war die Anschubfinanzierung!)

Meine Damen und Herren! Herausragendes Beispiel für Bürgerbeteiligung ist die Neue Mitte Altona. Hier haben wir ein besonderes und neues, bis dahin in Deutschland einmaliges Verfahren angewandt. Dieses Beteiligungsverfahren wurde während unserer Regierungszeit eingeleitet und bereits im ersten Schritt beim Wettbewerbsverfahren angewandt. Damit kein Zweifel entsteht: Wir erkennen die Notwendigkeit, den Nutzen und den Sinn von Bürgerbeteiligung an, bürgerliches Engagement ist Kern unserer Zivilgesellschaft. Deswegen will ich die Gelegenheit nutzen, auf ein paar grundsätzliche Dinge einzugehen. Bürgerschaftliches Engagement ist zu begrüßen, und die Politik soll gesellschaftliches Engagement und Initiativen ermöglichen und hierfür entsprechende Rahmenbedingungen, auch finanzieller Art, schaffen. Aber eine darüber hinausgehende Bringschuld der öffentlichen Hand sehen wir nicht. Die Initiative dazu muss von den Bürgern selbst ausgehen. Es steht jedem frei, sich zu engagieren oder aber eben auch nicht. Nur in Ausnahmefällen ist eine besondere Form wie zum Beispiel die aufsuchende Beteiligung geboten und sachlich angemessen. Hierfür ist das in der Drucksache genannte Projekt Weltquartier ein gutes Beispiel.

Bürgerbeteiligungen können letztendlich niemals Entscheidungen fällen, und diese Verfahren dürfen auch nicht überfrachtet werden. Ebenso darf bei den betroffenen Beteiligten keine überzogene Erwartungshaltung hervorgerufen werden. Vorschläge, Anregungen und Forderungen aus Bürgerforen können niemals eins zu eins umgesetzt werden. Frau Sudmann, das hat nichts mit Schönwetterveranstaltungen zu tun. Hierfür gibt es verschiedene Gründe, von denen ich nur die wichtigsten nenne. Finanzielle Mittel setzen Grenzen, politische Entscheidungsträger müssen stets im gesamtstädtischen und gesellschaftlichen Interesse entscheiden, während engagierte, meist unmittelbar betroffene primär ihre eigenen Interessen vertreten.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das macht kein Politiker, keine Politikerin!)

Darin erklärt sich ein weiterer Grund für die eingeschränkte Berücksichtigung von Ergebnissen aus Mitwirkungsgremien. Es engagieren sich verschiedene Initiativen und Interessengruppen, deren Vorstellungen nicht immer deckungsgleich, sondern auch gegensätzlich sein können. Darüber hinaus können, das ist auch ein wichtiger Punkt, umfangreiche Bürgerbeteiligungen sehr zeitraubend sein und Projektentwicklungen stark verzögern. Und das sollten wir nur zu einem gewissen Grad zulassen, weil es nicht zuletzt Investoren, auf die wir angewiesen sind in dieser Stadt, verunsichern kann und im schlimmsten Fall abspringen lässt.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Aber keine ECE-Citys!)

Die Berücksichtigung von Forderungen und Ansprüchen der beteiligten Bürger ist stets ein sorgfältiger Abwägungsprozess. Dazu gehört nicht, Frau Sudmann, ob mir das Ergebnis passt oder nicht passt.

(Beifall bei der CDU – Heike Sudmann DIE LINKE: Das müssen Sie gerade sagen!)

Meine Damen und Herren von der LINKEN, Frau Sudmann, Sie sprechen in der Einleitung von einer Rückbesinnung auf Elemente der direkten Demokratie. Nur zur Erinnerung: Die Bundesrepublik ist eine repräsentative Demokratie und nach unserer Auffassung sollte sie dies in absehbarer Zukunft auch bleiben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Duge.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich die Antwort auf die Große Anfrage gelesen habe, kam sie mir ein bisschen wie ein Schweizer Käse vor: ein bisschen gelbe Substanz, aber eben auch viele Löcher drin. Wenn man sich einmal die Quantität der Antwort anschaut, insbesondere die Gremienbeteiligung, dann kann man feststellen, dass die BSU sehr umfangreich auf vier Seiten geantwortet hat, die Behörde für Wirtschaft und Verkehr noch eine Seite zustande gebracht hat, hauptsächlich zum Thema Verkehr, was vorher mit zur BSU gehörte, und die Fachbehörden BWF, Wissenschaftsbehörde, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz und Finanzbehörde jeweils noch fünf bis 13 Zeilen zu Papier gebracht haben. Ganz verließen sie es dann bei den weiteren Behörden. Insbesondere von Justizbehörde, Innenbehörde und Schulbehörde gab es überhaupt keine Reaktionen. Ich glaube nicht, dass man das als vollständig und umfassend bezeichnen kann. Mich wundert insbesondere, dass gerade vonseiten der Schulbehörde hier

(Olaf Duge)

überhaupt nichts gekommen ist, denn wir haben die regionalen Bildungskonferenzen und irgendwo hätten die doch einmal auftauchen sollen. Ich hatte den Eindruck, dass vielleicht auch kein Interesse daran vorhanden war.

Die Bezirke nehmen, mit Ausnahme des Bezirks Harburg, relativ vielfältig mit verschiedenen Aktivitäten Stellung. In der Anfrage wird, und jetzt bin ich wieder bei den Löchern im Käse, nicht auf zahlreiche bürgerorganisierte Stadtteilkonferenzen und Stadtteilgespräche eingegangen, also beispielsweise Stadtteilkonferenzen, die seit Jahren bestehen, die schon fast die 100. Sitzung erreicht haben. Und wenn man bedenkt, dass die weniger als monatlich tagen, dann weiß man um den Zeitraum etwa in Jenfeld, Bramfeld oder auch in Eilbek. Auch die Initiative zur Rindermarkthalle taucht überhaupt nicht auf. Diese Initiativen und auch die Stadtteilkonferenzen zeigen aber doch – das ist auch in den anderen Reden hier zum Ausdruck gekommen –, dass der Wille zur Mitwirkung und Mitgestaltung nicht nur vorhanden ist, sondern kontinuierlich zunimmt und damit natürlich auch eine gewisse Veränderung in unserer Gesellschaft und in den Entscheidungsprozessen in unserer Gesellschaft. Es wäre wünschenswert, dass solche Stadtteilkonferenzen auch in den Stadtteilen, in denen es sie noch nicht gibt, initiiert werden, da sie ein Gewinn für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie sind, weil sie bestimmte Probleme schon im Vorfeld behandeln und abklären und auch in die Politik signalisieren, wo wir vielleicht manchmal nicht so direkt vor Ort sind.

Beim Lesen der Antworten ist bei mir nicht nur die Frage aufgetaucht, ob diese vielen namenlosen Stadtteilkonferenzen überhaupt wahrgenommen werden, sondern auch, wie diese Initiativen und Stadtteilkonferenzen insbesondere in der Verwaltung wahrgenommen werden. Werden sie als unliebsame Störer empfunden, sind es respektable Gegner, sind es Kunden oder sind es Partner? Wie werden ihre Ideen und Vorschläge in der Verwaltung wertgeschätzt? Das ist eine ganz wichtige Frage, auch eine Einstellungsfrage, die noch einmal in vielen Verwaltungen geklärt werden muss, gerade wenn ich noch einmal einen Blick auf die fehlenden Antworten werfe.

Welche Form der Beteiligung auch gewählt wird – es ist eine Vielzahl hier vorgestellt worden –, muss im Einzelfall sicherlich überprüft werden, welches die richtige ist und wie sie weiterentwickelt werden kann. Mir fallen aber unabhängig von der Frage, welche Form der Beteiligung gewählt wird, zwei Themen auf, die immer wieder in den verschiedenen Beteiligungsformen zu finden sind. Das eine ist der Vorwurf der mangelnden Transparenz, der vonseiten vieler Initiativen kommt, insbesondere wenn es um Verwaltungshandeln und Daten aus der Verwaltung geht. Wir haben 2011 hierzu einen Antrag eingebracht, eine Transparenzof-

fensive, die die SPD allerdings nur zum Teil aufgenommen hat. Leider hat sie die Open Government Data nicht mit aufgenommen. Damals hat Herr Grote, Ihr Vorgänger, gesagt – das wissen Sie natürlich nicht, weil Sie nicht in der Ausschusssitzung waren –, Sie würden eine eigene Initiative bringen. Das ist bis heute nicht passiert, aber Gott sei Dank ist aufgrund einer Initiative das Transparenzgesetz nun erst einmal gebracht worden.

(Dirk Kienscherf SPD: Das haben wir doch maßgeblich mitbestimmt!)

Ich habe von Ihnen eine Initiative erwartet, das hat gefehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber ich will noch einige andere Defizite, gerade was die Verwaltung betrifft, kurz thematisieren, und da möchte ich den Senat ansprechen. Auf die Frage, was denn eigentlich für Beteiligung ausgegeben worden sei, kann der Senat uns keine Antwort geben, weil er das nirgendwo genau festhält. Wenn ich daran denke, dass wir ein neues Haushaltswesen haben, bei dem wir Qualitätskennziffern brauchen, dann kommen wir um solche Daten nicht herum, die aufzeigen, wie viel Geld wohin auch für Beteiligungsformen ausgegeben worden ist. Deswegen ist es dringend notwendig, auch in diesem Bereich mehr Transparenz zu schaffen.

(Beifall bei Christiane Blömeke GRÜNE – Dirk Kienscherf SPD: Dann können Sie ja die Kennzahlen einbringen!)

Ich möchte ein drittes Beispiel nennen, um es noch einmal ganz deutlich zu machen. Es gibt leider ein unrühmliches Beispiel aus der BSU. In Punkt 7 des Vertrags für Hamburg steht, dass die beteiligten Gremien vor einem Verfahren nach dem Konfliktverfahren im Vertrag für Hamburg informiert werden müssen. Das ist im Fall der Matthias-Strengesiedlung schlichtweg nicht passiert. Es ist sofort das Verfahren nach dem nächsten Schritt eingeleitet worden, indem der Senat eine Entscheidung getroffen hat. Damit ist sogar ein Konfliktschritt übersprungen worden, dass die Beteiligung der Investoren und der Obleute des erfolgreichen Bürgerentscheides notwendig sei. Das ist von diesem Senat und vom Wohnungsbaukoordinator ignoriert worden.

(Beifall bei Christiane Blömeke GRÜNE und der LINKEN)

Ein koordinierendes Gespräch hätte in diesem Fall sicherlich schon einige Vorklärunen bringen können, aber es ist leider so und damit gefährdet der Senat – ich komme dann auch zum nächsten Punkt – letztlich sogar die Frage, welchen Wert dieser Vertrag hat. Es stellt sich nämlich die Frage, welche Bedeutung Beteiligungsverfahren inklusive Bürgerbegehren und Bürgerentscheide hinsichtlich Entscheidungsfindungen haben, wenn selbstherrli-

(Olaf Duge)

che Definitionen nach Gutsherrenart à la Wohnungsbaukoordinator das letztlich zu Scheinveranstaltungen machen; so geht es nicht. Es müssen klare Aussagen und Abmachungen gefunden werden, die auch eingehalten werden müssen. Wenn man das auf dem Papier stehen hat, dann ist das auch dementsprechend zu verfolgen und nicht persönlich zu interpretieren. In dieser Art und Weise geht es nicht.

(Beifall bei *Christiane Blömeke* und *Jens Kerstan*, beide GRÜNE)

Meine Damen und Herren! Beteiligung lernen, das gebe ich zu, ist ein schwieriges Terrain. Wir haben alle unsere Erfahrungen damit gemacht, und wir werden diese Erfahrungen sicherlich auch für uns auswerten. Ich möchte aber zum Schluss eines zur LINKEN sagen, Frau Sudmann. Ich halte nichts davon, wenn man sich einfach nur an etwas anhängt, so wie das in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses war, und einen Antrag des Koordinierungsgremiums übernimmt, ohne seine eigene Position hineinzubringen. Eigentlich hätte man von Ihnen erwartet, dass Sie als erfahrene Stadtpolitikerin wissen, was in diesem Antrag relevant für einen Masterplan ist und was in den Bebauungsplan hineingehört. So hat sich das leider für mich nur als ein populistisches Anhängsel dargestellt. Das ist nicht der Sinn solcher Beteiligungsverfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dirk Kienscherf* SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Thema ist natürlich ein sehr wichtiges, und ich freue mich, dass die Fraktion DIE LINKE das auf die Tagesordnung gebracht hat. Für uns Liberale gilt bei diesem Thema, dass frühes Mitgestalten wichtiger ist als späte Konfrontation. In diesem Sinne hat die Stadt schon einiges getan. Das Paradebeispiel einer sehr guten Vorbereitung ist die Neue Mitte Altona. Das würde ich mir auch bei anderen, größeren Vorhaben wünschen. Das jetzt von der SPD als Stadtwerkstatt angeschobene Projekt ist meines Erachtens zu kopflastig.

Es gibt zwischen der großen Stadtvision und den kleinen Stadtteilproblemen noch eine Ebene dazwischen. Das ist meistens nicht die Bezirksebene, sondern es ist die Ebene größerer Quartiere, beispielsweise die Neue Mitte Altona. Ich denke aber zum Beispiel auch an Hammerbrook, Billbrook und Rothenburgsort. Das ist ein Planungsbereich, der über B-Pläne hinausgeht, der über Stadtteile hinausgeht, und es ist auch ein Bereich, in dem zukünftige Entwicklungen insgesamt gestaltet werden müssen. Das wäre meiner Meinung nach zum Bei-

spiel ein Gebiet, in dem die Stadtwerkstatt zusammen mit den Bezirkspolitikern Ideen sammeln und anschieben könnte.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt, den ich anregen möchte, ist, dass die Stadtteilbeiräte, die es in einigen wenigen Stadtteilen gibt – ich denke jetzt nicht an die Beiräte in Sanierungsgebieten, also die speziellen Beiräte, sondern an richtige Stadtteilbeiräte –, eigentlich als Beispiel gelten können. Man sollte versuchen, sie auf alle Stadtteile zu erweitern, und zwar nicht nur auf Problemstadtteile, sondern es soll auch eine Basis bieten in der Bezirkspolitik, mehr mit den Bürgern zusammenzuarbeiten. Das ist ein Instrument, das man ausweiten sollte.

Ich komme zu den Gedanken der LINKEN. Natürlich ist Bürgerbeteiligung wichtig, aber man muss auch sehen, wer dann letztendlich die Verantwortung für Entscheidungen übernehmen muss. Das ist, einmal abgesehen von den Bürgerentscheiden und Volksentscheiden, nun einmal das Parlament, ob es die Bürgerbezirksversammlung ist oder die Bürgerschaft. Ich habe manchmal den Eindruck, dass zumindest einige Parteifreunde der LINKEN noch immer einem Räterepublik-Gedanken nachhängen so nach dem Motto, es muss doch alles das gemacht werden, was Initiativen in Beteiligungsverfahren gefordert haben.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Wir wissen ja, wohin das geführt hat!)

Das geht so nicht, und man kann auch nicht, wie Herr Kienscherf vorhin gesagt hat, sich irgendwie immer nur an Bürgerinitiativen hängen, um zu sehen, wie man – in diesem Falle ist populistisch sogar ein bisschen untertrieben – dann seine Parteipolitik betreibt.

(Beifall bei der FDP und bei *Dirk Kienscherf* SPD)

Wichtig ist natürlich, dass die Bürger mitgenommen werden und dass auch ihre Entscheidungen, beispielsweise bei Bürgerentscheiden, eine hohe Akzeptanz erhalten. Meines Erachtens bekommen diese Entscheidungen eine hohe Akzeptanz, wenn zumindest ein gewisser Grad an Beteiligung bei diesem Verfahren gegeben ist. Das wird es auch erschweren, solche Entscheidungen zu evozieren.

Es gibt immer wieder Themen, die gesamtstädtisch bedingt sind, und da muss eben das Parlament oder der Senat evozieren. Das sollte aber wirklich eine Ausnahme sein, und diese Ausnahme wird dann dadurch reduziert werden können, indem man sagen kann, mindestens 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben an einer Abstimmung teilgenommen. Das fehlt uns immer noch in dieser Stadt und das würden wir gern ändern. Insgesamt wünschen wir uns das Prinzip des frühen Mitgestaltens, also die Menschen sollen nicht nur mitbe-

(Dr. Kurt Duwe)

stimmen, sondern auch mitgestalten. Die Ideen der Bürger mitzunehmen ist viel wichtiger, als später in die Konfrontation zu gehen. Dieses Prinzip sollten wir weiterführen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Bürgerschaft! Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss über unsere Große Anfrage,

(Dirk Kienscherf SPD: Nicht alle!)

weil wir dann zum Beispiel unterscheiden können, was Beteiligung ist und was Ehrenamt. Ich habe nicht davon gesprochen, ob sich Menschen ehrenamtlich bei der Freiwilligen Feuerwehr engagieren, ich habe auch nicht von den Leuten gesprochen, die sich ehrenamtlich in der Bezirksversammlung oder in Regionalausschüssen engagieren. Das ist Politik, und die machen auch das, was Sie in der Bürgerschaft machen, jedoch nicht Ihre Parteipolitik. Ich habe von den Menschen gesprochen, die sich losgelöst von Parteien in ihrem Stadtteil engagieren und die etwas tun wollen. Und für die wollen wir wesentlich mehr Beteiligung erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Rook, ich bin auch gespannt darauf, wie wir nachher im Ausschuss die Demokratie definieren werden. Ihr Demokratiebegriff war für mich eben so zu verstehen, dass die Menschen alle vier Jahre ihre Stimme abgeben dürften, dazwischen wolle man von ihnen aber nichts hören. Wenn das Ihr Demokratiebegriff ist, dann möchte ich den nicht haben.

(Zurufe von der FDP)

– Wenn Sie sich jetzt alle an meiner Rede beteiligen wollen, können Sie es gern machen, aber bitte nacheinander und nicht parallel.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Rook, Sie haben ein wahres Hohelied gesungen auf die neutralen, niemals interessengeleiteten Politiker und Politikerinnen. Ich nenne nur Lambsdorff, Kohl und auch die Schwarzgeldaffären – Sie wollen doch nicht ernsthaft so tun, als wenn die Politik immer völlig frei von Interessen sei.

(Zurufe von der FDP)

– Die FDP schreit am lautesten. Ich kann gut verstehen, dass Sie an diesem Punkt am stärksten betroffen sind, das wäre ich an Ihrer Stelle auch.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Ich habe mir das eben lange angesehen. Ein le-

bendiges Parlament ist immer ein Gewinn an sich, aber im Augenblick ist es zu lebendig.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Wir kommen jetzt zur Neuen Mitte Altona. Da haben interessengeleitete Bürgerinnen und Bürger sich sehr engagiert. Das Interesse, das diese Bürgerinnen haben, ist nicht ansatzweise verwerflich. Diese Bürgerinnen und Bürger streiten dafür, dass dort ein Stadtteil entsteht, der sozial und ausgeglichen ist und der Möglichkeiten für alle bietet. Das sind Interessen, die wir in der Bürgerschaft wohl alle gutheißen sollten.

(Zuruf von Hans-Detlef Rook CDU)

– Und, mein lieber Herr Rook, es sind keine Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen, die Interesse daran haben, die Rendite zu steigern.

Deswegen vertreten wir sehr gern gute Ideen. Ich als Stadtplanerin kann sagen, das, was das Koordinierungsgremium vorgeschlagen hat und was Sie uns im Ausschuss vorgestellt haben – ich sage es vorsichtig, Sie haben es alle sehr, sehr schlecht behandelt, Sie haben sich noch nicht einmal bedankt für den Beitrag –, ist super und deswegen stehen wir auch dazu. Das ist kein Populismus, das ist eine gute Politik, die wir machen und die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort auch machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Kienscherf bekommt das Wort.

(Olaf Ohlsen CDU: Wir Sozialdemokraten! – Finn-Ole Ritter FDP: Wir Sozialdemokraten!)

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Sudmann, wir wollten zuerst Ihre gute Überweisung der Großen Anfrage ablehnen. Aber wir haben gedacht, man kann vielleicht einmal versuchen, dass wir alle sachlich und nüchtern über

(Hans-Detlef Rook CDU: Nüchtern!)

dieses doch ernste Thema im Ausschuss reden können. Aber Ihr letzter Redebeitrag ist dem wirklich nicht dienlich. Sie schießen ein bisschen über das Ziel hinaus. Geht es Ihnen um Bürgerbeteiligung oder geht es um Ihre persönliche Profilierung, das ist hier die Frage.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der FDP und bei Robert Heinemann CDU)

Wenn wir es im Ausschuss diskutieren, dann lassen Sie uns das wirklich sachlich und nüchtern tun.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Machen Sie doch mal ein Argument!)

– Frau Schneider, lassen Sie jetzt den ehemaligen Bundeskanzler.

(Dirk Kienscherf)

Ich glaube, dass sich keiner in diesem Parlament und keiner in den Bezirksversammlungen und Regionalausschüssen verstecken muss. Und ich glaube auch, dass das, was wir in dieser Stadt an Bürgerbeteiligung haben und auch leben – da kommen die ganzen Stadtteilkonferenzen noch obendrauf – ein wertvolles Gut ist. Lassen Sie es uns nicht dafür nutzen, uns politisch profilieren zu wollen, sondern lassen Sie uns ernsthaft diskutieren. Das war heute keine ernsthafte Diskussion Ihrerseits, und wir hoffen, dass es im Ausschuss anders laufen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich stelle fest, dass es zurzeit keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/4846 an den Stadtentwicklungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu den Punkten 23 und 27 der Tagesordnung, den Drucksachen 20/5010 und 20/5089, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Konzept für die künftige Entwicklung der Speicherstadt sowie Stellungnahme des Senats zum Bürger-schaftlichen Ersuchen vom 22. April 2010 "Kreative Milieus: Flächen in der Speicherstadt aktivieren und bereitstellen" sowie dem Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien: 16. Gesetz zur Änderung des Hafententwicklungsgesetzes, Änderungen der Hafengebietsgrenze und der Gebietsbeschreibung im Bezirk Hamburg-Mitte im Bereich der Speicherstadt.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 20/4388: Konzept für die zukünftige Entwicklung der Speicherstadt sowie Stellungnahme des Senats zum Bürger-schaftlichen Ersuchen vom 22. April 2010 "Kreative Milieus: Flächen in der Speicherstadt aktivieren und bereitstellen" – Drucksache 19/5853 (Senatsmitteilung) – Drs 20/5010 –]

[Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/4387:

(16.) Gesetz zur Änderung des Hafententwicklungsgesetzes (HafenEG), Änderungen der Hafengebietsgrenze und der Gebietsbeschreibung im Bezirk Hamburg-Mitte im Bereich der Speicherstadt (Senatsantrag)

– Drs 20/5089 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Karin Timmermann, bitte.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir besprechen jetzt ein Thema, das wir sehr einvernehmlich in den Ausschüssen diskutiert haben und bei dem wir vielleicht zu ein bisschen mehr Sachlichkeit zurückkommen.

Die architektonisch und kulturell wunderschöne Speicherstadt ist ein Bindeglied zwischen der Hamburger Innenstadt und dem neuen Stadtteil der HafenCity. Die Speicherstadt ist ein ganz besonderes Quartier, nicht nur für die vielen Touristen, die sich die Speicherstadt ansehen, sondern auch für uns Hamburger. Daher ist es für die SPD-Fraktion selbstverständlich, dass wir gemeinsam versuchen werden, dieses denkmalgeschützte und für Hamburg bedeutsame Ensemble neben den Kontorhäusern mit dem Chilehaus als Weltkulturerbe anerkennen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl müssen wir uns aber mit der Tatsache auseinandersetzen, dass die Gebäude in der Speicherstadt heute zum überwiegenden Teil nicht mehr für ihren ursprünglich hafenbezogenen Zweck genutzt werden. Aus diesem Grunde ist es nur folgerichtig, dass die Speicherstadt nun aus dem Geltungsbereich des Hafententwicklungsgesetzes entlassen werden soll.

Die Entlassung der Speicherstadt aus dem Hafengebiet ist ein bedeutsamer stadtentwicklungspolitischer Schritt. Ab 1893 wurde sie als Teil des Freihafens gebaut. Sie war der Kern der Entwicklung Hamburgs als Welthafenstadt. Bereits 2003 wurde die Speicherstadt aus dem Freihafen entlassen, und gleichzeitig begann der Bau der HafenCity und damit die Rückkehr der Innenstadt an die Elbe. Der Hafen braucht die Speicherstadt nicht mehr. Aber für die Stadt bieten sich hier viele Chancen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Stadt am Wasser.

Erst mit der Herauslösung der Speicherstadt aus dem Hafengebiet konnten wir das Entwicklungskonzept formulieren und die Ziele umsetzen – dies natürlich immer unter Berücksichtigung der denkmalschützerischen Belange. Das Thema Wohnungsbau wird angesichts der Problematik des Hochwasserschutzes eher eine nachrangige Rolle spielen.

Mit dem Entwicklungskonzept "Speicherstadt Hamburg" inklusive der inneren und äußeren Erschließung der Speicherstadt ist eine sehr gute Planungsgrundlage für die nächsten Jahre geschaffen worden.

Weiterhin wird es gewerbliche Flächen für Lager-nutzung wie zum Beispiel Teppichhandel,

(Karin Timmermann)

Showrooms für die Textilwirtschaft sowie Büronutzung und Flächen für Gastronomie und Kunst geben. Die Vielfalt im Quartier wird maßgeblich zur weiteren Attraktivität und Akzeptanz beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion begrüßt daher die Bestrebungen des Senats, verschärft in der Speicherstadt Flächen für künstlerische Nutzer vorzuhalten.

(Beifall bei *Gabi Dobusch, Dr. Andreas Dressel* und *Dirk Kienscherf, alle SPD*)

Das Entwicklungskonzept stellt die Weichen für 10 000 Quadratmeter günstige Flächen, Flächen für Künstler und andere Kreative. Die Schaffung eines solchen Zentrums der Kreativität würde nicht nur die perfekte Nutzung dieser historisch bedeutsamen Speicher darstellen, sondern zusätzlich sowohl die HafenCity als auch die Innenstadt weiter beleben und bereichern.

Wir sind überzeugt, dass der Senat mit seinem Konzept auch die Probleme des Hochwasserschutzes zum gegebenen Zeitpunkt regeln wird und zur Sicherung der Speicherstadt und der HafenCity beitragen wird. Wir stimmen somit der notwendigen Gesetzesänderung zu und nehmen das Entwicklungskonzept sehr positiv entgegen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wankum.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Andreas, erzähl mal was vom sozialen Wohnungsbau in der Speicherstadt!)

Andreas C. Wankum CDU: – Kollege Ohlsen, das mache ich doch.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst formen wir unsere Gebäude, dann formen unsere Gebäude uns – so Winston Churchill, der größte britische Premier des 20. Jahrhunderts und feinfühligster Literaturnobelpreisträger 1953.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das war aber beides gleichzeitig!)

Churchill wusste sehr genau, Frau Schneider, wie Gebäude Menschen und ihr Empfinden prägen können. Die Speicherstadt zieht kreative Menschen an, und natürlich nicht nur die. Die alten Speicher, scheinbar ungeeignet für Wohnen, Kultur und Hotels, sind ein Ort, der, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, Menschen aus aller Welt beeindruckt und auch geistig beeinflusst. Nicht nur Auswärtige, auch wir Hamburger lassen uns immer wieder begeistern von dieser Scharnierstelle zwischen der traditionellen Hamburger Innenstadt und der HafenCity.

Vor diesem Hintergrund hatte auch die CDU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode ein Speicherstadt-Konzept gefordert, das Platz ausweist für kreative Milieus. Nun liegt dieses Konzept vor. Hierin sind Rahmenbedingungen aufgezeigt, die am Ende die Nutzungsmöglichkeiten bestimmen. Nicht nur der Denkmalschutz, sondern auch die Bewerbung als Weltkulturerbe setzen enge Grenzen für Umbaumaßnahmen.

Damit Gebäude Menschen in kreativer Hinsicht formen und nutzen können, brauchen sie insbesondere Licht. Das wird bei den Speicherflächen – wer dort einmal die Böden mit ihren 18 Meter Tiefe gesehen hat, weiß das – sehr schwierig werden. Die Bewerbung als Weltkulturerbe macht es nicht einfacher, darauf habe ich immer wieder hingewiesen. Eine Wohnnutzung, Kollegin Timmermann, Sie haben es gesagt, wird beschränkt unter anderem durch den Hochwasserschutz, aber eben auch durch die Tiefen der Gebäude.

Klar geht aus dem Konzept jedoch hervor, dass die Speicher im östlichen Teil hauptsächlich für Büros und Dienstleistung zur Verfügung stehen können und nur zu einem geringen Teil für Kultur, Freizeit, Gastronomie und Ateliers.

Hamburg befindet sich im Bereich der Kreativwirtschaft in stetem Konkurrenzverhältnis insbesondere zu Berlin. Die Branche braucht vor allem bei der Suche nach geeigneten Räumen Hilfe. Und das bestätigt erneut, was wir schon lange wissen. Junge Kreative, Start-ups, sogenannte Mikrostars, brauchen räumliche Bedingungen. Sie brauchen Ateliers, sie wollen sich miteinander vernetzen. Dabei hilft es nicht, dass in der Art der Ankündigungspolitik dieses Senats Flächen wie die des ehemaligen "SPIEGEL"-Gebäudes den Kreativen angeboten werden, Flächen, die allein ungefähr 8 Euro Bewirtschaftungskosten aufgrund der veralteten Klimaanlage und so weiter kosten. Woher soll denn bitte das Geld kommen, um das zu bezahlen, nicht nur bei den Kreativen, sondern auch vonseiten des Senats? Die jungen Kreativen brauchen finanzielle Unterstützung und die erhalten sie zum Teil aus den vorhandenen Förderprogrammen. Die aber reichen nicht aus.

Die Nutzung der Speicherstadt auch bei den Kreativen ist am Ende von Marktkräften abhängig. Wie viele Udo Lindbergs, Warners oder Stage wird es aber geben, die auch marktfähige Angebote in die Speicherstadt bringen?

(*Arno Münster SPD:* Die wolltet Ihr doch schon mal verscheuern, oder nicht?)

Lieber Herr Münster, dem Ziel des damaligen CDU-Antrags, in einem Konzept finanzierbare Flächen für die Kreativwirtschaft aufzuzeigen, kommt diese Drucksache leider nicht wirklich nach. Wie viel Geld – und das muss der Senat beantworten – wird für die Kreativwirtschaft investiert und woher

(Andreas C. Wankum)

soll es kommen? Wird es wieder gebucht auf die zur Eventsteuer zu verkommen drohende Kultursteuer?

(Sören Schumacher SPD: Tourismusabgabe!)

Liebe Frau Dobusch, die Frage müssen Sie uns noch beantworten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Duge.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu dem Käse in der letzten Debatte haben wir es hier mit Patina zu tun. Ich denke, wir sind uns einig darin, dass wir diese Patina erhalten wollen. Ich bin sehr glücklich darüber, dass dieser Senat es weiterbetreibt, die Speicherstadt als Weltkulturerbe für die UNESCO anzumelden. Ich hoffe, dass wir da erfolgreich sind.

Ich finde es auch gut, was vorhin gesagt wurde, nämlich dass hier für die Kreativwirtschaft weitere Flächen bereitgestellt werden, sowohl für Ateliers als auch für Ausstellungsflächen, und dass wir auch junge Künstlerinnen und Künstler fördern.

Ich habe einen kleinen Wermutstropfen gefunden, der mir ein bisschen Sorgen macht und den ich kurz ansprechen möchte. Es heißt, dass es wünschenswert wäre, das Wohnen neu in der Speicherstadt zu etablieren. Es ist immerhin weiter dort geschrieben worden, dass es bedenklich werden könnte, wenn es darum gehe, die Speicherstadt als Weltkulturerbe erfolgreich in die Bewerbung zu bringen. Deswegen bitte ich also wirklich darum, mit diesem Bereich entsprechend zurückhaltend umzugehen. Ich möchte noch einen weiteren Teil dazu einbringen.

Ein Großteil der Wohnungen kann doch nur umgesetzt werden, wenn entsprechender Flutschutz gebaut wird. Wenn es für 126 Millionen Euro 220 Wohnungen gibt, dann ergibt das, das habe ich einmal ausgerechnet, 567 000 Euro pro Wohnung. Wenn man das umrechnet, dann hat doch der Wohnungsbau irgendwann einmal seine Grenzen. Ich glaube, wir sollten hier klare Kante zeigen und dieses Erbe, hoffentlich bald Weltkulturerbe, in seinen Strukturen als Kulturflächen und Nutzflächen entsprechend weiter ausgestalten. In dem Sinne hoffe ich, dass wir zu einer erfolgreichen Weiterentwicklung kommen. Wir werden dem Antrag natürlich zustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über die Bedeutung der Speicherstadt in Hamburg brauche ich nicht weiter zu reden, das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon getan. Der Ansatz, mehr Kreativwirtschaft in die Speicherstadt zu bringen, ist sehr gut. Es ist eben nur die Frage, ob man das kurzfristig so erreicht, wie man es eigentlich erreichen möchte. Ich möchte noch auf zwei Details eingehen, die in der Drucksache des Senats stehen.

Das ist einmal der Wohnungsbau. Es wird gesagt, es könnten höchstens ein paar Wohnungen dort entstehen wegen des Problems des Flutschutzes. Das ist auch wichtig. Nicht nur die Kosten für diesen Hochwasserschutz dürften enorm sein, sondern wir sollten auch Folgendes beachten: Wenn wir uns diese Speicherstadt an der Elbe anschauen und uns dann vorstellen, dass es davor ein Sturmflutsperrwerk gibt, dann wäre es Wahnsinn, das Weltkulturerbe mit einem Sperrwerk zu versehen. Das ist insgesamt ein Graus und es wird auch nicht realisiert werden können. Abgesehen davon bezweifle ich einfach diese 216 Millionen.

Die Speicherstadt ist am Wasser gebaut worden, an der Elbe, an einer Tideregion, und der besondere Charme dieser Stadt besteht eben darin, dass es eine Stadt am Wasser ist, und das sollten wir nicht verändern. Deshalb sollten wir auch den Wunsch nach Wohnungsbau in diesem Bereich beenden. Es wäre zwar schön für einige Menschen, dort eine Wohnung zu haben, aber es ist nicht finanzierbar.

Weitere wichtige Punkte, die wirklich höchste Priorität haben sollten – dies ist auch bei dem Bereich Planungen in der Drucksache angesprochen worden –, sind einmal der Zustand der Kaumauern und, noch viel wichtiger, der Zustand der tragenden Pfähle in dieser Stadt. Seit dem Ende des vorletzten Jahrhunderts ist der Niedrigwasserstand in der Elbe um mindestens 1 Meter gefallen, sodass die Pfähle zweimal pro Tag in der Luft hängen. Und jeder weiß, was dann passiert, dann wird nämlich dieses Fundament langsam bröselig. Das ist kein Problem, das wir vor uns herschieben können, denn sonst wird das Weltkulturerbe, falls es anerkannt wird, unter unseren Füßen zerbröseln.

Ich rege an – ich sage nicht, dass ich dies auch verlange –, dass der Senat in diesem Fall höchste Priorität ansetzt, damit uns das nicht passiert und wir nicht in hochgeistigen Wolken schweben und nur an Kreativwirtschaft et cetera denken, während unter unseren Füßen diese schöne Speicherstadt zerfällt. Das muss es uns wert sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kaum geht man durch diese Stadt und schaut sich irgendein neues Gebäude an – jedenfalls in meiner Gegend Altona –, dann steht immer das Wort "kreativ" dort, beispielsweise Kreativgeschoss, für kreative Menschen geeignet. Und so ist es auch mit dieser Drucksache. Ich freue mich sehr, dass es dort 10 000 Quadratmeter für die Kreativen in dieser Stadt gibt. Ich bin noch nicht ganz sicher, ob das Konzept klappt. Über die 4 und 8 Euro haben wir im Ausschuss ausführlich diskutiert, das will ich nicht weiter ausführen.

Wir sind da freundlich gemeinsam in einem Boot. Genauso freundlich gemeinsam in einem Boot sind wir hoffentlich im Punkt Weltkulturerbe. Es ist eine der wichtigen Prioritäten, dass wir die Speicherstadt hierfür anmelden. Ich war mir nicht ganz sicher, denn in dieser Drucksache wird das nicht so klar ausgedrückt, aber ich bin ganz sicher, dass wir im Senat einiges an Unterstützung dafür haben.

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Er nicht!)

Ich würde da gern einen Haken machen.

(*Karin Timmermann* SPD: Können Sie machen!)

Etwas kritisch sehe ich das, was im Bereich der Wohnungen bisher benannt wurde. Das mit den Wohnungen beinhaltet zwei auffällige Momente.

Wir müssen uns alle darüber im Klaren sein, dass, wenn dort Wohnungen gebaut werden, es solche Luxuswohnungen sein werden, die sich hier im Saal wahrscheinlich kaum jemand leisten kann – das vermute ich jedenfalls. Es sind nämlich richtig dramatische Quadratmeterzahlen, beispielsweise 28 Meter Tiefe. Das bedeutet, dass diese Wohnungen unter 200 Quadratmetern eigentlich kaum herzustellen sind, wenn da einigermaßen Licht herkommen soll.

(*Arno Münster* SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

– Dementsprechend ist das vielleicht etwas, das sich Arno Münster leisten kann, aber die meisten anderen in diesem Hause nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht um die Frage, dass hier ein sehr starker Schwerpunkt auf Kreativmilieus gelegt wurde, aber wenn es über 300 Wohnungen sein sollen,

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das wollen wir doch gar nicht!)

dann gibt es ungefähr 60 000 Quadratmeter Wohnraum,

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das wollen wir doch gar nicht!)

und es ist natürlich in dem Augenblick nicht möglich, dass wir so unendlich viel Geld für den Hochwasserschutz ausgeben sollen. Das wurde eben schon deutlich dargestellt. Wir werden das kritisch beobachten.

Es ist in der Drucksache nicht klar und deutlich ausgedrückt worden, aber ich habe schon mitbekommen, dass die HHLA, das Gebäudemanagement, schon bei den internationalen Ausstellungen in der Welt herumfährt und dafür wirbt, man solle doch in der Speicherstadt wohnen, dort gäbe es ganz tolle Wohnungen. Das ist jedenfalls draußen zu hören. Die gesetzlichen Grundlagen legen wir erst heute.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Das ist ein Widerspruch, der mir dort auffällt und den wir als Parlamentarier durchaus kritisch sehen sollten.

Ein letzter kritischer Punkt ist etwas, das hier nicht öffentlich diskutiert wird, sondern nur in der Kommission für Bodenordnung,

(*Karin Timmermann* SPD: Dann sollten Sie den Punkt auch lassen!)

eine Indiskretion, die nicht durch uns gekommen sein kann, weil wir gar nicht daran teilhaben dürfen, aber es hat in der öffentlichen Diskussion stattgefunden. Es wird davon gesprochen, dass ein großer Teil der Speicherstadt bis zum Jahre 2086 einem der reichsten Menschen in dieser Stadt gegeben werden soll zu einem sehr günstigen Preis.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das ist doch Blödsinn! Völliger Schwachsinn!)

Ich finde, auch das ist fragwürdig. Es ist leider erst in den letzten Tagen bekannt geworden.

(Beifall bei *Tim Golke* und *Christiane Schneider*, beide DIE LINKE)

Für eine kritische Bilanz, was mit der Speicherstadt geschieht, ist dies durchaus ein wichtiger Punkt, denn der Quadratmeterpreis, der dort bezahlt wird bis zum Jahre 2086, ist äußerst gering. – Danke.

(Beifall bei *Tim Golke* und *Christiane Schneider*, beide DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Bericht des Stadtentwicklungsausschusses aus Drucksache 20/5010.

Hierin wird eine Kenntnisnahme empfohlen, und ich stelle fest, dass diese erfolgt ist.

Nun zum Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien aus Drucksache 20/5089.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das 16. Gesetz zur Änderung des Hafenenwicklungsgesetzes beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Widerspruch aus dem Hause sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Ich rufe nun den Punkt 47 auf, das ist Drucksache 20/5138, Antrag der CDU-Fraktion: Vergaberecht in Hamburg – Voraussetzungen zur Beibehaltung der Wertgrenzen rechtzeitig schaffen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Vergaberecht in Hamburg – Voraussetzungen
zur Beibehaltung der Wertgrenzen rechtzeitig
schaffen!**

– Drs 20/5138 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Stemmann, bitte, Sie haben es.

Hjalmar Stemmann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Hamburger Konjunkturoffensive hat die Bürgerschaft im Februar 2009 die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben deutlich erhöht. Das war ein entscheidender Beitrag, um die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise einzudämmen, wie unter anderem ein Prognos-Gutachten bestätigte. Die CDU-Fraktion setzt sich seitdem dafür ein, dass die Wertgrenzen auf diesem neuen Niveau verbleiben. Der Erfolg der Maßnahmen ist klar erkennbar, die Reaktionen aus der Wirtschaft sind ausgesprochen positiv. Sie, liebe Damen und Herren von der SPD-Fraktion, haben bei diesem Thema leider verschlafen. Zuletzt haben Sie im Herbst vergangenen Jahres sogar den Evaluationsauftrag an den Senat, der bereits beschlossene Sache war, nachträglich aufgeweicht und verwässert, denn hätte der Senat rechtzeitig die Evaluation vorgelegt, könnten wir auf Basis belastbarer Zahlen entscheiden.

(Beifall bei der CDU)

Dabei profitieren gerade kleinere und mittlere Unternehmen von den neuen Wertgrenzen. Es ist eine einfache, aber ausgesprochen effiziente Mittelförderung.

(Beifall bei der CDU)

Mehr noch, durch die erhöhten Wertgrenzen können in Hamburg erwirtschaftete Steuermittel über Aufträge der öffentlichen Hand eher an Unternehmen aus der Metropolregion vergeben werden. Somit können in Hamburg und Umgebung Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen beziehungsweise gesichert werden. Aber auch volkswirtschaftlich ist es nicht sinnvoll, theoretisch unbegrenzt viele Auftragnehmer ein Angebot erstellen zu lassen, wenn doch der Wettbewerb auch gewährleistet ist, wenn aus sehr vielen Wettbewerbern nur fünf bis acht aufgefordert werden, ein Angebot abzugeben. Es kann ohnehin nur ein Unternehmen den Zuschlag bekommen, egal ob 100 oder sechs Unternehmen kalkulieren und sich im Vorfeld viel Arbeit machen. Außerdem wirken die erhöhten Wertgrenzen auch auf Behördenseite entbürokratisierend, da der Auswertungsaufwand verringert wird. Und vergessen Sie nicht, dass eine mittelstandsorientierte Vergabe der beste Schutz vor Lohndumping durch scheinselfständige Sub-Sub-Subunternehmer ist. Ein lokal verwurzelttes Unternehmen sucht Arbeit für die eigenen Mitarbeiter und nicht zur Weitergabe von Aufträgen. Das unterscheidet den Mittelstand von großen Generalunternehmern. Liebe Damen und Herren der SPD-Fraktion, wir freuen uns, dass Sie diesen Antrag an den Wirtschaftsausschuss überweisen und hoffen, dass wir dort vernünftig über dieses Thema debattieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Rugbarth hat das Wort.

(Dietrich Wersich CDU: Frau Rugbarth findet das bestimmt gut!)

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Stemmann, ich fand es ein bisschen vollmundig, wenn Sie so liebevoll sagen, die SPD hätte an der Stelle verschlafen.

(Dietrich Wersich CDU: Das haben Sie absichtlich gemacht!)

Die SPD hat nicht verschlafen, und das ist Ihnen sehr wohl bekannt, Herr Stemmann, denn wir haben schon letztes Jahr einen Antrag gestellt, die Wertgrenzen in den Fokus zu nehmen. Als Mittelstandspolitiker sind wir uns sicher dahingehend einig, dass erhöhte Wertgrenzen für die lokale Wirtschaft etwas sehr Positives sind. Aber pauschal

(Andrea Rugbarth)

und ausschließlich zu sagen, dass wir das toll finden, ist für eine politische, tragfähige Entscheidung nicht angemessen.

(Dietrich Wersich CDU: Ja, deshalb wird ja die Evaluation kommen!)

Deswegen lautete unser Antrag seinerzeit, dass wir die Wertgrenzen evaluieren und untersuchen.

(Zuruf von Dietrich Wersich CDU)

– Genau, das muss abgeschlossen sein. Sie haben völlig recht, Herr Wersich.

Ich habe Zutrauen zu unserem Senat, dass er noch in der gesetzten Frist eine Evaluation durchführen wird. Wie ich schon sagte, kann es nicht nur Aufgabe eines Parlaments sein, einen politisch für gut befundenen Antrag zu befürworten, sondern auch gegenteilige Ansichten zu bedenken.

Herr Wersich und Herr Stemmann, Ihnen ist sicherlich bekannt, dass die Rechnungshöfe in anderen Bundesländern durchaus sehr kritisch auf die Wertgrenzen bei öffentlichen Vergaben geschaut haben und dass es nicht so eingeschlagen hat, wie man sich das vorgestellt hatte. Der Ursprung lag darin, dass eine schnellere Vergabe erfolgen sollte, und dass das wohl in anderen Bundesländern nicht der Fall war.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Frau Rugbarth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Andrea Rugbarth SPD: Selbstverständlich, Herr Wersich.

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Liebe Frau Rugbarth, wird der Senat die Evaluation vor Jahresende so rechtzeitig abschließen, dass noch rechtswirksam über die Weiterführung der erhöhten Wertgrenzen entschieden werden kann? Können Sie uns das heute zusagen?

Andrea Rugbarth SPD (fortfahrend): Ich werde Ihnen das zusagen, ich bin einfach so frech. Und wenn es nicht so sein sollte, Herr Wersich

(Dirk Kienscherf SPD: Dann gibt es Gründe dafür!)

– deswegen überweisen wir das auch an den Ausschuss, damit wir das noch einmal vernünftig beraten können –, haben wir immer noch die Möglichkeit, diesen Antrag ganz schnell in Richtung Parlament zu befördern. Es gibt noch etwas anderes, wozu eigentlich kein Bürgerschaftsbeschluss notwendig ist, und zwar ein Erlass des Senats. Als ehemaliges Senatsmitglied dürfte Ihnen bekannt sein, dass das durchaus etwas schneller laufen

kann, als wenn es durch demokratische Gremien geht.

(Jan Quast SPD: Der Senat hat immer recht!)

Um auf gegenteilige Aussagen zu sprechen zu kommen: Die Rechnungshöfe zum Beispiel in Baden-Württemberg haben kritisiert, dass die Transparenz bei den Vergaben nicht erhöht wurde, indem bei den beschränkten Ausschreibungen nur auf eine Auswahl von Firmen zurückgegriffen wird und dass für den Staat eventuell negative Folgen eintreten können, wenn man nicht die ganze Bandbreite der Konkurrenz nutzt. Insofern müssen wir uns schon sehr genau anschauen, was wir mit den Wertgrenzen machen. Als Mittelstandspolitikerin sage ich für unsere Wirtschaftspolitiker: Wir haben ein sehr lebhaftes Interesse, die Wertgrenzen in der Größenordnung zu erhalten, wie sie im Konjunkturpaket festgelegt wurden.

Schauen Sie sich bei der Gelegenheit zur Vorbereitung auf den Wirtschaftsausschuss an, wie unterschiedlich der Flickenteppich in den Bundesländern gehandhabt wird. Dort haben wir von 10 000 über 50 000 bis hin zu 100 000 Euro alles. Diese unterschiedlichen Regelungen sind vom EU-Vergaberecht noch mitabgedeckt. Wir haben Zeit zu diskutieren, ob wir das auf Gewerke aufsplitten wollen, wie es auch einige Bundesländer machen, die für Tiefbau- oder Ingenieurbauleistungen unterschiedliche Wertgrenzen haben, oder ob wir eine Wertgrenze nehmen und diese vielleicht auf Dauer festlegen, so wie das Brandenburg gemacht hat, das die Befristungen komplett herausgenommen hat.

Sie sehen, es gibt viele Möglichkeiten, die wir im Wirtschaftsausschuss diskutieren, debattieren und beraten können. Auch wenn es letzten Endes eine Entscheidung der Finanzbehörde sein wird, wird der Wirtschaftsausschuss der richtige Ort sein, um das zu besprechen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Tjarks, Sie haben das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben eine sehr komplexe Debatte vor uns, nämlich die Frage, ob der Senat rechtzeitig evaluiert hat und welche Frist er sich gesetzt hat. Die CDU hat bereits im Ursprungsantrag gesagt, dass der Senat bis Oktober die Frage der Wertgrenzen evaluieren soll. Dann hat die SPD gesagt, sie wolle bis Ende des Jahres evaluieren, und die Krux bei der ganzen Geschichte ist schlicht und ergreifend, dass wir bis Ende des Jahres eine Entscheidung über die Verlängerung dieser Wertgrenzen treffen müssen. Insofern gibt es keinen Entscheidungszeitraum zwischen

(Dr. Anjes Tjarks)

der Evaluation, wenn sie denn wirklich bis Ende des Jahres da ist, und der Entscheidung, ob man diese Wertgrenzen verlängert. Insofern unterstützt meine Fraktion den Antrag der CDU, dass der Senat die Evaluation ein bisschen schneller durchführen soll. Der Senat ist bei verschiedenen Projekten insbesondere im Wirtschaftsbereich – Investitionsbank, Elbvertiefung und Hafenentwicklungsplan – ordentlich im Verzug. Vielleicht schafft er es diesmal schneller. Wir unterstützen das Ansinnen im Wesentlichen inhaltlich, aber wir wollen die Evaluation abwarten. Wir würden diesem Antrag gern zustimmen und begreifen die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss als ein hoffentlich weiterführendes Instrument.

Ich möchte daran erinnern, dass im Wirtschaftsausschuss seit acht Monaten ein Antrag der SPD-Fraktion zu Azubi-Wohnheimen relativ klaglos und tot liegt. Wenn das schon Regierungsanträgen so geht, dann weiß ich nicht, wie das bei Oppositionsanträgen ist. Insofern bezweifle ich, ob das das geeignete Mittel ist, um auf den Senat Druck auszuüben oder ob das nur das Instrument ist, um diesen Antrag auf den Friedhof zu schieben.

Wir unterstützen das und hoffen, dass wir schnell zu einer Evaluation kommen, dass diese rechtzeitig vorliegt und wir dann eine sinnvolle Entscheidung treffen können. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Suding, Sie haben das Wort.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Absenkung der Schwellenwerte für Vergaben durch beschränkte Ausschreibungen, die freihändige Vergabe 2009 im Zuge des Konjunkturpakets II sowie die Verlängerung dieser Maßnahmen im November 2010 haben sicherlich ganz erheblich zum Erfolg des Programms "Konjunkturoffensive Hamburg" beigetragen. Allerdings war von Anfang an klar, dass die Maßnahmen zeitlich begrenzt erfolgen sollten. Daher gab es gute Gründe für den Antrag der damaligen regierungstragenden Fraktionen CDU und GAL in der letzten Legislaturperiode und für die Initiative der SPD aus dem letzten September, dass wir rechtzeitig vor Ablauf der Frist eine Evaluation bekommen. Nun stehen wir erneut vor dem Ablauf der angehobenen Schwellenwerte. Eine Evaluation liegt uns allerdings noch immer nicht vor. Diese brauchen wir aber ganz dringend, um eine endgültige Entscheidung zu treffen, und insofern stimmen wir dem Antrag der CDU zu.

Zur Sache noch ein paar Worte. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass die FDP-Fraktion davon überzeugt ist, dass die angehobenen Schwellenwerte für das Hamburger Handwerk, aber auch für andere kleine und mittelständische Unternehmen

aus Hamburg ein Segen waren und immer noch sind. Der bürokratische Aufwand, sich an einer Ausschreibung zu beteiligen, ist sicherlich für viele Unternehmen schon eine erhebliche Belastung, und ein einfaches Vergabeverfahren reduziert diesen Aufwand. In der Folge trägt es spürbar dazu bei, dass die Unternehmen wirtschaftlichen Erfolg haben können. Die Handwerkskammer wird das sicherlich bestätigen können. Das ist der erste Aspekt.

Ein zweiter Aspekt ist, dass die ehemaligen Schwellenwerte auch gerade aus wettbewerbsrechtlichen Überlegungen heraus ihre Berechtigung haben. Sie sollen einen uneingeschränkten Zugang aller Anbieter zum Markt ermöglichen und, auch das ist nicht ganz unwichtig, Korruption und Klüngel vermeiden.

Ein dritter Aspekt aus Sicht einer Haushaltspolitikerin ist, dass vernünftige Vergabeverfahren dafür sorgen sollen, dass der städtische Haushalt nicht über Gebühr belastet wird. Steuergelder müssen effizient und sparsam verwendet werden.

Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion ist sich dem Spannungsfeld zwischen Bürokratieabbau, freien Marktzugangschancen und dem vernünftigen Umgang mit Steuergeldern bewusst. Deshalb ist die Vorlage und Beratung des Evaluationsberichts für den weiteren Verfahrensgang sehr wichtig. Wir unterstützen das grundlegende Anliegen der CDU-Fraktion, für das Handwerk und den Mittelstand vereinfachte Vergabeverfahren zu schaffen. Gleichzeitig ist für uns eine valide Überprüfung der Maßnahmen unerlässlich. Wir unterstützen daher die Ausschussüberweisung und freuen uns auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Golke, Sie haben das Wort.

Tim Golke DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Die Erhöhung der Wertgrenzen, das wurde schon gesagt, war ein Instrument der Konjunkturoffensive 2009/2010. Da kommt man – vielleicht auch nur wir – ein bisschen ins Grübeln. In Zeiten der von vielen Fraktionen in der Bürgerschaft beschlossenen Schuldenbremse – die antragstellende Fraktion wollte die Schuldenbremse sogar noch früher – kann von einer Konjunkturoffensive in dieser Stadt nun wirklich keine Rede mehr sein.

Eine Evaluation ist gut und richtig, und insofern kann ich mich hier nur anschließen und ein freundliches "Macht mal hinne" an den Senat richten. Das muss sein. Ich sage auch ganz deutlich, dass höhere Wertgrenzen einen Beitrag zu besseren Bedingungen für lokale Unternehmen bieten kön-

(Tim Golke)

nen, das ist auch nicht kritisch zu sehen. Aber wir wissen schlicht noch nicht, ob der Effekt schon eingetreten ist, das müssen wir noch herausfinden und dabei muss uns der Senat helfen. Die Kritik, die es daran gibt, ist angesprochen worden. Einzelne Bundesrechnungshöfe haben gesagt, dass es nur geringe Verfahrensbeschleunigungen durch diese Wertgrenzenerhöhungen gegeben hat. Kritischere Töne kamen zum Beispiel von Transparency International, die 2011 sinngemäß sagten, dass angehobene Wertgrenzen zu einer Ausweitung intransparenter Auftragsvergaben führen und damit der Korruption Vorschub leisten.

Worum es mir und der Linksfraktion eigentlich geht: Wir brauchen etwas anderes als eine Erhöhung der Wertgrenzen. Wir brauchen in Hamburg ein neues, ein besseres Vergabegesetz.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hat der Senat in seinem Regierungsprogramm offenbar auch erkannt. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge will er das Handwerk durch "kleine Lose" stärken – das finde ich gut – und vor Lohndumping schützen, indem auf Tariftreue und Mindestlöhne geachtet wird. Das finde ich auch gut.

Das ist eigentlich eine fremde Rede, die ich halte,

(Finn-Ole Ritter FDP: Aha! – Olaf Ohlsen CDU: Ist ja interessant!)

weil wir die Debatte letztes Jahr auch schon hatten, und da haben wir einen Ergänzungsantrag zum Antrag der SPD eingebracht, wo diese Evaluation beschlossen wurde. Wir haben vom Senat einen Gesetzentwurf zum Vergabe- und Tariftreuegesetz mit 10 Euro Mindestlohn und generellen Tariftreueregelungen gefordert, außerdem eine Sonderkommission zur Kontrolle, eine Vergabekammer mit wirksamen Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen Vergaberichtlinien, die Wahrung mittelständischer Interessen durch die Vergabe von Fach- und Teillosen und die Evaluation der Wertgrenzen unter Beachtung sozialökologischer Gesichtspunkte. Das hat der Senat auch erkannt. Der DGB hat Anfang dieses Jahres schon einen Gesetzentwurf zur Kenntnis des Senats gegeben. Da ruht die Heide still. Umso nötiger wird es und umso aktueller sind unsere Forderungen vom letzten Jahr. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5138 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Ich rufe nun Punkt 19 auf, Drucksache 20/5024, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 11. November 2011, "Hamburg 2020: Langfristige Konsolidierung mit weiterer Aufgabenkritik und Entflechtung sowie vernünftiger Personalentwicklungspolitik verbinden".

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 11. November 2011 "Hamburg 2020: Langfristige Konsolidierung mit weiterer Aufgabenkritik und Entflechtung sowie vernünftiger Personalentwicklungspolitik verbinden" – Drucksache 20/2156 –
– Drs 20/5024 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Quast, Sie haben es.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hat den Senat auf Antrag der SPD-Fraktion ersucht, die Arbeit der Verwaltung noch effektiver und effizienter zu gestalten und Schritte einzuleiten, um Doppelarbeit zwischen Bezirksämtern und Fachbehörden zu vermeiden, um Durchführungsaufgaben in der Regel eindeutig den Bezirksämtern zuzuordnen und um Zustimmungsvorbehalte von Fachbehörden gegenüber Bezirksämtern abzubauen. Der Senat benennt in dieser Drucksache erste Bereiche, in denen er diese Zielsetzung umsetzt. Es ist ohnehin Aufgabe einer jeden Organisation und vor allem einer, die der Steuerzahler finanziert, regelmäßig zu überprüfen, ob sie effizient und effektiv arbeitet. Aber es gibt mindestens drei weitere gute Gründe, Doppelarbeit abzubauen, Durchführungsaufgaben eindeutig zu verorten und Zustimmungsvorbehalte einzuschränken, nämlich erstens die Stärkung von Kundenfreundlichkeit und Bürgernähe, zweitens die konsequente Umsetzung des Bezirksverwaltungsgesetzes von 2006 und drittens die Schuldenbremse der Hamburger Verfassung.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit weiter erhöhen, indem wir klare und eindeutige Verantwortlichkeiten schaffen. Verwaltungshandeln soll durch klare Zuständigkeiten für die Bürgerinnen und Bürger transparenter werden und durch den Abbau von Doppelarbeit in Fachbehörden und Bezirksämtern sowie die Einschränkung von Beteiligungsvorgaben beschleunigt werden. Wir wollen die Bezirke, Bezirksämter und Bezirksversammlun-

(Jan Quast)

gen weiter stärken, wie CDU, SPD und GRÜNE es 2005 mit dem Bezirksverwaltungsgesetz beschlossen haben, indem Durchführungsaufgaben eindeutig den Bezirksämtern zugeordnet werden und Zustimmungsvorbehalte der Fachbehörden weiter eingeschränkt werden, vor allem auch Fälle von gesamtstädtischer Relevanz. Wir wollen die Vorgaben der Schuldenbremse der Hamburgischen Verfassung einhalten, die uns gebietet, ab dem Doppelhaushalt 2019/2020 ohne neue Schulden auszukommen und das strukturelle Defizit Jahr für Jahr möglichst gleichmäßig abzubauen. Das heißt, dass wir nur begrenzt Ausgaben erhöhen können und immer wieder prüfen müssen, ob Abläufe besser und wirtschaftlicher organisiert werden können oder ob Aufgaben künftig ganz entfallen können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Senat hat mit der Drucksache eine Vielzahl von Bereichen beschrieben, in denen es möglich ist, Doppelarbeit abzubauen und Kompetenzen klarer zuzuordnen. Ich will nur wenige benennen: Die Aufstellung von B-Plan-Verfahren und die Genehmigung von Bauanträgen soll beschleunigt werden, indem anstelle von Zustimmungsvorbehalten der BSU Informationspflichten der Bezirke treten, die Zuständigkeiten beim Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung werden klar geregelt und die Bezirksämter gestärkt, das Flächenmanagement wird professionalisiert und Unternehmen, die Gewerbeflächen suchen, erhalten künftig einen Ansprechpartner, der sich ihres Anliegens annimmt; der Weg durch die Instanzen entfällt. Und das Sportstättenmanagement, so haben wir es gestern Abend im Haushaltsausschuss gehört, wird künftig beim Bezirksamt Hamburg-Mitte zusammengeführt.

Meine Damen und Herren! Wir können heute nur Teile der Drucksache diskutieren. Deswegen haben wir beantragt, diese Drucksache an den Verfassungs- und Bezirksausschuss und an den Haushaltsausschuss zu überweisen, um uns dort vom Senat berichten zu lassen, wie er die Realisierung weiter fortsetzt. Wir erwarten aber vor allem auf folgende zwei zentrale Fragen Informationen.

Erstens: Wir wollen wissen, ob Ressourcen auf die Bezirksämter verlagert werden, damit diese die zusätzlichen Aufgaben erfüllen können. Denn eines ist uns wichtig: Mit den Aufgaben müssen auch die Ressourcen wandern. Dafür hat die SPD-Fraktion immer gestanden, und wir werden uns genau ansehen, ob das auch passieren soll.

Zweitens: Welche Ressourcen können eingespart werden, wenn Doppelarbeit künftig entfällt? Auch dies ist wichtig, wenn wir unser Ziel, begrenzt Personal abzubauen, realisieren wollen.

Der Senat hat in der vorliegenden Drucksache schon eine entscheidende Botschaft gegeben. Die anstehenden Veränderungen werden haushalts-

neutral oder haushaltsentlastend sein. Die Optimierung von Abläufen und Strukturen und der Einsatz neuer Technik allein werden nicht ausreichen. Die SPD-Fraktion setzt daher auf Aufgabenkritik. Auch die Beschäftigten erwarten von ihrem Arbeitgeber, der Stadt Hamburg, dass es eine systematische, aufgabenkritische Untersuchung der verschiedenen Bereiche gibt und keine pauschalen Stellenstreichungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden daher insbesondere auf dieses Thema der Aufgabenkritik in den nächsten Monaten einen Schwerpunkt legen und auch als Fraktion eigene Vorschläge einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Heintze, Sie haben das Wort.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Quast, ich habe mich sehr über den letzten Satz gefreut, dass wir an das Thema Aufgabenkritik deutlich stärker heranrücken, als es bisher passiert ist und als es in der vorgelegten Drucksache angesprochen wird. Bisher hatte ich das Gefühl, dass das Rhetorik ist, und daher freue ich mich, dass die SPD-Fraktion beim Thema Aufgabenkritik dabei ist.

(Beifall bei der CDU)

Beim Prozess Entflechtungen sind wir ohne Frage auch mit dabei. Eine wichtige Prämisse für uns ist, die auch in dieser Drucksache zu finden ist, dass es keine Mehrkosten geben soll, sondern dass es effizienter und am Ende des Tages auch preiswerter werden muss. Für uns ist völlig unverständlich, wieso es am Ende teuer werden kann, wenn ich Verwaltungsstufen abbaue.

Besonders freut uns, dass die Verwaltungsreform 2006, die wir zu dritt angeschoben haben, weiter fortgeführt wird. An dieser Stelle gefällt mir die Drucksache ausgesprochen gut; das vorweg zum Anliegen der Drucksache.

Allerdings muss ich persönlich und für unsere Fraktion sagen, dass uns jetzt 17 Seiten vorliegen, in denen viele Worte um viele Dinge gemacht werden. Aber immer, wenn man sich fragt, wo denn konkret etwas zu den einzelnen Bereichen steht, gibt es leider eine Fehlanzeige. Wir könnten mit dieser Drucksache schon einen Schritt weiter sein.

(Beifall bei der CDU und bei *Robert Blasing FDP*)

Das gilt insbesondere für eine der wesentlichen Fragen, nämlich die der Aufgaben und Ressourcen, wenn sie in die Bezirke übergehen. Das muss Hand in Hand geschehen. Die Befürchtung, die derzeit in vielen Bezirksversammlungen die Kom-

(Roland Heintze)

municipalpolitiker aller Fraktionen umtreibt, ist, dass gesagt wird, es ist schön, dass ihr das jetzt ausführt, aber die Ressource, die ihr eigentlich braucht und die bei uns sitzt, bekommt ihr so nicht mit.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Genau, das ist so!)

Hierzu sagt die Drucksache deutlich zu wenig, und wir hätten uns deutlich mehr Ausführungen gewünscht. Man bleibt sehr bewusst vage und das darf nicht sein.

(Beifall bei der CDU und bei Robert Bläsing FDP und Christiane Schneider DIE LINKE)

Leider haben auch die Nachfragen dazu bisher nicht viel Neues erbracht. Wir haben gestern im Sportausschuss,

(Jan Quast SPD: Ja, das wäre ja sehr sportlich!)

nein, im Haushaltsausschuss beim zuständigen Staatsrat nachgefragt, wie denn die Konkretisierung aussieht, wenn wir über das Management der Sportstätten sprechen. Man sei noch nicht so weit, war die Antwort, man würde das alles noch irgendwie regeln. Die GRÜNEN sagten dann, dass das aber eine ganze Menge Stellen betreffe, womit sie am Ende recht haben. Das kann nicht die Art und Weise sein, wie Entflechtung betrieben wird. Leider ist dies aber die Art und Weise der Senatsmitteilung. Immer, wenn es für die Bezirke und für die Fachbehörden interessant wird, hält man es sehr bewusst vage, und das über 16 Seiten. Herr Senator, das ist ein gutes Anliegen, aber sehen Sie es mir nach, diese 16 Seiten wären Ihnen in der Opposition auch zu wenig konkret gewesen, wenn wir Ihnen das vorgelegt hätten. Das finde ich ausdrücklich schade.

(Beifall bei der CDU)

Einige Papiere sollen noch kommen, diese warten wir ab und werden sie entsprechend diskutieren. Es gibt noch ein paar Unklarheiten, ich habe noch nicht verstanden, wie die Vergabe der Gewerbeflächen effektiver werden soll. Wie und vor allen Dingen von wem der ruhende Verkehr kontrolliert werden soll, bleibt auch im Vagen. Vielleicht gibt es demnächst noch eine dritte Ebene, das sind dann private Unternehmen. Aber auch hier gibt es noch offene Fragen. Diese werden wir sicher im Ausschuss diskutieren.

Abschließend ein Punkt, an dem mich die Senatsmitteilung enttäuscht hat, und zwar das Berichtser suchen zu Ziffer 2. Dort geht es um die 200 Vollzeitäquivalente, die man gern einsparen möchte. Man könnte da endlich mal konkret werden, insbesondere in Bezug auf das, was wir bereits aus der Senatskanzlei zu diesem Thema gehört haben. Diesem Thema widmet man nach 16 Seiten eine Seite und da liegt die Krux. Man weiß nicht, wie man damit umgehen soll, und deswegen flüchtet

man sich in Ziffer 2 in die Antwort, dass man eine große Seminarreihe aufsetze. Das Zentrum für Aus-, Weiter- und Fortbildung führt moderierte Runden und Veranstaltungen durch, das Personalamt hilft auch, dann stellt man in den Behörden vielleicht noch ein paar Ansprechpartner zur Verfügung. Aber wie man nun eigentlich zu dem erklärten Ziel kommen will, dazu finden wir leider kein Wort. Das ist Absicht, weil das nämlich deutlich machen würde, wie hilflos Sie an dieser Stelle sind.

(Beifall bei der CDU)

Die Hilflosigkeit zeigt das auf, was bisher bekannt ist. Man möchte – ich habe das in der Schriftlichen Kleinen Anfrage abgefragt – die Dienstunfähigkeit künftig weiter auslegen. Das bedeutet praktisch, dass ich, wenn ich bisher zum Amtsarzt musste, um meine Dienstunfähigkeit feststellen zu lassen, das zukünftig aussitzen kann, weil der Senat nämlich sagt, wenn du dich lange genug nicht bei uns meldest und zum Amtsarzt gehst, dann stellen wir schon so fest, dass du dienstunfähig bist, und dann musst du dich gar nicht weiter bemühen. Das scheint mir ein falscher Ansatz beim Personalkonzept zu sein. Ich finde es eher fahrlässig, als dass es der Sache dient.

Der dritte Punkt ist die Abfindung. Man möchte die Abfindungsregelung künftig größer und weiter auslegen. Ich habe nachgeschaut, wie viel die Stadt bisher bei nicht großzügiger Auslegung an Abfindungsleistungen zahlt: 245 000 Euro in 2011, 367 000 Euro in 2012. Herr Finanzsenator, wenn Sie jetzt allen eine maximale Ausschöpfung der Abfindungshöhe anbieten, damit diese aus dem städtischen Dienst aussteigen, verlieren Sie diejenigen, die gut sind und in der Privatwirtschaft gute Jobs finden. Ich befürchte, das sind die teuer aufgebauten Menschen in der Finanzverwaltung, die gleich wieder gehen, weil sie gute Chancen haben. Sie fahren ein teures Programm hoch, denn wenn Sie allen 250 Angestellten Abfindungen zahlen wollen, kommen Sie mit den 367 000 Euro aus dem Jahr 2012 nicht mehr hin. Auch das scheint uns personalpolitisch völlig fehlgeleitet.

(Beifall bei der CDU)

In einem anderen Kontext wird immer wieder Ihre Erfahrung mit Rückkehrern thematisiert. Sie bieten jetzt jedem an, acht Jahre Sonderurlaub zu machen und zu schauen, ob man vielleicht in der Privatwirtschaft was wird, und wenn es nichts wird, dann kommt man gern wieder zurück. Nach acht Jahren frage ich mich nur, in welche Verwendung man dann zurückkommt. Das scheint mir ziemlich undurchdacht. Deswegen steckt in dieser einen Seite der Senatsmitteilung ein Gehalt, der den ersten Teil in den Schatten stellt, nämlich dass mehr als deutlich wird, mit welcher Hilflosigkeit Sie auch an diesem Punkt agieren. Da kann ich nur sagen, lesen Sie Teil 1 und hören Sie auf das, was der

(Roland Heintze)

Kollege Quast gesagt hat. Auch in diesem Fall würde Aufgabenkritik deutlich mehr helfen als die Aneinanderreihung von hilflosen Maßnahmen, um 250 Vollzeitäquivalente abzubauen zu können – von daher ein zweigeteiltes Echo. Wir diskutieren über beide Themen gerne mit Ihnen im Ausschuss. Auf das, was in Teil 1 dargestellt ist, freuen wir uns. Da ist viel Gutes dabei, das nur noch konkretisiert werden muss. Teil 2, wie Sie mit Ihren Vollzeitäquivalenten umgehen wollen, die Sie abbauen wollen, ist für uns eine Bankrotterklärung. Von daher freuen wir uns in beiden Fällen auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Steffen, Sie haben das Wort.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Quast, Herr Voet van Vormizeele und ich haben vor zwei Wahlperioden zusammengesessen – seinerzeit mit wohlwollender Unterstützung des Staatsrats Gottschalk – und über die Frage der Entflechtung nachgedacht und da auch, glaube ich, einen guten Anfang gemacht. Es ist ein gutes Prinzip, dass Aufgaben möglichst nicht an mehreren Stellen gleichzeitig wahrgenommen werden. Aus dieser Erfahrung wissen wir auch, dass es ein sehr zähes Geschäft ist, weil die wichtigste Frage für alle Beteiligten immer ist: Was wird aus mir? Diese Frage beantwortet natürlich jede Ebene auf ihre Weise, und weil die mächtigste Ebene bei uns die Landesebene ist, ist es ausgesprochen schwer, ihr Kompetenzen zu entziehen. Vor diesem Hintergrund muss man das Thema immer betrachten.

Wenn man sich die Drucksache anschaut, fällt ein Bereich auf, in dem es den allermeisten Unmut aufgrund auseinanderfallender Zuständigkeiten gibt, also der Bearbeitung ein und derselben Angelegenheit von unterschiedlichen Dienststellen, und das sind aus dem Bereich Verkehr die unteren Straßenverkehrsbehörden. Das klingt sehr technisch, aber es geht schlicht und einfach darum, dass die Bezirke dafür zuständig sind, kleinere Straßen zu bauen, und die unteren Straßenverkehrsbehörden bei der Polizei dafür, die passenden Schilder aufzustellen. Und wenn diese beiden Stellen sich nicht einigen, dann geht gar nichts. Das ist leider eine weit verbreitete Erfahrung, die die Bürgerinnen und Bürger den von ihnen direkt gewählten Bezirksabgeordneten schildern. Diese nehmen sich des Problems an, finden auch Lösungen, die gut passen, und dann sagt die Polizei einfach nein. Das schafft viel Verdruss und es schafft natürlich auch überflüssige Doppelarbeit. Viele Kommunen in Deutschland machen das anders, nämlich aus einer Hand. Es gibt in der Sache kein Argument, an den bisherigen Strukturen festzuhal-

ten. Dass es nicht gut läuft, macht die Drucksache deutlich, wenn es in ihr heißt, künftig solle sichergestellt sein, dass auch ein Vertreter des Polizeikommissariats an den bezirklichen Sitzungen teilnimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt fällt aber auf, dass relativ viele Kompetenzen bewegt werden; das ist anzuerkennen. Natürlich fragt man sich, was die Dinge jetzt so in Bewegung gebracht hat. Das ist letztlich nur verständlich, wenn man diese Drucksache synoptisch mit dem aktuellen Haushalt und allem, was so an ihm dranhängt, liest. Dann stellt man fest, dass diese Entflechtungsdrucksache ein beschönigendes Mäntelchen für einen ziemlich nassforschenden Vorgang ist.

Mich erinnert das an einen ganz anderen Vorgang, nämlich an den Derivatehandel. Sie erinnern sich vielleicht: In der letzten Legislaturperiode hatten wir ziemlich viel mit dem Phänomen zu tun, dass eine amerikanische Großbank faule Kredite aufkaufte, diese in Pakete mit wohlklingenden Namen schnürte und sie beispielsweise der HSH Nordbank als interessante Geldanlage verkaufte. Das hatte den Effekt, dass die Probleme nicht dort auftraten, wo die Ursache lag, sondern ganz woanders, zum Beispiel als Risiko im Hamburger Haushalt. Als diese Pakete platzten, wurde das Risiko der Spekulationen den Hamburger Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern angelastet.

Das stellt sich hier ziemlich ähnlich dar. Die Blase soll nicht beim Senat platzen, sondern bei den Bezirksämtern. Der Senat entledigt sich nämlich im Rahmen der Entflechtung vieler Aufgaben, auf die die Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind und wo sie wirklich erzürnt sein werden, wenn diese nicht vernünftig erbracht werden. Viele dieser Dienstleistungen werden an die Bezirke übergeben, bei denen sich dann auch bitte schön der Ärger aufstauen und abladen soll, wenn diese Dienstleistungen nicht mehr so gut erbracht werden können. Das ist ein sehr intelligenter Vorgang, aber damit werden wir Sie nicht durchkommen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen immer wieder – gestern zeigte sich der Senatsvertreter im Haushaltsausschuss schon etwas enerviert –, dass die Bezirke als auch viele der Fachbehörden keine ausreichende Finanzierung der absehbaren Tarifsteigerungen bekommen. Hamburg gibt sich qua seines Haushalts der Illusion hin, dass man beim Abschluss für die Landesbediensteten deutlich unter den Tarifsteigerungen in Bund und Kommunen landen würde. Das ist nun wirklich eine unrealistische Hoffnung. Für den Fall, dass höher abgeschlossen wird, ist schon jetzt klar, dass die Bezirke die zusätzlichen Lasten aus ihren Einzelplänen stemmen müssen, was er-

(Dr. Till Steffen)

hebliche Einsparverpflichtungen über das schon konkret Feststehende hinaus mit sich bringen wird. Die Bezirke werden die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger massiv kürzen müssen. Es wird ihnen zwar eine größere Auswahl für Kürzungen an die Hand gegeben, aber der Senat hat dann offiziell nichts damit zu tun. So kann es meiner Meinung nach nicht gehen, und auch damit werden wir Sie nicht durchkommen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wir haben gestern im Haushaltsausschuss gelernt, dass die Bezirksamtsleiter ganz konkrete Bedarfe formuliert und gesagt haben, wo das Personal nicht ausreicht. Sie haben beispielsweise darauf hingewiesen, dass das Personal in der Straffälligenhilfe nicht ausreicht. Da kann man natürlich sparen, das hat dann aber zur Konsequenz, dass ehemals Straffällige schneller rückfällig werden. Das ist keine gute Idee, mit leeren Gefängniszellen umzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Die Bezirksamtsleiter haben ganz konkret gesagt, dass sie mehr Personal brauchen, um die Kita-Gutscheine zu bearbeiten. Der Senat hat deutlich gemacht, dass es dafür nicht mehr Geld geben wird. Das bedeutet längere Wartezeiten und große Unsicherheit für die Familien und die Einrichtungen.

Die Bezirksamtsleiter haben gesagt, dass sie mehr Personal für die Grundsicherung im Alter brauchen. Es geht dabei um die Alten – darüber wird gegenwärtig sehr breit diskutiert –, bei denen die Rente nicht zur Existenzsicherung reicht. Die sollen länger warten.

Die Bezirksamtsleiter haben gesagt, dass sie mehr Personal für Lebensmittelkontrollen brauchen. Der Senat hat gesagt: Das Geld für zusätzliches Personal werdet ihr nicht bekommen. Da können wir uns viel über schöne Dinge im Verbraucherschutz unterhalten, wenn die Lebensmittelkontrollen nicht durchgeführt werden, ist das alles nicht durchsetzbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dora Heyenn* und *Christiane Schneider, beide DIE LINKE*)

Wir haben gestern im Haushaltsausschuss zudem den zweiten Akt eines Dramas zwischen zwei Staatsräten erlebt, die sich gegenseitig die Schuld dafür zuschieben, dass sich keiner um die Grundsicherung von Straßen in bezirklicher Zuständigkeit kümmern kann. Keiner kann derzeit die berechtigten Wünsche der Bürgerinnen und Bürger umsetzen, wenn diese zum Beispiel monieren, dass an bestimmten Stellen eine Schulwegsicherung erforderlich ist. Wir haben das Geld im Haus-

halt, aber jetzt soll es gekürzt werden, da es eh nicht abgerufen wird, weil in den Bezirksämtern das Personal dafür nicht vorhanden ist, sagt der eine Staatsrat, weil die Fachbehörde nicht richtig steuert, sagt der andere. Das wird noch eine interessante Geschichte, die wir natürlich weiter im Auge behalten werden.

Klar ist aber: Dieser Versuch, die Probleme schlicht und einfach auf die Bezirksämter abzuwälzen und mit den Schwerpunktprojekten des Senats, die weiterhin in der zentralen Zuständigkeit bleiben, zu glänzen, wird nicht durchgehen. Ich begrüße es, dass die Bezirksamtsleiter sehr schön damit gekontert haben, ein gemeinsames Projekt mit der Finanzbehörde starten zu wollen, um gemeinsam zu entscheiden, wo gekürzt werden soll. Damit ist die Verantwortung dann auch wieder da, wo sie hingehört, nämlich beim Senat und der Mehrheitsfraktion in diesem Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Bläsing, Sie haben das Wort.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Senat verfolgt mit der vorgelegten Drucksache das Ziel, die mit der Verwaltungsreform 2006 begonnene Entflechtung fortzuführen. Die FDP-Fraktion begrüßt das. Wir erkennen ausdrücklich an, dass in der vorliegenden Drucksache viele geeignete Vorschläge enthalten sind, um unnötige Doppelarbeit zu vermeiden und personalaufwendige Detailkontrollen durch die Fachbehörden abzubauen.

Die vorliegende Drucksache schlägt unter dem Motto "ein Objekt, eine Zuständigkeit" beziehungsweise "ein Verfahren, eine Zuständigkeit" weitere Übertragungen von Zuständigkeiten an die Bezirke vor. Dies begrüßen wir unter der Voraussetzung, dass die notwendige zusätzliche Ressourcenausstattung erfolgt. Das muss in der Konsequenz bedeuten, dass Personalressourcen von den Fachbehörden auf die Bezirke übertragen werden. Dazu bleibt die Drucksache unseres Erachtens leider viel zu unkonkret.

Die bisherigen Beratungen des Haushaltsplan-Entwurfs haben gezeigt – wir hatten das erst gestern Abend wieder im Haushaltsausschuss –, dass die vorgesehenen Entflechtungen nicht berücksichtigt wurden, obwohl die Drucksache schon Ende März vom Senat beschlossen worden ist. Mich wundert an dieser Stelle ohnehin, dass die vorgelegte Berichtsdrucksache an die Bürgerschaft dann noch einmal mehrere Monate benötigt hat, ehe sie uns zuzuging, während die Bezirke mit den gesetzten Fristen zur Stellungnahme einem sehr hohen Zeitdruck ausgesetzt waren. Da entsteht der Eindruck, der Senat habe absichtlich im weiteren Verfahren

(Robert Bläsing)

– ich unterstelle das nicht, aber der Eindruck entsteht schon, Herr Finanzsenator – etwas herumgebummelt, ich hoffe, das ist parlamentarisch, um erst einmal die Haushaltseinbringung abwarten zu können. Das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

(Beifall bei der FDP – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel (unterbrechend): Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte hören Sie doch zu. – Herr Bläsing, fahren Sie fort.

Robert Bläsing FDP (fortfahrend): Weiterhin ist zu betonen, dass durch die Entflechtung eine Reduzierung des Arbeitsaufwands erreicht werden kann. Dieses grundsätzliche Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden. Stattdessen wird unter Punkt C der Drucksache noch einmal ein Aufguss der altbekannten Aussagen aus den letzten Monaten repetiert; keine Spur von Aufgabenkritik, obwohl die Bürgerschaft den Senat hierzu ausdrücklich aufgefordert hat. Konkretes dazu, wie die aus unserer Sicht nach wie vor nicht ambitioniert genug betriebene Personalkörperkonsolidierung erfolgen soll,

(Jan Quast SPD: Was ist das denn?)

hat man eher der Presse entnehmen können, obwohl es in diese Drucksache gehört hätte; da kann ich mich nur dem Kollegen aus der CDU-Fraktion anschließen.

Positiv anzumerken ist, dass die grundsätzliche Zuordnung der zur Aufgabenerfüllung notwendigen Ressourcen unmittelbar bei den Bezirksämtern erfolgen soll, da das eine größere Handlungsfreiheit für die Bezirksämter bedeutet. Es spricht auch vieles dafür, die Verfahrenshoheit und damit auch die Verantwortung für den Gesamtprozess hinsichtlich Stadtentwicklung und Bau in die Bezirke zu geben. Dazu möchte ich einige Punkte herausgreifen.

Die im Drucksachenentwurf beschriebene Rolle des Oberbaudirektors darf über die Befugnisse, wie sie im Vertrag für Hamburg vereinbart wurden, unseres Erachtens nicht hinausgehen. Die Formulierung unter Punkt 2.2, nach der beispielsweise alle großen Einzelhandelsvorhaben mit ihm abzustimmen sind, schränkt die Bezirksversammlung unzulässig ein. Die in Kapitel 2.3 beschriebene Rolle von städtischen und privaten Projektentwicklern für große Wohnungsbauvorhaben und Gewerbe- und Industriegebiete auf städtischen Flächen birgt die Gefahr in sich, das Gleichgewicht zwischen Eigentümerinteressen und bezirklicher Planungshoheit zulasten der Bezirke zu verschieben. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob die dem Wohnungsbaudirektor im Konfliktfall zugeordnete Rolle im Sinne des Vertrags für Hamburg noch gewährleistet ist, wenn die BSU zugleich für die Steuerung und den Erfolg des städtischen Projekt-

entwicklers verantwortlich ist. Damit ginge die vermittelnde Rolle des Wohnungsbaukoordinators, wie sie derzeit im Vertrag für Hamburg noch angelegt ist, zweifellos verloren. Er würde selbst zum Beteiligten, was dann eher dafür sprechen würde, die Steuerung der Projektentwicklung beim Grundeigentümer, der Finanzbehörde, anzusiedeln. Ein ehrlicher Maklerjob ist so nicht mehr möglich.

(Beifall bei der FDP – Jan Quast SPD: Ehrlicher Makler, was ist denn das?)

Die grundsätzlichen Überlegungen, ein strategisches, aktives Flächenmanagement zu betreiben, werden von uns ausdrücklich begrüßt. Insbesondere die Entwicklung eines Flächeninformationssystems, das die in unterschiedlichen Stellen vorhandenen flächenbezogenen Daten auf einer gemeinsamen Oberfläche für alle Nutzer verfügbar macht, ist nach unserer Erfahrung längst überfällig; man wundert sich manchmal, warum das Naheliegende nicht schon vor Jahrzehnten angegangen worden ist.

Dies gilt gleichermaßen auch für die Straffung der Entscheidungsabläufe bei Disposition und Vergabe der städtischen Gewerbeflächen. Die Ausführungen dazu werfen jedoch eine Reihe von Fragen auf, die für die Wahrung der bezirklichen Belange im künftigen Verfahren zwischen Bezirk und der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) von erheblicher Bedeutung sind und einer weiteren Klärung bedürfen. Das Zuständigkeitsmodell des ersten Ansprechpartners, der dann auch die Entscheidung über die Flächendisposition trifft, ist zumindest zu hinterfragen, denn dieses Modell läuft tendenziell darauf hinaus, der HWF jede Entscheidung über die Grundstücksvergabe allein zu überlassen. Im Zweifel werden Bezirksinteressen bei der Grundstücksvergabe aus der Sicht eines nachfragenden Unternehmens immer als zusätzlich und unbequem empfunden, und der Weg über die HWF wird sicherlich als der einfachere angesehen. Dabei ist die Nähe der HWF zu bezirklichen Belangen erfahrungsgemäß nicht so groß, dass diese sich durch das angestrebte Verfahren vertreten fühlen könnten. Mögliche Interessenkonflikte zwischen Bezirk und HWF werden nicht dadurch gelöst, dass sich beide Stellen im Einzelfall einvernehmlich auf eine abweichende Zuständigkeit verständigen. Ebenso lässt die Drucksache offen, was unter Gewerbeflächen von gesamtstädtischer und nicht gesamtstädtischer Bedeutung verstanden wird. Hier hätte es meiner Meinung nach einer Definition in der Drucksache selbst bedurft. Nun soll im Zweifel die Senatskommission entscheiden. Es ist daher zu befürchten, dass dies im Ergebnis zu einer nachrangigen Berücksichtigung bezirklicher Belange führen wird.

Im Bereich Verkehr bedarf es klarer und transparenter Abgrenzung der Zuständigkeiten. Diese scheint bei den vorgesehenen Verlagerungen der

(Robert Bläsing)

Zuständigkeiten für kleinere Maßnahmen im Bereich der Straßenunterhaltung und des Straßengrüns schwierig und bedarf einer detaillierten Klärung und Festlegung. Insbesondere im Bereich der Straßenunterhaltung ist zu klären, inwieweit die vorgesehene Verschiebung zu einer Mehrbelastung der bezirklichen Stellen und dort insbesondere der Wegewarte führen wird und wie diese gegebenenfalls ausgeglichen werden kann. Die Stärkung der öffentlichen Straßenverkehrsbehörden ist sicherlich ein anerkennenswerter Schritt in die richtige Richtung. Die FDP-Fraktion hält jedoch nach wie vor an ihrer Forderung der Verlagerung der unteren Straßenverkehrsbehörde in die Bezirke fest.

(Beifall bei der FDP)

Die Praxis der kommunalpolitischen Arbeit zeigt immer wieder, dass wichtige Anliegen von Bevölkerung und Kommunalpolitik an der mangelnden Anbindung der unteren Straßenverkehrsbehörde beim Bezirk scheitern; wir haben dankenswerterweise gestern noch einmal die Drucksache vertagt, damit wir das dann im Zusammenhang mit dieser Drucksache besprechen können.

Kurzum: Die vorgelegten Ausführungen sind in der Gesamtschau alles andere als überzeugend. Eine nachhaltige Entflechtung, verbunden mit einer substantiellen Aufgabenkritik, findet nicht oder nur unzureichend statt, während der Senat den angestrebten Personalabbau nur nebenscharf umreißt. Vor diesem Hintergrund haben wir noch viele offene Fragen, auf die wir noch einmal im Haushaltsausschuss zurückkommen werden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Aufgabenkritik: ja, höhere Effizienz des Verwaltungshandelns: ja, Abbau von Bürokratie: ja, Stärkung der Verantwortung der Bezirke: dreimal ja.

(Jan Quast SPD: Vier, jetzt sind wir bei vier!)

Viele Maßnahmen, die in der Drucksache aufgeführt sind, um diese Ziele zu erreichen, erscheinen uns sinnvoll, nicht alle. Über manche Maßnahmen kann man streiten, aber, Herr Bläsing, für fachliche Einzelheiten ist hier nicht der richtige Platz. Die Debatte sollte im Fachausschuss und im Haushaltsausschuss geführt werden.

Ich kann jedenfalls für die LINKE sagen, dass es sinnvoll ist, Aufgaben zu entflechten und doppelte Zuständigkeiten – also Zuständigkeiten sowohl des Bezirks als auch der Fachbehörde – zu beenden. Warum sollten Entscheidungen von bezirklicher Bedeutung, die die Bezirksämter und die Bezirksversammlungen umsetzen können, unter den Zu-

stimmungsvorbehalt von Fachbehörden fallen? Dafür gibt es keine guten Gründe.

Wir stimmen also zu, dass grundsätzlich die Bezirksämter für operative Aufgaben mit lokalem Bezug zuständig sind und dass sie solche Aufgaben selbstständig durchführen. Das stärkt die Bürgernähe und ist ein wichtiges demokratisches Prinzip. Allerdings schlägt dieses Prinzip in sein Gegenteil um, wenn die Bezirke neue Aufgaben erhalten, aber nicht das Personal, um diese Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade im Bereich Wirtschaft, Bauen und Umwelt sollen viele neue Zuständigkeiten auf die Bezirke verlagert werden. In der Drucksache, über die wir hier sprechen, nimmt dieser Bereich Pi mal Daumen 80 Prozent aller Aufgabenverlagerungen ein. Aber bekommen die Bezirke mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Aufgaben erledigen sollen? Nein, das bekommen sie nicht.

(Jan Quast SPD: Woher wissen Sie das?)

– Ich habe in den Haushaltsplan gesehen.

Im Bereich Wirtschaft, Bauen und Umwelt erhalten alle sieben Bezirke zusammengenommen gegenüber 2011 gerade einmal 8,5 Vollzeitäquivalente zusätzlich. Das entspricht einer Zunahme von einem halben Prozent. Wissen Sie eigentlich, wie es in den Bezirken heute schon zugeht? Als der Planungsausschuss in Altona am Mittwoch letzter Woche die soziale Erhaltungsverordnung für das Schanzenviertel beschlossen hat, ist etwas eigentlich Unerhörtes passiert. Der zuständige Baudezernent ist aufgestanden und hat erklärt, dass man das Vorhaben nicht durchführen könne, da der Personalbestand für den Vollzug dafür nicht ausreichend sei. Hier kollidiert die jetzt schon äußerst angespannte Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung mit elementaren Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern, die Schutz gegen sogenannte Luxusmodernisierung und Vertreibung brauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Senat hat außerdem entschieden, auf das Vorkaufsrecht an einer 45 000 Quadratmeter großen Fläche in der Neuen Mitte Altona zugunsten von ECE zu verzichten.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ich finde, das ist zu laut hier!)

Nicht nur das "Hamburger Abendblatt" mutmaßt heute, dass es der Stadt unter anderem an Personal fehle, die Neue Mitte Altona zu entwickeln. In der Sitzung des Altonaer Planungsausschusses am letzten Mittwoch, von der ich eben schon sprach, erklärte der Fachamtsleiter Stadt- und Landschaftsplanung, er könne einen Einleitungsbeschluss des Bezirks nicht bearbeiten, da sich bei

(Christiane Schneider)

ihm 40 Bauanträge stapelten und sein Amt mit den fünfeinhalb Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr hinterherkäme. Eine Mitarbeiterin auf einer dieser fünfeinhalb Stellen sei seit mindestens zwei Jahren nahezu ausschließlich mit dem Zukunftsplan Altona befasst. Hier zeigt sich, dass eine solche Politik des knappen Personals letztlich teuer kommt

(Beifall bei der LINKEN)

– Herr Dr. Steffen hat das wirklich schon sehr eindrücklich dargestellt –, teuer für die Stadt, die die Bodenwertsteigerung nicht selber realisieren wird, und teuer für die Bürgerinnen und Bürger, die auf bezahlbare Wohnungen angewiesen sind, die ein privater Investor nicht im benötigten Umfang bereitstellen wird und die wir in ECE-Stadt nicht finden werden.

Jetzt soll Altona zwar neue Aufgaben im Bereich Wirtschaft, Bauen und Umwelt erhalten, aber gegenüber 2011 gerade einmal zwei Vollzeitäquivalente zusätzlich, 0,6 Prozent mehr als bisher.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Fachliche Diskussion für den Ausschuss!*)

Da bahnt sich, das kann jeder und jede sehen, ein Desaster an.

In den anderen Bezirken ist es nicht anders. In Hamburg-Nord wirbt ein verzweifelter Fachamtsleiter Stadt- und Landschaftsplanung darum, mit ehrenamtlichen Kräften fehlendes Personal für städtebaulichen Denkmalschutz auszugleichen. Nichts gegen ehrenamtliche Arbeit, ganz im Gegenteil, aber sie kann nicht die Löcher stopfen, die eine verfehlte Personalpolitik und die Politik der Kürzungen reißen.

(Beifall bei der LINKEN)

So wird ehrenamtliches Engagement nicht gefördert, sondern untergraben.

In Hamburg-Nord, um dieses Beispiel zu vervollständigen, gibt es für das Projekt Langenhorner Markt,

(*Finn-Ole Ritter FDP: Da gehe ich immer einkaufen!*)

aktive Stadt- und Ortsteilzentren und den städtebaulichen Denkmalschutz genau eine halbe Stelle. Und auch Hamburg-Nord soll für die zusätzlichen Aufgaben im Bereich Wirtschaft, Bauen und Umwelt gerade einmal zwei Vollzeitäquivalente mehr erhalten, das ist eine Steigerung von 0,7 Prozent gegenüber 2011.

Es ist zu befürchten, dass die Fachbehörden im Zuge der Entflechtung jedoch weit mehr Aufgaben an die Bezirke übertragen, als es, um bei diesem Beispiel zu bleiben, diesen 8,5 Vollzeitäquivalenten für den Bereich Wirtschaft, Bauen und Wohnen entspricht. Tatsächlich geht es, das atmet die gan-

ze Drucksache aus, um das große Ziel des Senats, jährlich mindestens 250 Vollzeitäquivalente im öffentlichen Dienst zu streichen,

(*Finn-Ole Ritter FDP: Mindestens!*)

egal wie und koste es, was es wolle. Der Senat sieht, das befürchten wir, von den Kosten dieser Personalkürzungspolitik ab. Wir von der LINKEN wollen von den Kosten der beabsichtigten und eingeleiteten Stellenstreichungen jedoch nicht absehen. Wir wollen die Fakten schonungslos auf den Tisch bekommen und erwarten deshalb, dass in der Beratung dieser Drucksache im Fachausschuss und im Haushaltsausschuss beziehungsweise dem entsprechendem Unterausschuss Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksämter darlegen können, welche Auswirkung die Verlagerung zusätzlicher Aufgaben in die Bezirke für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Qualität der öffentlichen Leistungen hat, wenn sie ohne zureichende personelle Verstärkung stattfindet.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Jetzt hat Senator Dr. Tschentscher das Wort. – Aber, meine Damen und Herren, es ist zu laut. Es wäre schön, wenn Sie für Ihre Gespräche nach draußen gingen und hier ein bisschen mehr Ruhe herrschte; es ist anstrengend, der Debatte zu folgen. – Bitte, Sie haben das Wort.

Senator Dr. Peter Tschentscher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die positiven Kommentierungen der Drucksache. Zu den kritischen Hinweisen darf ich sagen, dass wir mit dieser Drucksache den derzeitigen Stand der Entflechtung darstellen. Wir wissen, dass wir das Rad nicht neu erfinden müssen – es gibt seit einigen Jahren gute Ansätze –, und wir sind noch nicht am Ende.

Es geht im Zusammenhang mit dieser Drucksache um drei Punkte. Erstens: Was sind die konkreten Maßnahmen und Wirkungen? Zweitens: Welche Folgen ergeben sich für den Haushaltsplan 2013/14 – das hat gestern im Haushaltsausschuss eine Rolle gespielt. Und drittens: Wie steht das im Zusammenhang mit der Personalreduzierung, die der Senat beabsichtigt?

Ich darf noch einmal den Grundsatz nennen. Wir möchten gerne, dass sich in unserer Stadt mit jeder Frage möglichst nur eine Stelle befasst, und zwar möglichst die, die am dichtesten an dem Problem dran ist.

(Beifall bei der SPD)

Das sind in den meisten Fällen die Bezirksämter, deren abschließende Entscheidungen dann möglich sind, wenn die grundsätzlichen Linien klar sind.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Die Vorgabe solcher Entscheidungsleitlinien, die sogenannte ministerielle Steuerung, sehen wir bei den Fachbehörden beziehungsweise dem Senat.

Herr Steffen, ich habe Ihren Vergleich mit den komplexen Kapitalmarktprodukten und der HSH Nordbank zwar nicht verstanden,

*(Finn-Ole Ritter FDP: Hat er selber nicht! –
Christiane Schneider DIE LINKE: Aber Sie haben doch die Parallelen!)*

– gut, wenn alle anderen das verstanden haben –, aber es geht doch eigentlich um den Punkt, wie das Thema bei den Bezirken ankommt; das war Ihre Frage. Und da hoffe ich zunächst einmal, dass sich die Bezirksamtsleiter in den letzten anderthalb Jahren nicht völlig allein gelassen fühlten mit den Problemen, die dieses Thema auslöst. Meine Wahrnehmung ist aber, dass die Probleme der Bezirksämter nicht darin bestehen, dass sie die Durchführungsaufgaben abarbeiten sollen. Probleme bereitet es, wenn ihnen bei dieser Arbeit ständig irgendeine Behörde noch einen Zustimmungsvorbehalt oder ein Mitspracherecht vor Augen führt, was die Abarbeitung anstrengend und aufwendig macht. Das ist ein Konfliktfeld, das wir versuchen zu bearbeiten.

Ich möchte einige konkrete Punkte nennen, Herr Heintze, die in der Drucksache durchaus enthalten sind. Im Bereich Baugenehmigung werden zahlreiche Zustimmungsvorbehalte des Oberbaudirektors und des Wohnungsbaukoordinators durch eine Informationspflicht ersetzt, die nicht zwangsläufig zu einer weiteren Abstimmung in der Sache führen wird. Die Bezirksämter übernehmen die selbstständige Verantwortung für Projekte der integrierten Stadtteilentwicklung, die Programmsteuerung erfolgt durch die BSU.

Auch wenn wir es gestern noch nicht weiter konkretisiert haben, die Entscheidung über Investitionen in die bezirklichen Sportstätten wird von der Behörde für Inneres und Sport auf die Bezirke übertragen, die das Sportstättenmanagement wiederum an einer Stelle, nämlich im Bezirk Hamburg-Mitte, zusammenführen. Die Zuständigkeiten für Hauptverkehrsstraßen und Ingenieurbauwerke werden der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und den Bezirken plausibler zugeordnet. Die örtliche Straßenverkehrsbehörde, also im Grunde das Polizeikommissariat vor Ort, soll in Zukunft – Herr Steffen, auch ein Punkt von Ihnen – in vielen Fällen ohne Zustimmungserfordernis einer zentralen Dienststelle der Innenbehörde entscheiden und dadurch auch besser die bezirklichen Belange vor Ort berücksichtigen können. Denn der Polizeibeamte, der vielleicht sogar im bezirklichen Ausschuss sitzt, kann das bisher in vielen Fällen gar nicht selber entscheiden, sondern muss mit der oberen Straßenverkehrsbehörde, also einer zentralen Dienststelle der Innenbehörde, Rücksprache halten.

(André Trepoll CDU: Jetzt wissen wir, wer schuld ist!)

Das muss oftmals nicht sein, deswegen wollen wir das anders regeln.

Einige der Entflechtungsthemen können und sollen sich auf die Zuordnung finanzieller Ressourcen, also auf den Haushaltsplan, auswirken. Dort, wo das noch nicht berücksichtigt ist, werden wir es in das dafür vorgesehene Haushaltsverfahren einbringen; so habe ich gestern auch Ihre Fragen im Haushaltsausschuss verstanden. Aber nicht jede Maßnahme der Drucksache muss zu einer Veränderung von Haushaltstiteln führen. Die Entscheidungen können sich auch so auf das Verwaltungshandeln auswirken, dass wir mit den vorhandenen Mitteln besser auskommen oder mehr abarbeiten können als ohne Entflechtung. Mit anderen Worten: Dadurch, dass sich mit den gleichen Sachverhalten weniger Dienststellen und weniger Mitarbeiter der Hamburger Verwaltung befassen, sparen wir finanzielle und personelle Ressourcen. Das ist auch die Grundannahme, die den Bezug zur beabsichtigten Reduzierung des Personalbestands herstellt, die auf unterschiedlichen Instrumenten beruht, aber eben auch – und das ist in dieser Drucksache beschrieben – auf der Entflechtung und Vermeidung von Aufwand und Doppelarbeit.

Über all diese Fragen und unterschiedlichen Themen werden wir weiter reden müssen. Es wird auch weitere Konkretisierungsschritte und konkretere Umsetzungen geben. Ich freue mich über das konstruktive Diskussionsklima, das ich jedenfalls aus dieser Debatte mitnehme. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Konstruktiv ist sicher immer gut, zumal wir überweisen und die Diskussion fortsetzen wollen. Vielleicht darf ich zur Vorbereitung auf die Diskussion, die wir im Haushaltsausschuss und auch im Verfassungsausschuss führen werden, noch einen Wunsch von unserer Seite an den Senat äußern.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind grundsätzlich überzeugt davon, dass es möglich ist, Verantwortlichkeiten zu verlagern, und dass es sinnvoll ist, Zuständigkeiten zu bündeln. Wir haben an einigen Stellen aber den Eindruck, dass es bei der Verlagerung der Verantwortlichkeit, wo sie eine Aufgabenverlagerung ist, keine ausreichende Ressourcenverlagerung gibt. Das wäre in dem Fall vielleicht verantwortungslos.

(Anja Hajduk)

Ich möchte Ihnen, Herr Dr. Tschentscher, zu der Fragestellung, ob wir so weit gehen müssen – um bei dem Modell meines Kollegen Dr. Steffen zu bleiben –, Probleme zu produzieren, die auf bezirklicher Ebene hochkochen, im Grunde aber eine Gesamtentscheidung auf haushalterischer Ebene des Senats sind, eine Sache mitgeben. Bei dieser Operation der Verlagerung von Aufgaben auf die Bezirke oder der Bündelung von Zuständigkeiten muss man als Maßstab anlegen, ob die Qualität für Bürgerinnen und Bürger wirklich gesichert ist. Auf die beispielhafte Frage meines Kollegen Dr. Steffen hinsichtlich der allgemeinen Zielsetzung, Straßen- und Wegeinstandsetzungen abzuarbeiten, sind die komplett gegensätzlichen Aussagen des für die Bezirke zuständigen Staatsrates und des für die Verkehrspolitik zuständigen Staatsrates ein gewichtiger Hinweis, dass die Sicherstellung der Qualität der Aufgabenabarbeitung nicht gewährleistet ist. Wir müssen vielmehr um die Art von Entflechtung streiten, denn ohne Ressourcenausstattung ist es keine Entflechtung, sondern eine Verschiebung ohne Preisschild, und das kann nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Hajduk. – Das Wort hat Herr Quast.

Jan Quast SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es sehr vernünftig, dass wir klar und offen darüber diskutieren, dass Aufgabenverlagerung auf die Bezirke mit einer entsprechenden Ressourcenausstattung einhergehen muss, gerade, wenn Mehraufwand entsteht. Das werden wir diskutieren müssen, und wir haben gestern vereinbart und besprochen, dass wir Aussagen dazu bekommen, um das nachvollziehen zu können. Was ich allerdings nicht durchgehen lassen kann, ist, dass gerade von der CDU und den GRÜNEN das Thema so hoch gehängt wird. Wir haben doch in den Bezirken deswegen die Probleme, weil in der vorigen Legislaturperiode Frigge und Freytag Sparprogramme durchgezogen haben, und zwar ohne die Frage zu stellen, welche Aufgaben entfallen, welche Aufgaben verlagert werden oder wo Doppelarbeit abgebaut wird. Sie haben einfach Sparprogramme aufgelegt, worunter die Bezirke heute noch leiden und von denen wir sie zum Teil entlastet haben. Das sollten Sie sich noch einmal deutlich überlegen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Quast. Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5024 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 45, Drucksache 20/5136, Antrag der CDU-Fraktion: Hamburg – Metropole der Chancen, IT-Gipfel und Campus Party Europe nach Hamburg holen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Hamburg – Metropole der Chancen
IT-Gipfel und Campus Party Europe nach Hamburg holen
– Drs 20/5136 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer wünscht hierzu das Wort? – Frau Prien wünscht es und hat es.

Karin Prien CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, zwischen allen Fraktionen besteht Einigkeit, dass die Internet- und Kommunikationswirtschaft eine zunehmende, wichtige Bedeutung für unsere Stadt, für unser Land hat. Nicht umsonst haben wir alle gemeinsam gerade den 15. Geburtstag von Hamburg@work gefeiert, und diesen Erfolg können wir uns alle an's Revers heften, denn wir waren, zwar mit unterschiedlichen Verursachungsbeiträgen, daran beteiligt. Hamburg@work ist ein Best-Practice-Beispiel für eine erfolgreiche Clusterpolitik, für die Hamburg in der gesamten Republik zu Recht Anerkennung erhält.

(Beifall bei der CDU)

So weit, so gut, aber wie wir spätestens seit Voltaire wissen, ist das Bessere der Feind des Guten. Insofern gibt es genügend Gründe, einmal genauer hinzuschauen und zu überlegen, ob wir uns auf dem Erreichten wirklich ausruhen dürfen. Um es vorwegzunehmen: Wir dürfen uns nicht ausruhen. Nicht nur bei verschiedenen Rankings, so zum Beispiel dem des Fraunhofer-Instituts zur Top-Positionierung von IT-Standorten in Deutschland, fällt Hamburg stark ab, es gibt auch noch andere alarmierende Zeichen. Zum Beispiel findet demnächst zum siebten Mal in der Republik der nationale IT-Gipfel statt. Es sind dafür solche Städte wie Darmstadt, München und Stuttgart gefragt, in diesem Jahr ist es Essen, aber Hamburg ist leider wieder nicht dabei. Es gibt noch andere Zeichen. Zum Beispiel hat ein Private-Equity-Kapitalgeber wie Earlybird, der in Hamburg lange Jahre seinen Sitz hatte, in diesem Jahr beschlossen, nach Berlin zu gehen, weil Berlin – ich darf Herrn Hinrichsen einmal zitieren – eben sexy ist und Hamburg nicht.

(Karin Prien)

(Zurufe aus dem Plenum: Oh, nee!)

– Ich habe nur zitiert.

Aber Spaß beiseite. Sie wissen und haben es unserem Antrag entnommen, dass vor einigen Wochen in Berlin die Campus Party Europe stattgefunden hat. Rund 10 000 IT-Fachkräfte und Unternehmer sind dazu nach Berlin gekommen; es gab ein Riesenaufgebot an wirtschaftlicher und politischer Prominenz. Die EU-Kommissarin Frau Kroes sagte, es gäbe in Europa zwei bedeutende IT-Standorte, der eine sei Cambridge, der andere Berlin; Hamburg ist es eben leider nicht mehr. Meine Damen und Herren! Das sind Warnsignale, die wir alle zur Kenntnis nehmen müssen, und es gilt, wie in vielen Bereichen – das ist jetzt an den Senat gerichtet –, dass verwalten leider nicht reicht, Gestalten ist gefragt.

(Beifall bei der CDU)

Anders ausgedrückt: Auch hier ist Stillstand Rückschritt und es ist Zeit, dass der Senat diesen ernsthaften Wettbewerb mit anderen Metropolregionen und Städten in Deutschland und in Europa tatsächlich aufnimmt. Wenn man einmal nüchtern in die Analyse geht, dann muss man leider feststellen, dass es in Hamburg an einem proaktiven Standortmarketing für die IT-Branche fehlt. Wir müssen auch feststellen – das hat unsere Schriftliche Kleine Anfrage in der vergangenen Woche ergeben –, dass es keine branchenspezifischen Förderprogramme gibt. Es gibt keine Initiativen,

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

um vergünstigten Gewerberaum für Start-up-Unternehmen in diesem Bereich zu fördern. Das wäre dringend notwendig, denn sonst kommen die Leute nicht nach Hamburg, sie gehen dann eben nach Berlin oder woanders hin.

Wir müssen uns deutlich fragen, was wir tun können, um für kreative Milieus attraktiv zu bleiben oder um zukünftig attraktiver zu werden. Was können wir tun, um Fachkräfte, die in diesem Bereich absolut international unterwegs sind, für Hamburg zu gewinnen und in Hamburg zu halten? Es wird nicht reichen, immer nur auf Hamburg@work zu verweisen und darauf, dass es doch so eine tolle Clusterinitiative ist, die im nächsten Haushalt wieder Geld bekommt. Sie meinen, damit wäre die Schuldigkeit getan. Nein, meine Damen und Herren, es ist mehr gefragt, mehr Fantasie, mehr Initiative.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Wenn man dann wiederum in die Schriftliche Kleine Anfrage und die Antwort des Senats schaut, dann fasst man es nicht. Es gibt nicht einmal vernünftiges Zahlenmaterial, um zu evaluieren, welche Bedeutung das Internet und die IT-Wirtschaft

für Hamburg haben. Hier gibt es Handlungsbedarf, Sie müssen etwas tun, Herr Senator, so kann das nicht weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Was machen denn die Berliner, auch die neue parteilose Wirtschaftssenatorin?

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Die ist doch gerade zurückgetreten, oder?)

Ist dieser Bereich bei der Senatskanzlei tatsächlich richtig aufgehängt oder gehört er doch eher in den Wirtschaftsbereich? In Berlin gibt es das "Projekt Zukunft", eine große Initiative zur Begleitung der Strukturveränderung hin zu den Notwendigkeiten einer modernen Wissensgesellschaft. Alle Player in dem Bereich sind daran beteiligt. Das ist ein sehr überzeugendes Konzept aus meiner Sicht. In den vergangenen Wochen haben wir nicht nur die große Veranstaltung in Berlin erlebt, es gibt auch ein neues internationales Marketingkonzept des Berliner Senats. Die sind wirklich dran an der Sache, die machen was, und das wünsche ich mir für Hamburg auch.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen seit der Regierungserklärung, dass sich der Senat mit Leuchttürmen schwertut, er macht alles nur mit ordentlichem Regieren. Das ist auch sehr schön, aber ohne große Veranstaltungen, die Leuchtturmcharakter haben, werden Sie die Faszination der internationalen IT-Wirtschaft und vor allem auch der Fachkräfte und Menschen, die in diesem Bereich so wesentlich sind, nicht wecken können – deshalb unser heutiger Antrag, als Teil einer umfassenderen IT-Strategie für Hamburg. Kümmern Sie sich darum, dass tatsächlich der nächste nationale IT-Gipfel nach Hamburg kommt. Kümmern Sie sich darum, dass solche Veranstaltungen wie die Campus Party Europe das nächste Mal in Hamburg stattfinden, und machen Sie sich Gedanken darüber, wie durch neue Veranstaltungsformate viele dieser Menschen, die wir so dringend brauchen, von Hamburg angezogen werden. Wenn ich das Zitat von Herrn Hinrichsen noch einmal bemühen darf: Berlin mag sexy sein, aber sorgen Sie dafür, dass Hamburg unwiderstehlich wird. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Prien. – Das Wort hat Herr Schmidt.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Hamburg unwiderstehlich machen, Herr Schmidt!)

Hansjörg Schmidt SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden an einem Tag über Events, an dem die ganze Welt auf ein neues Telefon schaut. Vielleicht sollten wir uns um solche Veranstaltungen bemühen. Einmal im

(Hansjörg Schmidt)

Ernst, es ist absolut zu begrüßen, dass die Hamburger Politik der IT-Wirtschaft einen großen Stellenwert zurechnet. Das merkt man auch daran, dass wir das Thema in dieser Legislaturperiode so häufig diskutieren wie bisher noch nicht – zumindest aus meiner Erfahrung, der ich die Bürgerschaft in den vergangenen Legislaturperioden von außen verfolgt habe. Das begrüßen wir, und daran sollten wir auch weiter arbeiten, denn dieses Thema ist für die Zukunft unserer Stadt natürlich extrem wichtig. Gut wäre es aber auch, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie den Standort nicht ständig schlechreden würden.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne nur einmal als Beispiel die Studie des Fraunhofer-Instituts, weil Sie die so häufig angeführt haben, ich glaube, jetzt zum dritten Mal. Deshalb Hamburg bei diesem einzelnen Ranking auf einem Mittelfeldplatz liegt, begründet die Studie damit, dass die IT- und Software-Branche in Hamburg sehr stark mit anderen wissensintensiven Branchen konkurriert. Deshalb ist die Beschäftigungsquote – um die geht es in dieser Studie – naturgemäß hier etwas geringer. Hören Sie also endlich auf, mit diesem Thema ständig den Teufel an die Wand zu malen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu Ihrem konkreten Anliegen. Für den nationalen IT-Gipfel, auf den Sie anspielen, kann man sich nicht bewerben. Die Entscheidung über den Austragungsort obliegt allein der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsministerium.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP – Dr. Andreas Dressel SPD*: Herr Rösler!)

Herr Ritter, wenn dann bei Herrn Rösler oder bei Frau Merkel Orte wie Darmstadt oder Essen eine höhere Priorität genießen als unsere wunderschöne Freie und Hansestadt Hamburg, dann kann man das Darmstadt und Essen sicherlich gönnen, aber dann sagt das im Zweifelsfalle auch etwas aus über die Prioritäten der Bundesregierung. Wie Sie in der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage von Herrn Wankum lesen konnten, hat der Senat bereits im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Handelskammer sein Interesse bekundet und hat es auch für das kommende Jahr bekräftigt. Also, CDU, zuhören bitte: Wenn Ihnen der IT-Gipfel wichtig ist, dann sollten Sie nicht Ross und Reiter vertauschen, sondern bei Ihrer Bundeskanzlerin vorstellig werden. Der Senat ist der CDU bei diesem Thema in jedem Fall schon einen Schritt voraus.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung zur Nachhaltigkeit dieses IT-Gipfels und ähnlicher Veranstaltungen. Wenn die CDU und auch die FDP auf solchen Veranstaltungen einmal zuhören würden,

(*Finn-Ole Ritter FDP*: He!)

dann würden sie nicht, wie zum Beispiel zuletzt, auf die Idee kommen, durch die Änderung des Jahressteuergesetzes den Start-ups in unserem Lande das Leben ständig schwerer zu machen. Nach diversen IT-Gipfeln und Spitzengesprächen scheint hier auf jeden Fall das Verständnis für die Branche immer noch nicht ausreichend ausgeprägt zu sein.

Nun zur Campus Party Europe. Das ist ein internationaler Wanderzirkus, der bisher hauptsächlich in Spanien, Brasilien und Mexiko stattfand und nun zum ersten Mal in Deutschland Halt gemacht hat, in Berlin, und der sicherlich auf absehbare Zeit erst einmal nicht wieder nach Deutschland kommen wird. Gesponsert wird diese Veranstaltung von einem großen spanischen Telefonkonzern, und aus Berlin hörte man häufig die Kritik, dass dort ein spanisches Ufo gelandet sei und es wenig Interaktion mit der lokalen Szene gegeben habe. Das ist aber für die Nachhaltigkeit von solchen Veranstaltungen sehr wichtig. Ich zitiere einmal den "Spiegel", wenn ich darf:

"Eine Party, auf der irgendwas 'gehackt' werden soll, sieht anders aus."

Von Teilnehmern hat man gehört, dass die Veranstaltung auf dem Flughafen Tempelhof eher langweilig, lieblos und frei von Leidenschaft war. Das ist auch der Unterschied zu einer Veranstaltung, die wir in Zukunft wieder in Hamburg haben werden, nämlich der "Chaos Communication Congress". Dieser wird als nichtkommerzieller Kongress vom Chaos Computer Club organisiert und spielt in einer Liga mit der DEFCON in Las Vegas. Als Plattform für Hacker, aber auch für Wissenschaftler, Künstler und Utopisten gilt der CCC heute als die europäische Hackerkonferenz. In Zeiten, in denen die Netzpolitik weitgehend als Gesellschaftspolitik akzeptiert ist, kommt dem CCC deshalb zweifelsohne eine tragende Rolle als Bühne für Vordenker und Wegbereiter gesamtgesellschaftlicher Entwicklung zu. Deshalb sind wir stolz und begrüßen es außerordentlich, dass der "Chaos Communication Congress" zu seinen Wurzeln zurückkehrt und in Zukunft wieder in Hamburg stattfindet.

(Beifall bei der SPD und bei *Katharina Wolff CDU*)

Der Senat hat in letzter Zeit gute Veranstaltungen angeschoben, unterstützt und ausgebaut. Zum Beispiel genießt der Webfuture Award mittlerweile einen sehr guten Ruf, und auch die Social Media Week, die dieses Jahr erstmalig in Hamburg stattfand, ist sehr gut angekommen. Wenn weitere Veranstaltungen entwickelt werden, dann sollte das aus der Branche passieren, denn nur so kann ein nachhaltiger Effekt für unsere Stadt entstehen. Traurig, liebe CDU, ist der Verlust der NEXT. Die-

(Hansjörg Schmidt)

se Veranstaltung ist in Hamburg gestartet, findet aber mittlerweile in Berlin statt; die hat aber der Vorgängersenaat nach Berlin ziehen lassen. Veranstaltungen wie der CCC sind es, die wir uns für Hamburg wünschen, mit der lokalen Szene vernetzte und nicht einmalige PR-Events. Wir brauchen keine IT-Bambies. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Schmidt. – Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir als GRÜNE freuen uns auch, dass die Debatten um Medien und IT in diesem Haus wieder zugenommen haben. Ich glaube, das passt zu dieser Stadt, wir sind eben nicht mehr nur Hafen oder Flugzeugbau oder Handwerk, sondern wir sind eben auch Medien und IT und Software und Games und so weiter und so fort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hafen! Hafen!)

Deshalb glaube ich, dass es richtig ist, an dieser Stelle um den richtigen Weg zu ringen, diese Branchen einerseits hier zu halten und zu stabilisieren und andererseits neue nach Hamburg zu ziehen. Wir haben in der Senatsantwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage erfahren, dass wir inzwischen 25 000 Mitarbeiter haben, die im engeren Kreis in der IT-Branche arbeiten; dazu kommen 48 000 Mitarbeiter in der Medienwirtschaft. Wenn man die freien Mitarbeiter dazurechnet, kommen wir ungefähr auf 100 000 Mitarbeiter insgesamt. Ich denke, diese durchaus gewichtige Zahl deutet darauf, dass wir uns in der Bürgerschaft damit beschäftigen sollten, was in diesem Bereich geschieht.

Der Antrag der CDU tut das in einem Teilbereich und möchte darauf hinweisen – so habe ich es verstanden –, dass Zurückhaltung möglicherweise eine hanseatische Tugend sei und man nicht so sehr darauf hinweisen soll, was wir haben. Ich persönlich habe beim Hamburger Mediendialog, der im Mai dieses Jahres stattgefunden hat, ein bisschen das Gefühl gehabt, dass wir in unserem eigenen Interesse nicht allzu selbstzufrieden sein sollten. Wir müssen uns nicht verstecken, Hamburg ist anerkannter Medienstandort, darüber muss man nicht wirklich streiten, aber ich finde nicht, dass man sagen kann, wir stehen nicht im Wettbewerb.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das ist mein Satz! Jetzt muss ich den Satz streichen!)

Natürlich stehen wir im Wettbewerb, auch mit Berlin und mit anderen Regionen. Wenn man sich ausruht, wird man schlechter. Wettbewerb erzeugt Reibung, erzeugt Nachdenken. Die Welt, gerade im Medien- und IT-Bereich, ist im massiven Wandel. Das hat auch Hamburg@work an seinem 15. Geburtstag durchaus registriert, die fangen auch an, ihre Arbeitsstrukturen zu verändern. Das

ist ein gutes Zeichen, denn nur wer sich verändert, kann auch mit der veränderten Welt mithalten und überhaupt Service anbieten. Ob nun diese Veranstaltungen, die die CDU vorschlägt, die Lösung sind, darüber kann man streiten. Die SPD wird das wohl ablehnen, soweit ich es aus Ihrem Debattenbeitrag herausgehört habe. Was die Bewerbung für den IT-Gipfel betrifft, können wir den Senat nur bitten, in Berlin entsprechend dafür einzutreten, dass Hamburg den Zuschlag bekommt. Es kann sicher auch nicht schaden, wenn die tragenden Parteien, die die Bundesregierung stellen, ebenfalls vorstellig werden. Vielleicht gibt es dort noch andere Drähte als bei der Sozialdemokratie.

In Bezug auf die Campus Party Europe bin ich ein bisschen hin- und hergerissen und würde sagen, vielleicht muss man denen nicht hinterherlaufen. Aber das ist natürlich eine neue Geschichte, und wenn es von deren Seite ein Interesse an Hamburg geben sollte, dann sollten wir uns auch nicht kühl umdrehen nach dem Motto, wir sind froh mit dem CCC; das wäre auch nicht die richtige Antwort. Ich würde beim Thema Campus Party Europe zu mehr Gelassenheit raten, ich glaube, dass entspricht auch ein bisschen deren Lebensgefühl.

Wir als GRÜNE werden uns deswegen bei den ersten vier Punkten enthalten, dem Punkt 5 aber zustimmen, weil wir schon der Meinung sind, dass es eine schlaue Idee ist, darüber nachzudenken, wie sich Hamburg mit einer Veranstaltung in diesem Bereich zukünftig im Wettbewerb positionieren kann. Die SPD sagt, die Initiative dazu müsse aus der Branche kommen. Ich glaube, darauf zu warten, dass immer alles nur von denen kommt, ist nicht richtig. Eine Hamburger Regierung ist gut beraten, es mit der Branche zusammen zu machen. Man kann gemeinsam versuchen, herauszufinden, wo sich Hamburg in dem einen oder anderen Bereich einen Namen machen könnte, was noch fehlt. Ich glaube, da kämen auch schnell Antworten und es gäbe auch sehr viel Input aus den verschiedenen Unternehmensbereichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also nicht in der Einstellung verharren, wir sind toll und die Welt um uns herum dreht sich nicht, natürlich dreht sie sich. Sie haben das neue iPhone 5 angesprochen, es werden noch ganz andere Dinge passieren. Wir sind gut beraten, das im Blick zu haben, auch bei den Start-ups. Ich würde mich nicht zurücklehnen, Herr Schmidt, es gibt zurzeit sehr viele Hinweise darauf, dass Kapitalgeber ihre Start-ups, auch wenn sie aus Hamburg kommen, nach Berlin schicken. Das ist beunruhigend und dieser Sache sollten wir auf den Grund gehen. Was sind die Ursachen? Sind es die Rahmenbedingungen, sind es die Kapitalgeber, die junge Hochschulabsolventen und Experten drängen, sich in Berlin selbstständig zu machen? Das ist eine Situation, die wir GRÜNE zumindest mit Sorge beob-

(Farid Müller)

achten. Allein schon deswegen ist es schlau, über eine Veranstaltung nachzudenken und mit ihr Profil zu zeigen. Wenn wir dann noch Lösungen für das angedeutete Problem haben, dass inzwischen mehr Gründer nach Berlin und anderswohin gehen, dann könnte sich Hamburg froh etwas mehr zurücklehnen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Karin Prien CDU*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Müller. – Das Wort hat Herr Ritter.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schmidt, Sie wird es überraschen, auch wir Liberale sind für Wettbewerb.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Echt?)

Ich habe Herrn Schmidt genau zugehört.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Immerhin einer!)

Zuviel Sachlichkeit scheint auch Ihren Beiträgen zu fehlen. Aber ich wollte sagen, was absolut nicht geht, nämlich dass Sie, wenn wir über eine Aufforderung an den Hamburger Senat sprechen, immer mit dem Finger nach Berlin zeigen. Sie können ruhig so argumentieren, aber als Hauptargument ist es einfach zu billig zu sagen, der Wirtschaftsminister oder die Kanzlerin müssten etwas machen. In der Drucksache steht eindeutig, der Senat wird aufgefordert. Berlin kann eine Ergänzung sein. Ich glaube, so kann man das auch verstehen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dennis Gladia-tor* und *Dr. Walter Scheuerl*, beide CDU)

Aber kommen wir zu Hamburg. Sie haben es schon erwähnt, Herr Schmidt, dass es viele namhafte große Unternehmen aus der Branche in Hamburg gibt, auch viele kleine und mittelständische Unternehmen der IT-Branche sind hier zu Hause. Große Suchmaschinenbetreiber, soziale Netzwerke oder auch führende Chip-Hersteller sind nur die Spitze des Eisbergs. Hinzu kommen einige bedeutende Computerspieleentwickler und App-Programmierer, Publisher, Datenretter, Berater und unzählige sonstige Dienstleister und Händler. Die CDU hat aber recht, wenn sie darauf hinweist, dass Hamburg sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen und den Anschluss an die Entwicklung anderer IT-Standorte verpassen darf. Ich habe durchaus vermisst, Herr Schmidt, dass Sie sich dazu eindeutig äußern. Sie können doch nicht sagen, in Berlin würde alles gegen eine Entwicklung in Hamburg getan und der Bundeswirtschaftsminister schaue auf andere Regionen. Dann müssen Sie doch gerade aktiv werden und Ihren Senat darauf hinweisen. Ich möchte einmal einen Genossen von Ihnen zitieren, nämlich Philip Rosenthal, der gesagt hat:

"Wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein."

Dieses Motto würde ich auch Ihnen gern auf die Fahnen schreiben, Herr Schmidt.

Es ist standortpolitisch wünschenswert, neue Ideen nach Hamburg zu holen und sich in der Branche untereinander besser zu vernetzen. Deshalb halten wir von der FDP-Fraktion es für grundsätzlich anstrebenswert, den IT-Gipfel und gegebenenfalls auch die Campus Party Europe nach Hamburg zu holen. Herr Rosenthal hat übrigens auch gesagt – Herr Schmidt, ein Genosse –:

(*Gerhard Lein SPD:* Von uns, nicht von Ihnen!)

"Wer zu spät an die Kosten denkt, ruiniert sein Unternehmen."

Jetzt passen Sie auf.

"Wer immer zu früh an die Kosten denkt, tötet die Kreativität."

Kreativität und neue Ideen rund um die IT-Branche wollen wir nach Hamburg holen. Aber nicht nur Unternehmen, sondern auch Staaten und Haushalte kann man ruinieren. Darum sollten wir uns im Ausschuss noch einmal ausführlich über die Kosten und die Finanzierung derartiger Projekte unterhalten. Dazu finden wir nämlich leider keine Angaben in Ihrem Antrag. Wir als FDP würden uns über eine Überweisung an den Haushalts- und Verfassungsausschuss freuen,

(*Dirk Kienschner SPD:* Aber das lehnen wir doch ab!)

aber in der Sache stimmen wir aufgrund der Wichtigkeit des Themas für Hamburg dem Antrag zu.

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ritter. – Frau Artus, Sie begehren das Wort? Sie haben es.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Einen Antrag mit einem Rösler-Zitat zu beginnen, ist wagemutig.

(Beifall bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Er ist einer der unbeliebtesten Politiker, er ist selbst in den eigenen Reihen höchst umstritten, wie ich jüngst wieder lesen konnte. Frau Prien, nun haben Sie lediglich auf der Website des IT-Gipfels, den Sie gern nach Hamburg holen möchten, das Zitat von Herrn Rösler abgeschrieben; das kann man machen. Ich habe auch ein Zitat von Herrn Rösler gefunden in seiner Rede, die er auf dem BITKOM Sommerfest gehalten hat. Es lautet:

"Die Bundesregierung steht den modernen Technologien sehr aufgeschlossen gegenüber."

(Kersten Artus)

Klingt auch schön, nicht wahr? Klingt auch genauso beliebig.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Einen Antrag mit einem Rösler-Zitat zu beginnen und dann ausgerechnet mit diesem, ist nicht sehr überzeugend.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Riesen Wertschätzung!)

Schauen wir uns einmal die Branche an, über die wir reden, dann stellen wir fest, dass die Informations- und Kommunikationstechnologiebranche, kurz IKT, eine Wachstumsbranche ist. Bereits 858 000 Beschäftigte hat sie im Jahr 2011 gehabt, die Prognose ist steigend. Der Umsatz soll im Jahr 2012 um 3,1 Prozent auf 72,4 Milliarden Euro ansteigen.

(Zuruf von *Finn-Ole Ritter FDP*)

– Herr Ritter, Sie plädieren immer sehr für Sachlichkeit, vielleicht hören Sie mir an der Stelle zu, dann können auch Sie noch etwas dazulernen.

Als wichtigste Herausforderung gilt derzeit die Netzpolitik, insbesondere die Neuordnung des Datenschutzes. Weitere Stichworte, die diese Branche kennzeichnen und die deutlich machen, welcher Dynamik diese Branche unterliegt, sind Cloud-Computing, also das virtuelle Arbeiten und die Speicherung von Daten, oder die Tablet-PCs, die sich auch hier in der Bürgerschaft wachsender Beliebtheit erfreuen, oder auch die Flachbildfernseher,

(*Jan Quast SPD*: Ist das jetzt eine Werbesendung?)

deren Hersteller sich einen harten Preiskampf liefern und aufgrund dessen der Umsatz trotz Absatzsteigerung sinkt. Große Dynamik hat die Branche aber auch im Outsourcing-Markt. Wer in einem größeren Betrieb arbeitet, kennt das. Die IT wird immer öfter nicht mehr von den Firmen selbst betrieben, sondern fremdvergeben, und das mit allen Folgen für die Beschäftigten: Tariffucht, schlechtere Gehälter, zerteilte Interessenvertretungen. Trotz der hohen Risiken, auch für die abgebenden Betriebe, zu denen insbesondere der Verlust von Fachwissen gehört, gilt der Outsourcing-Prozess der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche als noch nicht abgeschlossen. Geennzeichnet ist die Branche aber auch von Arbeitsplatzvernichtung. Hewlett-Packard hat angekündigt, weltweit 27 000 Arbeitsplätze zu vernichten. Etwa 1000 Beschäftigte in Deutschland können laut IG Metall davon betroffen sein.

Die IG Metall beschreibt außerdem recht anschaulich die unmenschlichen Seiten der IKT-Branche: Stress und mangelnde Anerkennung, schuffen ohne abschalten zu können, immer nur Druck in der

Arbeit. Die Anforderungen an Beschäftigte in der Branche laufen immer mehr aus dem Ruder, stellt die IG Metall fest. Nach einer Untersuchung des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen glauben nur 37 Prozent der IT-Spezialistinnen und -Spezialisten, ihre Tätigkeit auf Dauer durchhalten zu können.

Aufmerksam habe ich zudem die Ergebnisse einer Umfrage unter 700 IKT-Unternehmen im Auftrag des Branchenverbands BITKOM zur Kenntnis genommen. Bis zum Jahr 2020 will die Branche den Frauenanteil in Führungspositionen versechsfachen, im mittleren Management verdreifachen und bei den IT-Fachkräften um 68 Prozent steigern.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Das sind derzeit aber leider, Herr Ritter, nur Lippenbekenntnisse, denn eine Quote wird, wie auch bei Ihnen, weiterhin abgelehnt. Aber wir finden sehr aktive Frauen in den Betriebsräten, die das Thema vorantreiben, wie zum Beispiel bei Hewlett-Packard oder bei Infineon.

Wenn ich mir nun das Programm des diesjährigen IT-Gipfels ansehe, finde ich diese Themen – Outsourcing, Arbeitsplatzabbau oder auch Frauenförderung – allesamt nicht wieder. Und da frage ich mich schon, was für eine Art IT-Gipfel die CDU nach Hamburg holen will. Schöner Schein, schöne Symbolik, schöne Worte, doch von der Substanz und der wahren Problematik, die die IKT-Branche kennzeichnen, ist diese Veranstaltung offensichtlich meilenweit entfernt.

(Beifall bei der LINKEN)

Soll sich Hamburg damit schmücken? Will sich Hamburg wirklich um eine derartige Veranstaltung bewerben?

(*Roland Heintze CDU*: Ja!)

Ich weiß nicht, für wen oder was und mit welchem Ziel hier Werbung gemacht werden soll. Was verstehen Sie eigentlich unter Wirtschaften, verehrte CDU? Umsatz, Gewinne, Bilanzen? Wagen Sie nicht einmal den Blick in die Betriebe hinein und auf den wichtigsten Bestandteil erfolgreichen Wirtschaftens, die Beschäftigten?

Mir ist der Antrag schlichtweg zu dünn. Und ich sehe überhaupt nicht ein, warum ich meine Fraktion davon überzeugen soll, sich für den IT-Gipfel in Hamburg einzusetzen.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Vielleicht schreiben Sie den Antrag noch einmal neu und reichen ihn dann wieder ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Artus. – Mir liegen jetzt keine weiteren

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5136 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die Fraktion der GRÜNEN hat eine ziffernweise Abstimmung beantragt. Wer möchte die Ziffern 1 bis 4 des CDU-Antrags aus der Drucksache 20/5136 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer stimmt der Ziffer 5 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 49 auf, Drucksache 20/5140, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Anonymisierte Bewerbungen auch in Hamburg.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Anonymisierte Bewerbungen auch in Hamburg!
– Drs 20/5140 –]**

– Herr Abgeordneter Ritter, wenn Sie Unterhaltungen führen wollen, dann bitte außerhalb des Plenarsaals.

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau von Berg wünscht es und hat es.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Das Wort hat Frau von Berg und sonst niemand. Wenn Sie Gespräche führen wollen, tun Sie das bitte außerhalb des Plenarsaals; ich denke zum Beispiel an die Kollegen dort von der SPD-Fraktion. – Wenn Sie so weit sind, dann hat jetzt Frau von Berg das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich vor, Sie sind 33 Jahre alt – das mag einigen von Ihnen schwerfallen –,

(Beifall bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Sie sind weiblich, Sie haben ein Kind, Sie sind alleinerziehend. Stellen Sie sich vor – das mag einigen von Ihnen etwas leichter fallen –, Sie sind 57 Jahre alt, männlich, ebenfalls arbeitssuchend. Stellen Sie sich vor, Sie haben einen türkischen Nachnamen. Alle diese drei Menschen bewerben sich auf eine Stelle. Im Stapel mit Ihrer Bewerbung liegt auch die Bewerbung eines kernigen, sagen wir, 35-jährigen Mannes.

(Wolfgang Rose SPD: Kernig, was ist das denn?)

Und nun überlegen wir uns einmal, wer wohl zum Vorstellungsgespräch eingeladen wird.

Meine Damen und Herren! Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diesem durchaus ernstesten Thema auch mit dem nötigen Ernst folgen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Dietrich Wersich CDU und Christiane Schneider DIE LINKE)

Mehrere Studien haben nachgewiesen, dass die 33-jährige alleinerziehende Mutter wie auch der 57-jährige Bewerber oder wie die Bewerberin oder der Bewerber mit türkischem Nachnamen eine deutlich geringere Chance haben, überhaupt zum Einstellungsgespräch eingeladen zu werden. Und das nennt sich Diskriminierung. Eine Möglichkeit, der Diskriminierung zu begegnen und ihr Einhalt zu gebieten, ist ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren.

Für diejenigen von Ihnen, die sich damit vielleicht noch nicht beschäftigt haben: Das Verfahren ist so, dass es vorab ein Blatt gibt, auf dem der Name und alle wichtigen Daten wie Geburtsdatum und so weiter aufgeführt sind. Dieses Blatt wird abgetrennt und somit haben die Unternehmen nur die Unterlagen, die keine Rückschlüsse auf Geschlecht, Alter, Herkunft, Geburtsort und dergleichen zulassen. Und natürlich ist auch kein Foto dabei.

Mit diesem Bewerbungsverfahren haben andere europäische Länder sehr gute Erfahrungen gemacht, das gilt auch für die englischsprachigen Länder USA, England oder Kanada, wo es Standard ist. Aufgrund dieser guten Erfahrungen hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ein einjähriges Pilotprojekt durchgeführt. Mittlerweile liegt der Abschlussbericht vor und es stellt sich heraus, dass dieses Pilotprojekt sehr erfolgreich war. Alle Beteiligten haben es überwiegend positiv bewertet. Vor allem von Unternehmensseite wurde gesagt, es helfe, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, nämlich darauf, was die Bewerber an fachlicher Qualifikation mitbringen. Und dies möchten wir gerne mit unserem Antrag nach Hamburg bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Gerade jetzt ist der Zeitpunkt gut, denn der SPD-Senat, Frau Schiedek, hat neulich das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm vorgestellt. Das begrüßen wir, weil die Gleichstellung als ein Querschnittsthema angesehen wird. Gerade in diesen Kontext, in dem es nicht nur darum geht, Frauen zu fördern und langfristig beispielsweise auch in Aufsichtsräte, Vorstände und das obere Management von Unternehmen oder der öffentlichen Verwaltung zu holen, sondern auch Menschen mit Mi-

(Dr. Stefanie von Berg)

grationshintergrund zu fördern und insgesamt Unternehmen vielfältiger zu machen, passt unser Antrag. Dies ist durch ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren durchaus umsetzbar und sehr praktikabel. Darum setzen wir uns dafür ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn eines muss man abschließend zum Thema Diskriminierung auch einmal sagen: Diskriminierung ist nicht nur ein gesamtgesellschaftliches Problem und es ist nicht nur eine zivilgesellschaftliche Aufgabe, der Diskriminierung zu begegnen, sondern es gibt bei diesem Thema schlicht und ergreifend auch eine volkswirtschaftliche Dimension. Wenn sich ein Unternehmen oder eine Volkswirtschaft von vornherein der Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber entledigt, dann leidet darunter auch die Volkswirtschaft und damit die Wohlfahrt in unserer Gesellschaft. Darum setzen wir uns für das Thema ein und ich freue mich, dass unser Antrag an den Haushaltsausschuss überwiesen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau von Berg. – Das Wort hat Herr Abaci.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diskriminierung im Arbeitsleben aufgrund von Alter, Geschlecht, Herkunft und anderen Merkmalen ist etwas, das viele Menschen immer wieder erleben. Und dies, obwohl der Gesetzgeber mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sehr klare Regeln formuliert hat, die solche Benachteiligung verbieten. Die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN haben in ihrem Antrag den Vorschlag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aufgegriffen, anonymisierte Lebensläufe zum Standard zu machen und damit ein höheres Maß an Chancengleichheit zu schaffen. Grundsätzlich stimme ich Ihnen zu, dass so ein Verfahren vielleicht geeignet sein könnte, Diskriminierung im Arbeitsleben entgegenzuwirken. Daher finden wir die Ziele des Antrags auch gut.

Die Stadt Hamburg als öffentlicher und größter Arbeitgeber der Stadt geht allerdings seit einigen Jahren erfolgreich einen anderen Weg. Über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist die öffentliche Verwaltung verpflichtet, Diskriminierung bei der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entgegenzuwirken. Darüber hinaus unternimmt die Verwaltung signifikante Anstrengungen, über das Gleichstellungsgesetz die Frauenförderung zu stärken. Menschen mit Behinderung stellen zurzeit 6,2 Prozent aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung und das ist ein vergleichsweise guter Anteil. Mit der interkulturellen Öffnung der Verwaltung soll erreicht

werden, dass mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund eingestellt beziehungsweise ausgebildet werden.

Der aktuelle Personalbericht des Senats enthält hierzu umfangreiche und aussagekräftige Informationen. Hamburg ist beispielsweise bei der interkulturellen Öffnung insgesamt auf einem guten Weg.

(Beifall bei der SPD)

So hat sich die Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund innerhalb von fünf Jahren verdreifacht. Insgesamt wurden während der Laufzeit des Projekts "Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?" von 2006 bis 2011 385 Auszubildende mit Migrationshintergrund in der hamburgischen Verwaltung eingestellt.

Ich verstehe die Intention des Antrags, dass die Stadt quasi ein Signal an die Wirtschaft geben und sie zur Nachahmung anregen soll. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, dass die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber ganz eigene Regularien und Zielvorgaben hat, die die Wirtschaft in dieser Form nicht kennt; ich nenne die Frauenförderung des Hamburger Gleichstellungsgesetzes und für die Menschen mit Migrationshintergrund das Ziel der interkulturellen Öffnung.

Hamburg als öffentlicher Arbeitgeber geht den Weg einer positiven Diskriminierung, das heißt, die Stadt fordert bestimmte Gruppen, wie Migranten, gezielt auf, sich in der hamburgischen Verwaltung zu bewerben. Die Frage ist nun, ob es angesichts dieser Vorgehensweise und der bisherigen Erfolge Sinn macht, ein anonymisiertes Verfahren einzuführen, oder ob das nicht sogar kontraproduktiv sein könnte. Der Senat hat sich mit seinem Arbeitsprogramm ausdrücklich dafür ausgesprochen, die interkulturelle Öffnung der hamburgischen Verwaltung verstärkt fortzuführen und die Kampagne fortzusetzen. Der öffentliche Dienst ist hier schon viel weiter als die private Wirtschaft.

Es bleibt also die Frage der Signalwirkung. Selbst wenn die hamburgische Verwaltung ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren einführen würde, hätte dies nicht zwangsläufig Auswirkungen auf die Einstellungspraxis in der privaten Wirtschaft.

(*Antje Möller GRÜNE:* Wenn man es nicht ausprobiert, weiß man es nicht!)

Und es sind die privaten Arbeitgeber, die Sie überzeugen müssten, nicht die im öffentlichen Dienst. Außerdem ist die Frage offen, ob Sie mit der anonymisierten Bewerbung allein Ihr Ziel erreichen würden. Alle Arbeitgeber wollen sich ein vollständiges Bild von einem Bewerber machen. Die anonyme Bewerbung kann ein Mittel sein, die erste Hürde zu nehmen. Wenn aber die weiteren Schritte im Bewerbungsverfahren, die Gesprächsführung oder die anschließenden Tests nicht diskriminierungsfrei gestaltet werden, dann hilft das den Betroffenen

(Kazim Abaci)

auch nicht weiter. Es gilt also, das gesamte Verfahren möglichst diskriminierungsfrei zu gestalten. Hier denke ich an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Führungsebene und an die Anerkennung, Förderung und Wertschätzung der interkulturellen Kompetenz.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehen, mich beschäftigen noch einige Fragen zu Ihrem Antrag. Deshalb sollten wir die Diskussion weiter führen, und zwar im Unterausschuss Personalwirtschaft des Haushaltsausschusses. Dort haben wir mit dem Personalbericht die richtige Grundlage und mit dem Personalamt auch den richtigen Ansprechpartner, um das noch einmal genauer zu beleuchten. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb die Überweisung an den Haushaltsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Abaci. – Das Wort hat Herr Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben bereits gesagt, worum es bei diesem Thema geht. Es ist auch deutlich geworden, dass die Drucksache mit hoher Wahrscheinlichkeit an den Ausschuss überwiesen wird. Wir finden es auch richtig, dass sie im zuständigen Unterausschuss für Personal beraten wird, da kann man sich dem Thema auch etwas näher widmen. Gestatten Sie mir deshalb nur einige wenige Anmerkungen.

Frau von Berg, Sie haben auf dieses Pilotprojekt auf Bundesebene und seine Auswertung durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hingewiesen. Nun fällt diese Auswertung nicht dramatisch positiv aus. Sie fällt in der Tendenz positiv aus, es gibt Befragungen, auch unter Bewerbenden, aus denen eine gewisse Tendenz herauszulesen ist hin zu dieser anonymen Bewerbung. Aber es gibt zum Teil auch Umfragen, bei denen die Befragten sagten, es bringt mir keinen Vorteil oder es ist in etwa ein ausgeglichenes Stimmungsbild. Das spricht also auch dafür, sich das intensiv anzusehen, zumal dieses Pilotprojekt auf Bundesebene insgesamt relativ überschaubar war.

Zudem reden wir über den öffentlichen Dienst. Ich glaube auch, dass der öffentliche Dienst in Hamburg durchaus weiter ist. Das Programm zur interkulturellen Öffnung hat der Vorgängerserrat unter Ole von Beust erfolgreich angeschoben; es gibt Frauenförderprogramme und alle Statistiken zeigen, dass der öffentliche Dienst auch in Hamburg in diesem Punkt durchaus besser dasteht als viele Unternehmen der Privatwirtschaft. Nichtsdestotrotz und auch wenn es diese Programme gibt hat der öffentliche Dienst natürlich auch eine Vorbildfunktion. Das zeigt sich auch bei Pilotprojekten auf Bun-

desebene, es waren gerade diejenigen aktiv, die sich auch vorher darüber Gedanken gemacht haben. Deshalb schließt das eine das andere nicht aus. Das sind im Wesentlichen die Punkte.

Ich möchte zu Ihnen, Herr Abaci, noch eine Anmerkung machen. Ich finde es schon interessant, wie verhalten und wie defensiv Sie sich zu diesem Antrag geäußert haben, denn mir sind in der Vorbereitung auf diese Debatte auch viele andere Statements aus der SPD aufgefallen, zum Beispiel von einer Bundestagsabgeordneten der Hamburger SPD, von Frau Özoguz, die sich sehr prominent für die anonymisierte Bewerbung eingesetzt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei *Christiane Schneider* und *Cansu Özdemir*, beide **DIE LINKE**)

Und ich fände es, Herr Abaci, in der Tat für die weitere Beratung, die wir von mir aus sehr ergebnisoffen führen können, sehr schade, wenn die SPD da, wo sie in der Opposition ist, die eine Haltung vertritt und sagt, wir müssen dies tun und wir versprechen euch das, sie sich aber da, wo sie wie in Hamburg in der Verantwortung ist und wo Sie selbst gesagt haben, dass der öffentliche Dienst relativ weit ist, zurücklegt und sagt, so ist das nicht gemeint und das Personalamt hat uns aufgeschrieben, dass das nicht geht. Das finde ich dann etwas merkwürdig, hier sollten Sie in einer Linie auftreten. – Danke.

(Beifall bei der CDU – *Hansjörg Schmidt* SPD: Sie müssen es ja wissen!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kleibauer. – Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir alle sind gegen Diskriminierung, wir alle sind uns einig, dass bei Bewerbungen die Eignung und die Qualifikation die entscheidenden Kriterien sein sollten, und vermutlich könnten wir einen einstimmigen Beschluss zu dieser Frage fassen. Die Frage, die uns hier aber beschäftigt, ist: Was wollen die Kollegen von den GRÜNEN mit ihrem Antrag? Die GRÜNEN wollen einen zweijährigen Pilotversuch in Hamburg mit anschließender wissenschaftlicher Evaluierung. Frau Berg, ganz offen gesagt, da kommen Sie ein bisschen spät, denn ein solches Pilotprojekt mit Evaluierung hat es bereits gegeben – Herr Kollege Kleibauer hat darauf hingewiesen –, durchgeführt im Auftrag des Bundesfamilienministeriums von 2010 bis 2012, und zwar zusammen mit vier großen Konzernen, einem mittelständischen Unternehmen und drei öffentlichen Verwaltungen. Die wissenschaftliche Evaluation hat über 8500 anonyme Bewerbungen berücksichtigt und die Ergebnisse dieser Studie und die wissenschaftliche Aus-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

wertung liegen bereits seit März dieses Jahres vor. Da stellt sich natürlich die Frage, ob es Sinn macht, genau das gleiche Pilotprojekt noch einmal in Hamburg durchzuführen.

(Antje Möller GRÜNE: Das waren private Unternehmen! – Christiane Schneider DIE LINKE: Ist doch das Gleiche!)

– Frau Möller, es waren nicht ausschließlich private Unternehmen. Es waren Konzerne, drei öffentliche Verwaltungen und ein mittelständisches Unternehmen dabei; lesen Sie die Studie.

(Beifall bei Finn-Ole Ritter FDP)

Also noch einmal die Frage: Macht es Sinn, dieses Pilotprojekt zu wiederholen? Hat man die Einschätzung, dass man zu anderen Ergebnissen kommt als bei dem bundesweiten Pilotprojekt oder als in Baden-Württemberg oder in Schleswig-Holstein? Ich glaube das nicht, und daher wäre die Durchführung eines weiteren Pilotprojekts nichts anderes als eine Verschwendung von Zeit und auch von Geld.

Ich erwarte eigentlich von der Politik – das würde ich auch von den Kollegen der GRÜNEN erwarten –,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Kolleginnen vor allen Dingen!)

dass aus den bereits durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen politische Konsequenzen gezogen werden. Und wenn dann eine dieser zu ziehenden politischen Schlussfolgerungen darin bestehen sollte, zukünftig in der Verwaltung und auch bei öffentlichen Unternehmen nur noch anonymisierte Bewerbungsverfahren durchzuführen, dann wäre ich da aus drei Gründen skeptisch.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das wundert mich aber!)

Auch die wissenschaftlichen Begleiter der bundesweiten Pilotstudie haben das übrigens in ihren Ergebnissen ausdrücklich nicht empfohlen. Ich will die drei Argumente nennen.

Erstens: Jede Dienststelle in der Hamburger Verwaltung und auch jedes Unternehmen in der Hansestadt hat schon jetzt das Recht, anonymisierte Bewerbungen durchzuführen, wenn dies gewollt und für sinnvoll erachtet wird. Es bestehen keinerlei Verbote gegenüber anonymen Bewerbungsverfahren. Man kann auch sagen, kein Hamburger Personalchef muss auf die GRÜNEN oder einen Beschluss der Bürgerschaft warten, um anonyme Bewerbungsverfahren im eigenen Haus umzusetzen.

(Anja Hajduk GRÜNE: Das Argument ist aber nicht so besonders stark!)

– Vielleicht vermag Sie das zweite Argument eher zu überzeugen.

Zweitens: Einige Unternehmen setzen bereits heute auf anonymisierte Bewerbungen, weil sie diese für geeignet halten, gewollte oder ungewollte Diskriminierungen abzubauen oder zu beseitigen. Andere Unternehmen verzichten gerade aus Gründen der Vielfalt auf anonymisierte Bewerbungen und suchen ganz gezielt zum Beispiel nach Migranten,

(Anja Hajduk GRÜNE: Genau, das treibt uns auch um, gutes Argument!)

älteren Menschen oder Menschen mit Handicaps, um ihre Belegschaft entsprechend zu erweitern. Wir reden fast in jeder Bürgerschaftssitzung über den Fachkräftemangel und dass es darauf ankommt, in Zeiten des Fachkräftemangels ganz gezielt vorhandene Beschäftigungsreserven zu mobilisieren. Wieder andere Unternehmen führen Bewerbungen ganz klassisch durch. Und auf all diesen Wegen wird unternehmerischer Erfolg erzielt. Deshalb meinen wir, nicht wir als Bürgerschaft wissen am besten, welche Auswahlverfahren sich eignen, sondern die Unternehmen vor Ort können dies am besten für sich entscheiden, und das gilt für den öffentlichen Dienst in gleicher Weise.

Drittens: Im Antrag der GRÜNEN wird angedeutet, dass die anonyme Bewerbung dabei hilft, die Abwanderung der ausländischen Hochschulabsolventen zu verhindern und somit den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Meine Empfehlung an die GRÜNEN: Machen Sie sich die Mühe und besuchen Sie Hamburger Betriebe, die von Fachkräftemangel betroffen sind. Das Problem ist doch dort gerade nicht, dass man qualifizierte Bewerber mutwillig wegen ihres Geschlechts, ihres kulturellen Hintergrunds oder nach anderen Kriterien ausmustert. Diese Vorstellung bildet die Realität heute nicht mehr ab.

(Beifall bei der FDP)

Das Problem ist vielmehr, dass der Arbeitsmarkt zum Beispiel bei Ingenieuren oder IT-Profis leergefegt ist. Die Betriebe würden sich also über Bewerbungen freuen, ob anonym oder nicht anonym.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Selbstverständlich wollen auch wir Vorfahrt für Eignung und Qualifizierung bei Bewerbern. Der vorliegende Antrag ist aber überflüssig, weil es das geforderte Pilotprojekt gegeben hat. Ein solcher Beschluss kostet nur Geld und Zeit, bringt uns aber in der Sache nicht weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Kluth. – Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Im Unterschied zur SPD und zur FDP finden wir den Vorschlag eines

(Christiane Schneider)

Pilotprojekts in einem großen öffentlichen Dienst – und darum geht es – gut. Es ist schon vieles gesagt worden. Statistisch gesehen findet die Diskriminierung vor allem in der ersten Phase der Bewerbung statt. Heißen Sie zum Beispiel Bulut oder Kaczynski oder Papadakis, sind Sie eine Frau mit Kind oder sind Sie schon älter, dann haben Sie bei Bewerbungen einfach schlechtere Chancen und das ist statistisch messbar. Dann zählt nämlich Ihre Qualifikation im Verhältnis zu einer gleichen Qualifikation weniger, weil Sie erst gar nicht zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen werden.

Das Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle hat erwiesen, dass sich Ihre Chancen bei einem anonymisierten Bewerbungsverfahren deutlich verbessern, und genau deshalb unterstützen wir den Vorschlag, im öffentlichen Dienst Hamburgs, der ein sehr großer öffentlicher Dienst ist im Verhältnis zur Celler Stadtverwaltung, wo das Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle stattgefunden hat, ein zunächst auf zwei Jahre befristetes Pilotprojekt zu starten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Erstens wegen der Vorbildfunktion für die private Wirtschaft und zweitens, weil es angesichts der Verhältnisse nötig ist, alle Formen von Diskriminierung zu benennen und womöglich auszuschalten. Und die Personalstruktur des hamburgischen öffentlichen Dienstes zeigt, dass das noch lange nicht der Fall ist. Gerade die Besetzung der leitenden Funktionen dürfte ein scharfes Bild vorhandener Diskriminierung zeichnen. Hier ist nämlich der Anteil von Frauen zum Beispiel gering, manchmal extrem gering. Schauen wir uns einmal die Besoldungsgruppe B3 an, in die etwa der Direktor des Amtes für Arbeitsschutz oder des Staatsarchivs, die Leitende Oberschulrätin – die wahrscheinlich weniger –, der Leitende Medizinaldirektor und so weiter eingruppiert sind. Insgesamt finden sich hier 43 verbeamtete Personen, von denen ganz genau – Herr Abaci, wissen Sie es? – sechs weiblich sind, also 14 Prozent, nicht 50 Prozent.

Oder ein anderes Beispiel: Obwohl die Mehrzahl der Lehrkräfte an Schulen Frauen sind, sind unter den in der Besoldungsgruppe A16 eingruppierten 349 Personen – und hier geht es vor allem um Schulleiter – gerade einmal 111 Frauen, weniger als ein Drittel.

(Olaf Ohlsen CDU: Unglaublich!)

Diese Angaben finden sich im Personalstrukturbericht 2012. Für Menschen mit Migrationshintergrund liegen leider keine vergleichbaren Zahlen vor. Tatsächlich dürften sich Migrantinnen und Migranten auf solchen Ebenen – Direktor des Amtes für Arbeitsschutz oder Schulleiter – so gut wie überhaupt nicht finden.

Jetzt gibt es durchaus, Herr Abaci, Fortschritte bei der interkulturellen Öffnung der hamburgischen Verwaltung. Der Antrag der GRÜNEN, ein Pilotprojekt zu starten, bezieht sich ausdrücklich nicht auf Ausbildungsplätze; das scheint mir auch richtig. Trotzdem will ich kurz auf die Situation bei den Auszubildenden eingehen, die Sie so gelobt haben. Hier lassen sich die Probleme der Ungleichbehandlung und Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten allein deshalb am deutlichsten zeigen, weil Zahlen vorliegen. Sie sagen zu Recht, dass sich bei den Auszubildenden der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund von 2006 auf 2011 verdreifacht hat. Aber er liegt immer noch bei 16,5 Prozent und damit deutlich niedriger, als der Bedeutung junger Migrantinnen und Migranten in dieser Altersgruppe entspricht, der Anteil liegt nämlich ungefähr bei 40 Prozent.

(Olaf Ohlsen CDU: Nee, 45!)

Im Einstellungsbereich des ehemaligen höheren Dienstes ist der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund mit 15,6 Prozent noch einmal niedriger. Von den 426 Bewerberinnen und Bewerbern in diesem Einstellungsbereich hatten übrigens 19,2 Prozent einen Migrationshintergrund, es wurden aber nur 15,6 Prozent genommen. Das ist bemerkenswert, denn das zeigt, dass Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund gegenüber den anderen immer noch im Nachteil sind, auch wenn sich etwas – da stimme ich zu – verbessert hat.

(Olaf Ohlsen CDU: Ist ja unglaublich!)

Daraus schließe ich, dass sich in den Institutionen ungeachtet aller bewussten Anstrengungen Formen von Diskriminierung – vielfach natürlich unbewusster Diskriminierung – halten, durch die Menschengruppen aufgrund von äußeren Merkmalen, die mit der Qualifikation überhaupt nichts zu tun haben, benachteiligt werden. Anonymisierte Bewerbungsverfahren sind nur ein Schritt von vielen, für Diskriminierung zu sensibilisieren und institutionelle Diskriminierung zu bekämpfen. Aber sie können tatsächlich ein wichtiger Schritt sein, weil sie den Fokus auf die Qualifikation und die Eignung richten und damit die Chancengleichheit stärken. Sie stärken die Transparenz und Objektivität von Bewerbungsverfahren. Deshalb gehen wir auch davon aus – es steht dort nicht ausdrücklich –, dass der Vorschlag der GRÜNEN sich auf externe und interne Stellenbesetzungen bezieht, denn gerade bei den internen Stellenbesetzungen geht es doch besonders intransparent zu. Wir freuen uns also auf die Diskussion im Ausschuss, da ist noch eine Menge Musik drin.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Frau von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Ihrem Beitrag, Herr Abaci: Ich muss wirklich sagen, er hat mich relativ erschüttert. Ich habe mich gefragt, ob Sie die Lebenswirklichkeit von Frauen in Hamburg eigentlich kennen. Wissen Sie, wie das ist, wenn sie sich hier bewerben? Haben Sie mit denen einmal gesprochen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens habe ich das Gefühl, dass Sie unseren Antrag überhaupt nicht gelesen haben. Sie haben überhaupt nicht gelesen, dass es uns um Landesbetriebe geht und nicht um private Unternehmen. Selbstverständlich wissen wir, dass private Unternehmen das nur freiwillig machen können und dass wir es nicht verordnen können. Wir laden dazu ein, die Landesbetriebe auch mit in dieses Bewerbungsverfahren einzubeziehen.

Zu Ihrem Beitrag, Herr Kleibauer. Ich habe mir auch Gedanken darüber gemacht, warum eigentlich einige Bewerberinnen und Bewerber das herkömmliche Verfahren besser finden. Ich habe da ein bisschen an mich selbst gedacht. Wahrscheinlich hatte ich relativ gute Chancen, genommen zu werden wegen des deutschen Namens, weil ich eine Frau bin, das Kind schon groß ist und ich studiert habe.

(*Olaf Ohlsen CDU: Besseres Aussehen!*)

– Dazu sage ich jetzt mal nichts.

Für mich wäre wahrscheinlich das herkömmliche Verfahren auch besser. Und genau das ist der Punkt, der bei der Studie auch herausgekommen ist. Die Bewerberinnen und Bewerber, die gesagt haben, dass sie das herkömmliche Verfahren besser fänden, haben größere Chancen, genommen zu werden.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Einen Moment, Frau Abgeordnete. – Meine Damen und Herren! Insbesondere an die CDU-Fraktion noch einmal der Hinweis. Frau Wolff, wenn Sie sich unterhalten wollen, dann tun Sie es bitte außerhalb des Plenarsaals; das gilt auch für andere. – Frau Abgeordnete, fahren Sie bitte fort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE (fortfahrend): Ich komme noch einmal zu den Ergebnissen. Diese Studie hat belegt, dass es nicht eindeutig ist. Aber dies liegt einfach daran, dass einige Menschen von dem herkömmlichen Verfahren profitieren.

Noch einmal zur Frauenförderung beziehungsweise zu den Frauen. Wir wollen doch gerade überprüfen, wie das anonymisierte Bewerbungsverfahren mit Programmen aus der Frauenförderung verknüpft werden kann, damit Frauen besser in Führungspositionen kommen. Frau Schneider hat eindrucksvoll dargelegt, wie es mit den Zahlenverhältnissen in den oberen Etagen unserer Unternehmen, der Landesbetriebe und auch der öffentlichen Verwaltung ist.

(Unruhe bei der CDU)

– Finden Sie das so witzig in der CDU?

(*Hansjörg Schmidt SPD: Die haben zu wenig Frauen!*)

Herr Kluth, auch zu Ihnen komme ich noch. Auch Sie haben anscheinend unseren Antrag nicht gelesen. Sie sagen, es gäbe doch diese Studie. Wir beziehen uns in unserem Antrag eindeutig auf diese Studie; das haben Sie vielleicht überlesen. Sie haben vielleicht diese Studie nicht gelesen, aber ich habe sie gelesen und weiß ganz genau, wer bei der Studie mit dabei war. Es waren nicht die Hamburger Landesbetriebe und auch nicht Hamburgs öffentliche Verwaltung, es war nicht HAMBURG WASSER, es war auch nicht die Hamburger Hochbahn und wie sie alle heißen.

Was Ihre Bemerkungen zur Diskriminierung in Hamburg anbelangt, so habe ich das Gefühl, die Lebensverhältnisse von Menschen in dieser Stadt haben Sie nicht im Blick. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau von Berg.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion! Es fällt wirklich auf. Herr Kleibauer, Frau Prien, den anderen kann ich von hinten nicht erkennen: Wenn Sie sich unterhalten wollen, dann tun Sie das bitte draußen und geben Sie den Rednern, die sich Gehör verschaffen wollen, die ausreichende Achtung. – Herr Abaci, bitte schön, Sie haben das Wort.

Kazim Abaci SPD:* Frau von Berg und Frau Schneider, es ist nicht richtig, dass die interkulturelle Öffnung nur ausdrücklich auf die hamburgische Verwaltung reduziert ist, sondern im Personalbericht steht klipp und klar, dass auch für die externen Bewerbungen Migrantinnen und Migranten insbesondere ermutigt werden, sich auf die Stellen zu bewerben. Es gibt dort eine Ermutigungsklausel und in der steht es ganz klar. Hamburg ist eine weltoffene und vielfältige Stadt.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Großartig!*)

Diese Vielfalt soll sich in der hamburgischen Verwaltung widerspiegeln, um die Dienstleistungen für unsere Bürger und Bürgerinnen optimal erbringen

(Kazim Abaci)

zu können. Wir begrüßen ausdrücklich Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund und wir freuen uns auf ihre Bewerbungen. Es geht nicht nur um die Ausbildung, sondern es geht um die Verwaltung insgesamt.

(Beifall bei der SPD – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Wie hoch ist denn der Anteil?)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Abaci.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5140 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen worden.

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 41, Drucksache 30/5124, Antrag der FDP-Fraktion: Öffentliche Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Öffentliche Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 20/5124 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der CDU und der FDP an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen überweisen. Wer möchte dazu das Wort haben? – Herr Dr. Kluth, Sie haben es.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: 15 Minuten noch!)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Netze, Hapag-Lloyd, HHLA, Hamburg Energy...

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Energie!)

– Energie, vielen Dank, Herr Dressel.

Wir haben in den vergangenen Monaten bereits mehrfach über städtische Beteiligungen, den Staat als Unternehmer und die sich daraus ergebenden Nachteile und Risiken für die Stadt im Parlament diskutiert. Und ich bin sehr zufrieden damit, dass die FDP-Fraktion mehrere dieser Diskussionen angestoßen hat und in allen Debatten einen ordnungspolitisch sehr klaren Kurs gefahren ist.

(Beifall bei der FDP – Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man sich die Debattenbeiträge, insbesondere der Kollegen von der LINKEN, aber auch von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN, in die-

sen Diskussionen vergegenwärtigt, dann konnte man gelegentlich den Eindruck haben, dass in den letzten Jahren eine Privatisierungswelle durch Hamburg gefegt ist und die Stadt deshalb kaum mehr in der Lage ist, auch nur die elementarsten Aufgaben der Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Das ist nichts anderes als eine Märchengeschichte.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Ach nee!)

Das Gegenteil ist der Fall. Die Wahrheit lautet, dass wir seit 2004 einen kontinuierlichen Aufwuchs an staatlichen Unternehmen, an Beteiligungen, an Tochter-, Enkel- und Urenkelunternehmen der Stadt haben.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Und davor?)

Ich schaue mir dazu die Beteiligungsberichte an. Zum 31. Dezember 2004 gab es genau 70 direkte und 172 indirekte Beteiligungen. Drei Jahre später, am 31. Dezember 2007, gab es inzwischen 76 direkte und 245 indirekte Beteiligungen. Und wieder drei Jahre später, am 31. Dezember 2010, gab es einen neuen Höchststand, nämlich 89 direkte Beteiligungen und inzwischen 260 indirekte Beteiligungen. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung und erstaunlicherweise eine Entwicklung ausschließlich unter der Verantwortung von CDU-Finanzsenatoren; ich nenne die Namen Peiner, Freytag, Frigge.

Meine Damen und Herren! Die FDP hat zu öffentlichen Unternehmen einen klaren Standpunkt. Wir halten sie für vertretbar, wenn sie zur elementaren Daseinsvorsorge unverzichtbar sind.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist ja ein superklarer Standpunkt!)

– Dass Sie sich so aufregen, belegt nur, dass ich richtig liege.

(Beifall bei der FDP – *Anja Hajduk GRÜNE*: Zur Not!)

Wo da genau die Linie verläuft von dem, was unverzichtbar ist und was nicht, müssen wir in der Tat politisch diskutieren. Ob zum Beispiel Reisebusunternehmen, Fährbetriebe, Fahrzeugwerkstätten oder Stromhändler dazu gehören, da habe ich meine Zweifel. Wenn sich die Stadt aber als Unternehmer aufführt, möglicherweise noch in Konkurrenz zu mittelständischen Unternehmen, oder wenn sich Beamte, die immer nur mit fremdem Geld hantieren, als Unternehmer aufspielen, dann halten wir das nicht nur für einen unfairen Wettbewerb, sondern wir halten es auch für höchst gefährlich.

(Beifall bei der FDP)

Ich rufe das Thema HSH-Nordbank-Desaster in Erinnerung, das uns immer noch beschäftigt mit ungewissem Ausgang. Ich nenne aktuell die Situation bei der HADAG, der Hamburger Arbeit oder beim Berufsförderungswerk, die allesamt nur mit finanzi-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

eller Hilfe der Stadt über Wasser gehalten werden. Bei jedem privaten mittelständischen Unternehmen käme stattdessen der Insolvenzverwalter, bei städtischen Unternehmen zahlt der Steuerzahler die Zeche.

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn wir einen klaren, ordnungspolitischen Kurs haben, so wollen wir die Diskussion über städtische Beteiligungen dennoch nicht ideologisch, sondern pragmatisch führen.

(*Anja Hajduk GRÜNE*: Wenn das nicht ideologisch ist, was Sie da machen, dann weiß ich auch nicht mehr!)

Die Landeshaushaltsordnung gibt uns dazu auch eine ganz praktische Anleitung. Es steht dort nämlich zur Frage, wann sich die Stadt an der Gründung eines städtischen Unternehmens beteiligen darf oder eine Beteiligung eingehen kann, relativ eindeutig:

"Die Freie und Hansestadt Hamburg soll sich [...] an der Gründung eines Unternehmens [...] nur beteiligen, wenn
1. ein wichtiges staatliches Interesse"

– ich wiederhole, ein wichtiges staatliches Interesse –

"vorliegt und sich der angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt."

Meine Damen und Herren! Das ist entgegen Ihrer vielleicht jetzt spontanen Vermutung kein blanker Ordoliberalismus,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Was denn sonst?)

sondern das ist die seit 1971 geltende Landeshaushaltsordnung, wie sie den Senat, alle Fachbehörden und die gesamte Verwaltung unmittelbar bindet.

(Beifall bei der FDP)

Im Umkehrschluss bedeutet Paragraph 67 Landeshaushaltsordnung, dass alle städtischen Beteiligungen, wenn eben kein wichtiges staatliches Interesse mehr ersichtlich ist oder sich der Beteiligungszweck auf andere Weise wirtschaftlicher oder einfacher erreichen lässt, ganz pragmatisch und ganz unideologisch auf den Prüfstand gehören.

Der Senat hat dies schon einmal gemacht, nämlich 2004 mit der sogenannten Peiner-Liste. Der Senat hat damals die städtischen Unternehmen in vier Kategorien aufgeteilt. Ich darf Sie erinnern: Es sind erstens Unternehmen, die für die Infrastruktur zwingend erforderlich sind, zweitens Unternehmen, die für den Wirtschaftsstandort von besonderer Bedeutung sind, drittens Unternehmen, die für die Erreichung von besonderen Fachzielen von Bedeu-

tung sind, und schließlich viertens Unternehmen, die unter keine der drei vorgenannten Kategorien fallen.

Wir halten es aus drei Gründen – und das ist der Gegenstand unseres Antrags – für erforderlich, ein Update der Peiner-Liste vorzunehmen: erstens, damit der Senat Transparenz über die Strategie seiner zukünftigen Beteiligungspolitik schafft, zweitens, weil sich das Portfolio der städtischen Beteiligungen in den letzten Jahren erheblich erweitert hat, und drittens, weil sich natürlich auch das wirtschaftliche Umfeld geändert hat.

Nach unserer Auffassung muss nach der Vorlage eine Verminderung der Beteiligungen bei den Unternehmen der zweiten und dritten Kategorie sowie eine vollständige Privatisierung der Unternehmen der vierten Kategorie angegangen werden. Wir können es uns angesichts des verfassungsrechtlichen Gebots der Schuldenbremse sowie der notwendigen Ausgaben in Schule, Hochschule, Verkehr und Hafen gar nicht leisten, dieses nicht zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Im Gegensatz zu den Privatisierungen unter SPD- und CDU-Senaten sind wir jedoch der Auffassung, dass jeder Euro und jeder Cent, den wir dabei erlösen, in die Schuldentilgung gehört und nicht im Betriebshaushalt versickern darf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Rose, Sie haben das Wort.

Wolfgang Rose SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(*Olaf Ohlsen CDU*: Genossen!)

Der Antrag der FDP, Herr Kluth, klingt auf den ersten Blick harmlos, ja fast bürokratisch. Sie wollen eine Kategorisierung der öffentlichen Unternehmen entsprechend ihrer öffentlichen Beteiligung. Doch der eigentliche Sinn, die eigentliche Stoßrichtung dieses Begehrens wird dann in Ziffer 3 Ihres Antrags, im Petitum, deutlich. Sie fordern den Senat auf, Anteile öffentlicher Unternehmen zu verkaufen beziehungsweise sie vollständig zu privatisieren. Und in der Tat, zu einem anderen Zweck braucht man eigentlich auch keine Kategorisierung,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Genau!)

in der dann die verschiedenen Schubladen nach dem Motto "kann bleiben oder kann weg" festgelegt werden. Nicht umsonst beziehen Sie sich auf die legendäre Einteilung des früheren CDU-Privatisierungsexperten und Finanzsenators Peiner aus dem Jahr 2003, deren einziger Sinn damals auch nur darin bestand, den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums aller Hamburgerinnen und Hamburger

(Wolfgang Rose)

vorzubereiten und ihm ein scheinbar objektives Mäntelchen umzuhängen.

Vor vier Jahren, in Ihrem FDP-Wahlprogramm 2008,

(Finn-Ole Ritter FDP: Haben Sie es gelesen?)

waren Sie schon einmal deutlich mutiger. Da haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Hamburg klaren Wein eingeschenkt – Zitat –:

"Die FDP wird eine entschlossene Privatisierungspolitik in der Stadt Hamburg betreiben."

Und gleich danach kam Ihre Verkaufsliste: Hamburger Hafen und Logistik AG, Hamburger Hochbahn, Pinneberger Verkehrsgesellschaft, Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein, Hamburg Messe und Congress GmbH, SAGA/GWG, Sprinkenhof AG, Stadtreinigung Hamburg und Müllverbrennungsanlagen, um nur die Wichtigsten zu nennen. Wenn Sie von Daseinsvorsorge reden, dann sind diese Unternehmen offensichtlich nicht gemeint. Es wäre auch heute sehr viel ehrlicher und glaubwürdiger, wenn Sie Ihre Absichten nicht in Prüfanträgen an den Senat versteckten, sondern klar und deutlich auf den Tisch legen würden. Wir lassen uns jedenfalls davon nicht täuschen und werden diesen Antrag ablehnen, Herr Kluth.

(Beifall bei der SPD)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr Antrag hat auch etwas Gutes. Er gibt uns nämlich die Möglichkeit, unsere Positionen zur Privatisierung in einem kurzen Meinungsaustausch zu klären. Es hat sich einiges verändert in den Köpfen und in unserem Land und auch in einigen Medien.

(Roland Heintze CDU: Dazukaufen, oder was? – Finn-Ole Ritter FDP: Soziale Kälte!)

Vor neun Jahren, also zur Zeit von Peiner, war die öffentliche Debatte in Deutschland noch von einer neoliberalen Privatisierungseuphorie getragen, beherrscht von der Maxime "Privat vor Staat" und von den funkelnden Versprechen, private Unternehmen könnten sowieso alles besser und auch billiger. Schon damals konnte man mit Blick auf andere Länder wie Großbritannien oder die USA längst wissen, dass in aller Regel das Gegenteil der Fall ist.

Die große Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger wusste es allerdings schon damals besser, denn Dreiviertel von ihnen stimmten in einem Volksentscheid gegen die Verscherbelung der Hamburger Krankenhäuser. Die FDP allerdings schrieb bereits in ihrem Wahlauftritt 2003 – Zitat –:

"Der Landesbetrieb Krankenhäuser wird so schnell wie möglich privatisiert."

Gegen den Bürgerwillen wurde der LBK-Verkauf dann von der CDU-Alleinregierung unter Peiner und von Beust kaltschnäuzig durchgezogen. Das war damals ein ignoranter Akt der Massenentmündigung,

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GRÜNE, Dora Heyenn und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

der einen beispiellosen Vertrauensbruch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Regierenden wissentlich in Kauf nahm. Wenn heute viele Menschen das Gefühl haben, die da oben machten doch, was sie wollten, dann nicht zuletzt aufgrund dieser Privatisierungserfahrung, denn dieser Anschlag auf die demokratische Kultur ist und bleibt das Menetekel der CDU in unserer Stadt. Das ist heute noch sehr, sehr wirksam, und das ist etwas, was ganz schlecht ist für die Demokratie in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GRÜNE, Tim Golke und Dora Heyenn, beide DIE LINKE)

Wie gesagt, das ist acht bis neun Jahre her, eine Zeit, in der wir alle um viele Erfahrungen und Erkenntnisse reicher sind. Sogar Alt-Bürgermeister von Beust hat einen gewissen Meinungswandel erkennen lassen, alles hatte doch seine Zeit. Nur Sie in der FDP wollen sich nicht trennen von Ihrer wirtschaftsliberalen und marktradikalen Privatisierungsideologie.

(Katja Suding FDP: Da gibt es auch einen Grund für!)

Das merken die Menschen und Sie merken es in Ihren Umfragewerten. Sie sind schon lange in diesen Fragen nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg, Jens Kerstan, beide GRÜNE und Dora Heyenn DIE LINKE)

Ich will abschließend die Gelegenheit nutzen, unsere sozialdemokratische Position in vier Punkten zu markieren.

Erster Punkt: Öffentliche Aufgaben müssen in einer modernen Stadt wie Hamburg auch in Zukunft durch öffentliche Unternehmen und Beteiligungen wahrgenommen werden. Städtische Unternehmen in unterschiedlichen Rechtsformen und mit unterschiedlichen Beteiligungsstrukturen sichern die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Die Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Hamburg müssen gehalten, modernisiert, weiterentwickelt und nicht meistbietend an Private verscherbelt werden.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

(Wolfgang Rose)

Zweiter Punkt: Privatisierungen haben Hamburg in der Vergangenheit allzu oft geschadet. Im Energie-, Gesundheits- und Sozialbereich haben Privatisierungen zu Verschlechterungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Stadt geführt. Das haben auch wir Sozialdemokraten in der Vergangenheit oft genug selbstkritisch festgestellt. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen stellt in der Regel eine sehr langfristige und kaum reversible Entscheidung dar. Kurzfristige Effekte der Haushaltssanierung sind als Motiv für Privatisierungen nicht vertretbar, denn sie stellen keine nachhaltige Lösung für strukturelle Haushaltsprobleme dar. Aus den Fehlern der Vergangenheit müssen wir lernen und sie dann auch korrigieren. Ein Beispiel dafür ist der Anteilerückkauf an den Energienetzen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist aber keine Korrektur!)

Ich will aber an dieser Stelle eine vorsorgliche Anmerkung an die GRÜNEN und DIE LINKE einflechten. Bei einer Rekommunalisierung kommt es nicht nur auf die Prozentzahl der Beteiligung an. Entscheidend ist immer der tatsächliche und reale Einfluss auf die Entscheidungen über die Daseinsvorsorge und Infrastruktur und natürlich auch auf die Standards der Mitbestimmung und Beschäftigung. Es gibt Beispiele dafür, dass Verträge auch bei vergleichsweise niedriger prozentualer Beteiligung so erfolgreich verhandelt werden können, dass die Einflussnahme auf die wesentlichen Entscheidungen größer ist als bei einer 100-prozentigen Rekommunalisierung.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Punkt: Die privaten Käufer von öffentlichen Unternehmen haben oft ein verdecktes Interesse an Tarifdumping und an Tarifflicht; so war es zum Beispiel bei den Krankenhäusern und den Pflegeheimen.

(Arno Münster SPD: Pfuil!)

Privatisierungen werden auch schnell zu überdimensioniertem Personalabbau und zur Beseitigung von Beschäftigungssicherung missbraucht. Durch den Einsatz von Leih- und Zeitarbeitnehmern und von Werkverträgen wird der Kündigungsschutz unterlaufen. Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen stattdessen Vorbild sind für die Anwendung von Tarifverträgen für gute Arbeit und für eine sozialverträgliche Personalpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Punkt: Wir brauchen öffentliche Unternehmen als politische Steuerungsinstrumente des Staates, die Einfluss nehmen auf das Mietniveau und die Fahrpreise, auf Bildung und Wissenschaft, die die Entsorgung umweltverträglich gestalten und den Hafen wettbewerbsfähig halten.

(Dr. Till Steffen GRÜNE: Was ist mit den Strompreisen?)

In diesen und vielen anderen Bereichen werden die Bürgerinteressen vor schädlichen Wirkungen des Marktes geschützt. Unser Grundprinzip für die soziale Marktwirtschaft heißt nach wie vor, dass Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Unser Ziel ist ein starkes, modernes und solidarisches Hamburg, in dem alle Menschen und alle Betriebe von einer leistungsfähigen Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen in hoher Qualität gleichermaßen profitieren können. Unser Ziel sind öffentliche Unternehmen, die modern und effizient für das Gemeinwohl wirtschaften, in denen die Arbeitnehmerrechte geachtet werden und gute Arbeit an der Tagesordnung ist. Für uns ist eine Stadt ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen und kein Broker, der seine Vermögenswerte je nach Marktlage behält oder verkauft. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Kleibauer, Sie haben das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da kannst Du jetzt nichts mehr sagen!)

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es ganz gut, wie die Debatte angefangen hat. Erst wirft Herr Kluth dem Vorgänger-Senat vor, dass er inflationär Unternehmensbeteiligung aufgebaut habe, dann kommt Herr Rose und sagt, wir hätten alles verkauft. Das zeigt doch, dass ver.di pur falsch ist und FDP pur falsch ist, aber der Kurs, den wir in den letzten Jahren gefahren sind, ein moderater Kurs der Mitte, auf diesem Feld genau richtig war.

(Beifall bei der CDU)

Ich fand es auch schön, Herr Rose, dass Sie sich an Herrn Peiner abgearbeitet haben. Ich glaube, das ist ein bisschen die Sehnsucht in Ihrer Fraktion und bei Ihrer eigenen Person nach einem starken Finanzsenator, nach einem Finanzsenator, der eine Meinung hat und nach einem Finanzsenator, der auch einmal etwas sagt,

(Beifall bei der CDU, der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN)

ein Finanzsenator, mit dem man auch kontrovers im Haushaltsausschuss diskutieren kann und der sich nicht über jede Schriftliche Kleine Anfrage, die hier gestellt wird, ausweint und sagt, das sei doch wirres Zeug.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

(Thilo Kleibauer)

Meine Damen und Herren! Der Kern des Antrags der FDP und von Herrn Kluth ist, dass der Senat die Kategorisierung der öffentlichen Unternehmen, wie sie im Jahr 2003 stattgefunden hat, aktualisiert und neu erstellt. Das finde ich durchaus gerechtfertigt, das haben wir auch ein paarmal angesprochen, denn es sind ein paar neue Unternehmen, neue Interessenlagen und neue Entwicklungen dazugekommen. Ich fand es ganz interessant, denn Herr Rose sagt, mit ihm gäbe es das nicht, man mache gar keine Kategorisierung und bräuchte das nicht, der Senat sagt jedoch, er arbeite daran. Schauen Sie einmal in die interessante Drucksache 20/4861; ein Bericht über die Entwicklung aktueller Veränderungen der Kategorisierung ist für die laufende Legislaturperiode geplant. Herr Kluth sagte, der Senat könne endlich einmal etwas tun und den Bericht schon dieses Jahr vorlegen, der Senat selbst jedoch will sich noch nicht festlegen und will sich vielleicht ein Jahr mehr Zeit lassen. Das ist der einzige Unterschied.

Ich habe einen Unterschied erkannt zwischen Ihnen und dem Senat und ich finde es interessant, wie sich das entwickelt, ob sich hier die SPD-Fraktion durchsetzen wird oder ob der Senat in der Tat sein Vorhaben wahrmacht und einen Bericht vorlegen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Senat wäre gut beraten, einen solchen Bericht vorzulegen, denn es ist einiges passiert; das haben wir ausgiebig diskutiert. Allein in dieser Legislaturperiode sind über die HGV Beträge von 1 Milliarde Euro für neue Unternehmensbeteiligungen geflossen. Wenn man dann sagt, man wolle gar nichts ändern – der Senat hat kein einziges Zielbild der öffentlichen Unternehmen in dieser Legislaturperiode geändert von dem, was es alles schon gibt –, dann kann das gar nicht so schlecht gewesen sein, was Sie übernommen haben, Herr Rose. Es gibt viel zu tun und das sollte der Senat nicht aussitzen.

Im Übrigen, das haben auch die Haushaltsberatungen schon gezeigt, haben diese Unternehmensbeteiligungen, die Sie gekauft haben und bei denen der Senat sagte, "I want my money back" und es würde alles kein Geld kosten, einen sehr deutlichen Einfluss auf die Planungen der HGV. Und sie sind ein Risiko, was der Finanzsenator auch bei den Haushaltsberatungen angesprochen hat, für den Haushalt der nächsten Jahre, und zwar ein gewaltiges Risiko. So, wie wir die HGV von früher kennen, hat sie sich deutlich verändert gegenüber dem Zuschussbedarf, den wir in den Jahren 2013 und 2014 zu erwarten haben.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einen kurzen Blick zurück. Herr Rose sagte, die Zeiten hätten sich geändert. Sie haben sich geändert, denn Ende der Neunzigerjahre wurde unter Ihrer Führung – die GRÜNEN waren teilweise auch

dabei – massiv Tafelsilber verkauft. Damit haben Sie noch nicht einmal Altschulden bedient, das ging alles in den Betriebshaushalt: HEIN GAS, HEW, die Hälfte vom Hamburger Flughafen. Wenn Sie sagen, Herr Rose, Verträge könne man gut verhandeln, dann gilt das für die damaligen Verträge definitiv nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dass Sie nebenbei auch mit Ihren Beteiligungen in der Gewerkschaft nicht klargekommen sind und selbst die in den Jahren bis 2005 an irgendwelche US-Finanzinvestoren verkauft haben, das erwähnen Sie freundlicherweise gar nicht. Aber das muss man doch auch sagen. Sie haben bei der Frage, ob wir der beste Eigentümer dieser Unternehmen sind, auch erkannt, dass wir es nicht sind und dass es vielleicht andere gibt, die mit dieser Aktivität mehr anfangen können und uns dafür noch Geld zahlen. Genauso haben Ihre Gewerkschaften doch agiert, Herr Rose, insofern ist es komisch, was Sie hier erzählen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie sich anschauen, was die letzten Jahre passiert ist – eine Teilprivatisierung haben Sie angesprochen –, dann finde ich das auch sehr interessant, weil Sie da natürlich in Ihrer Rolle als Interessenvertreter im Aufsichtsrat des LBK gesprochen haben. Insofern wissen Sie am besten von uns allen, wie diese Entwicklung von den Zahlen und vom Wert der Beteiligung her für Hamburg verlaufen ist. Ich will nicht weiter beurteilen, ob das hier zulässig ist oder nicht. Ich finde es nur etwas merkwürdig, wenn Sie hier Ihre Rollen etwas durcheinanderbringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Das ist das eine große Feld zum Thema Privatisierung, das uns in den letzten Jahren beschäftigt hat, das zweite ist die Teilprivatisierung der HHLA. Da ist die Frage, was wir mit dem Erlös gemacht haben. Er ist nicht zur Deckung des Betriebshaushalts irgendwo versickert, sondern da gibt es die sogenannte HHLA-Milliarde.

(Arno Münster SPD: Wer hat das denn ausgehandelt?)

Klammer auf: Bei der heutigen Bewertung würden wir nicht so schnell wieder eine Milliarde zusammenbekommen, es war damals schon ein ganz guter Zeitpunkt. Diese HHLA-Milliarde dient doch dazu, Herr Münster, dass wir das Geld wieder investieren, neues Vermögen hier am Standort schaffen und notwendige Investitionen in den Hafen tätigen.

(Beifall bei der CDU und bei Finn-Ole Ritter FDP)

(Thilo Kleibauer)

Das ist das, was im Wesentlichen unter der CDU-Regierung in den letzten Jahren gemacht wurde, wozu Herr Rose sagt, das sei ein großer Ausverkauf gewesen. Was ist nicht gemacht worden? Die SAGA ist nicht verkauft worden, und wir haben auch immer gesagt, die SAGA sei elementar wichtig für die Strategie der Stadt, für die Handlungsfähigkeit und für die Infrastruktur. Anders als viele andere Kommunen haben wir das nie angefasst. Gleiches gilt für HAMBURG WASSER, während selbst sozialdemokratische Kommunen im Ruhrgebiet ihre Wasserversorgung privatisiert und Verträge über 20 oder 30 Jahre geschlossen haben. Das haben wir nie gemacht und daran halten wir auch fest. Das ist unheimlich wichtig für die Daseinsvorsorge der Stadt.

Ein drittes Beispiel noch zu den großen Projekten. Wir haben, anders als andere Bundesländer, auch als CDU-geführte Bundesländer, nicht angefangen, unsere Universitätsklinik zu verkaufen, weil wir gesagt haben, das wäre auch nicht sinnvoll. Insofern gibt es hier eine klare Linie und daran werden wir festhalten. Das Thema eignet sich nicht für Extremdebatten, weder aus der einen noch aus der anderen Richtung. Das ist unsere Position dazu.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag der FDP kam mir auch sehr überflüssig vor.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Es stimmt, dass der Senat zugesagt hatte, eine erneute Kategorisierung vorzunehmen. Insofern bin ich natürlich nach Herrn Kleibauers Rede da ganz bei Herrn Rose, was nicht immer der Fall ist, da ich nämlich im Ausschuss feststellen musste, dass der Senat zu dem FDP-Antrag, der dort vorlag und den ich ablehnen wollte, sagte: Wir machen das. Da war ich ziemlich alleine.

Ich finde diese Kategorisierung, die da eingefordert wird, überflüssig und nicht notwendig, und in Bezug auf den Aufruf, die Verwaltung nur mit ganz wichtigen Aufgaben zu befassen, von daher auch nicht korrekt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber für die FDP ist es wahrscheinlich korrekt, weil Sie einen gewissen Plan verfolgen. So ein Antrag macht in der Tat Sinn, wenn man direkt auf mögliche Privatisierungserlöse hin abzielt, um diese dann, wie Sie vorschlagen, zur Tilgung von Alt-schulden einzusetzen. Richtig ist, dass die FDP

einen wirklich klaren Kurs zum Thema öffentliche Unternehmen fährt,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das stimmt! Privatisierung!)

aber wir teilen ihn nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Auch hier gilt: Ausnahmen bestätigen die Regel. Über so manche Unternehmensbeteiligung der Stadt sind wir uns wiederum mit der FDP ein bisschen einig,

(Finn-Ole Ritter FDP: Aha!)

jedenfalls sind wir von der Anteilserhöhung bei Hapag-Lloyd nicht überzeugt. Das hat einen Grund, weil wir von grüner Seite eine sehr klare und positive Haltung zum öffentlichen Unternehmertum im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge haben, aber wir grenzen das anders ab als die SPD Hamburg. Ich finde es schade, dass Sie teilweise so passiv mit dem Unternehmen HAMBURG ENERGIE umgehen. Ich finde es aber natürlich erst recht schade, dass bei dem ganzen Thema Energie und Energienetze – darüber haben wir hier viel gestritten, und, Herr Rose, Sie haben das dann angesprochen – die SPD in ihrer Beteiligungsstrategie mit ihrer Minderheitenbeteiligung den Weg des geringsten Widerstands gegenüber der Wirtschaft gegangen ist und nicht so sehr den Weg einer konsequenten Rekommunalisierung. Aber das ist eine Differenz, die wir hier schon öfter diskutiert haben, und da kommen wir in Hamburg nicht auf einen Nenner.

Im abschließenden Urteil hält meine Fraktion es für richtig, mit dem Thema öffentliche Unternehmen sehr differenziert umzugehen. Man kann sicherlich bei den verschiedenen Beteiligungen immer wieder einmal hinschauen, ob es sinnvoll ist, dass man eine Beteiligung mehrheitlich, hundertprozentig oder anders hält. Das aber mit einem ganz allgemeinen Antrag zu verknüpfen, halten wir schlicht für nicht notwendig. Wir haben einen Ausschuss Öffentliche Unternehmen, in dem wir ständig die Gelegenheit haben, öffentliche Unternehmen zu bewerten und ihre Arbeit zu würdigen. Insofern ist dies ein Antrag, der noch einmal das ohnehin schon bekannte Profil der FDP beschreibt, uns aber hier und heute nicht deutlich weiterbringt. Wir werden ihn ablehnen. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kluth, um diesen Antrag zu begründen, haben Sie zu Beginn darauf hinge-

(Dora Heyenn)

wiesen, dass es in Hamburg keine Privatisierungswelle gegeben habe, und dabei haben Sie auf das Jahr 2004 zurückgeblickt und sich in die Gegenwart vorgearbeitet. Das ist natürlich einfach. Ab 1988 hatten wir nämlich in Hamburg eine wahre Privatisierungswelle, und daran waren Sie tatsächlich nicht beteiligt, was mich im Nachhinein sehr wundert. Wir haben es zu tun gehabt mit umfangreichen Verkäufen unter sozialdemokratischen Bürgermeister*innen. Die SPD hat sich mehrfach für alles Mögliche entschuldigt, aber schlau geworden ist sie daraus auch nicht, wie wir aus den Energieverträgen sehen.

(Beifall bei *Tim Golke* und *Christiane Schneider*, beide **DIE LINKE**)

Ich will nur ein paar Beispiele nennen. 1988 wurden die Gaswerke verkauft: 318 Millionen Euro, 1990 die Hamburger Mobil-Feuerkasse: 10,3 Millionen Euro, 1994 die Hamburger Feuerkasse: 101,2 Millionen Euro, 1996 die Hamburger Gaswerke: 10,1 Prozent, 50,1 Millionen Euro, dann 1997 fast 50 Prozent der Hamburgischen Landesbank: 705,1 Millionen Euro, 1999 die Gesellschaft für Flughafenanlagen: 116,2 Millionen Euro und dann noch der Anteil des Flughafens mit 13 Prozent im Jahr 2000 mit 100 Millionen Euro. Der Verkauf von öffentlichen Unternehmen wie der Landesbank, die Förderung von Tarifdumping, von Ausgründungen zum Beispiel durch ZEBRA, die Umwandlung der Museen in Stiftungen sowie die Vernichtung von 20 Prozent der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst wurde vom rot-grünen Senat vorgenommen und damit begründet, dass Haushaltslöcher gestopft werden mussten. Die Privatisierungswelle, die danach unter CDU, Schill und FDP folgte, war ausdrücklich ideologisch geprägt, und dafür, Herr Kluth, haben Sie ein Paradebeispiel abgeleistet, dass es in erster Linie um eines geht, um Privatisierung. Die CDU, die Schill-Partei und die FDP hatten schon im Wahlkampf sehr deutlich gemacht – Wolfgang Rose hat nur das FDP-Programm zitiert, aber auch die anderen Parteien haben das ganz deutlich gesagt –, sich dafür einzusetzen, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben zurückzieht. Was dann übrigbleibt, kann man sich vorstellen. Und wenn Sie heute sagen, Stromhändler gehörten in private Hände, und wenn Sie glauben, Energie sei keine Daseinsvorsorge und diene nicht einem wichtigen staatlichen Interesse, dann sind Sie wirklich im Mittelalter stecken geblieben.

(Beifall bei der **LINKE** und bei *Ekkehard Wysocki* **SPD**)

Als Finanzsenator Peiner 2001 sein Amt antrat, gab es 62 wichtige Unternehmen, die er in vier Kategorien eingeteilt hat, wie hier schon gesagt worden ist. In der ersten Kategorie sollte die Stadt die Mehrheit am Betrieb erhalten und in der vierten sollte man sie komplett abgeben. Dazwischen la-

gen dann Minderheitsbeteiligungen von unter oder über 25 Prozent, doch es gab und gibt für diese Kategorisierung keine objektiven Kriterien, weder in der Zuordnung noch für die jeweilige Gruppe. Ich glaube, dass diese Kategorisierung auch damals schon umstritten und erklärungsbedürftig war, aber sie heute auch noch zu übernehmen, das lehnt **DIE LINKE** entschieden ab.

(Beifall bei der **LINKE**)

Noch entschiedener lehnen wir das Ziel des FDP-Antrags ab. Wie in so vielen Anträgen der letzten Monate haben Sie immer nur eines auf dem Schirm: Privatisierung. Sie wollen offenkundig nicht wahrhaben, was mittlerweile in der ganzen Stadt bekannt ist. Privatisierung bedeutet höhere Preise, höhere Gebühren, schlechterer Service, Ausnutzung von Angebotsmonopolen, keine demokratische Kontrolle und geringere Einnahmen für die Stadt sowie in gehäufterem Maße prekäre Arbeitsverhältnisse in den privatisierten Unternehmen.

(*Katja Suding* **FDP**: Frau Heyenn, das wissen Sie doch besser!)

Hamburg hat mit der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen schlechte Erfahrungen gemacht. HEW heißt heute Vattenfall, HEIN GAS heißt heute E.ON und der Landesbetrieb Krankenhäuser LBK ist gegen den Willen von 75 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger – das hat Wolfgang Rose noch einmal deutlich gemacht – verscherbelt worden und heißt heute Asklepios. In einem Punkt möchte ich Herrn Rose aber deutlich widersprechen. Das war hier so eine Zukunftsentwicklung, wie sich die SPD die Stadt vielleicht einmal in 10, 20 Jahren vorstellt. Denn wenn Sie sagen, Hamburg sei eine starke solidarische Stadt,

(*Dr. Andreas Dressel* **SPD**: Ja, das ist so!)

dann können wir nur sagen, dass Hamburg davon Lichtjahre entfernt ist. Wir haben eine gespaltene soziale Stadt.

(Beifall bei der **LINKE**)

Aber wir fänden es gut, wenn die SPD es sich zur Aufgabe machen würde, wieder zu einer solidarischen Gesellschaft zurückzukehren.

(Beifall bei der **LINKE**)

Es war aber noch mehr auf dem Zettel. Die Hamburger Wasserwerke, die Hamburger Hochbahn, die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) und auch die SAGA, Herr Kleibauer, wären heute schon verkauft, wenn die Hamburgerinnen und Hamburger sich nicht massiv dagegen gewehrt hätten, und es ist gut, dass sie das getan haben.

(Beifall bei der **LINKE**)

Die erfolgten Privatisierungen sowie die unglaublichen Immobilienverkäufe haben die Haushaltslücken gestopft, die durch eine verfehlte Steuerpo-

(Dora Heyenn)

litik gerissen wurden. SPD, GRÜNE und sogar die CDU beklagen inzwischen die Folgen. Herr Rose hat sich noch einmal für die Sozialdemokraten entschuldigt, aber es war auch Finanzsenator Dr. Freytag, der 2007 zum Verkauf der HEW gesagt hat – ich zitiere –:

"Es war ein Fehler, den Einfluss der Stadt vollständig abzugeben, selbst wenn ein guter Kaufpreis erzielt wurde. Von der Liberalisierung des Strommarktes wurde mehr erwartet, nämlich echter Wettbewerb. Daher war die von einem SPD-geführten Senat beschlossene vollständige Privatisierung eine Fehlentscheidung."

Das sagte ein CDU-Senator. Und 2007 hat Ole von Beust gesagt:

"Die HEW wurde unter meinem Amtsvorgänger, Bürgermeister Ortwin Runde, vom damaligen rot-grünen Senat verkauft. Im Nachhinein und mit dem heutigen Wissen war es ein Fehler. Heute würde ich die HEW nicht mehr verkaufen."

(Beifall bei der LINKEN)

Bei mir endet eine Rede in diesem Zusammenhang nie ohne Hermann Scheer, ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter und Träger des alternativen Nobelpreises. Er hat gesagt:

"Und diejenigen, die es wissen [was sie da anrichten], haben nur noch einen kurzen Karrierezeitraum im Blick: Nach mir die Sintflut. Dieses radikale Kurzzeitgedächtnis [...], nicht mehr das Denken in längerfristigen Verantwortungskategorien [...] ist typisch für das gesamte neoliberale Zeitalter."

(Beifall bei der LINKEN)

"Im neoliberalen Zeitalter ist alles verkürzt [...] auf die aktuelle Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns und einer höchstmöglichen Rendite, koste es, was es wolle."

Wir lehnen den SPD-Antrag ab und stimmen auch keiner Überweisung an den Ausschuss zu. Dieser Antrag ist überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5124 an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/5124 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir sind am Ende des ersten Sitzungstages angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend und hoffe, dass wir uns morgen frisch um 15 Uhr wiedersehen.

Ende: 20.45 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Heiko Hecht, Klaus-Peter Hesse, Sylvia Wowretzko und Mehmet Yildiz

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 2

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde
– Drucksache 20/5049 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Gino Leineweber	115	105	1	9	0

Zu Tagesordnungspunkt 3

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport
– Drucksache 20/5050 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Carmen Hansch	115	112	0	3	0

Zu Tagesordnungspunkt 5

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
– Drucksache 20/5147 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der GRÜNEN Fraktion:					
Delia Schindler	114	104	4	6	0